



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Suche nach dem Stein der Weisen

Den Kommunen in Bayern wachsen die Ausgaben über den Kopf. „Bundesweit sind die Sozialausgaben in den letzten zehn Jahren von 26 Milliarden auf 40 Milliarden Euro gestiegen. Unsere Einnahmen halten damit nicht Schritt“, betonte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger bei einer Pressekonferenz in München. In dieser Situation nannte er es „besonders perfide, wenn unsere wichtigste Einnahmequelle, die Gewerbesteuer, in Frage gestellt wird“.

Die Gemeindefinanzkommission, die seit kurzer Zeit in Berlin tätig ist, verfolgt Schaidinger zufolge genau diese Aufgabe. Zwar sei die Gewerbesteuer nicht die perfekte Lösung, doch habe man eine bessere bislang nicht erfunden. „Das haben bereits die vielen Kommissionen in den letzten Jahren gezeigt. Ein steuerlicher Stein der Weisen steht nicht in Aussicht.“

bildeten im Idealfall in guten Zeiten Rücklagen, die in schlechten Zeiten investiert werden. „Mit der Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuer kommen wir zu recht“, sagte Schaidinger.

Abschaffung unredlich

Er bezeichnete es als „unredlich, die Abschaffung der Gewerbesteuer in den Raum zu stellen, ohne den Bürgern zu sagen, dass die Bürger als Arbeitnehmer und Verbraucher letztlich die Zeche bezahlen müssen“. Denn wenn das Aufkommen aus der Gewerbesteuer kompensiert werden soll, müssten die Umsatzsteuer oder die Einkommensteuer kräftig erhöht werden. Für Regensburg müsste beispielsweise der Mehrwertsteuersatz von 19 auf 24,3 Prozent erhöht werden, um den Gewerbesteuerausfall auszugleichen. Damit hätten alle Verbraucher mehr zu bezahlen. Und wollte man die Gewerbe-

Dauerthema Gewerbesteuer

Der Vorsitzende nannte es „besonders scheinheilig“, wenn man die Gewerbesteuer abschaffen wolle, weil sie angeblich für die Kommunen eine unzuverlässige Steuerquelle darstelle. „Das wäre eine Abschaffung aus Mitleid, denn auch andere Steuerarten wie Mehrwertsteuer, Körperschaftsteuer oder Einkommensteuer sind von der Konjunktur abhängig.“ Städte und Gemeinden beklagten sich nicht über die Konjunkturabhängigkeit, sondern

Jahresversammlung des Bayerischen Landkreistags

Am 19. und 20. Mai findet in Essenbach im Landkreis Landshut die Jahresversammlung des Bayerischen Landkreistags statt. Der erste Tag ist dabei der Zukunft der Kreiskrankenhäuser gewidmet. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion wird sich eine hochkarätig besetzte Runde Gedanken über die Zukunft der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum machen. Am zweiten Tag wird u. a. Ministerpräsident Horst Seehofer zu den ca. 300 Teilnehmern des Bayerischen Landkreistags sprechen. Außerdem wird während der Jahresversammlung auch ein Nachfolger für den ausscheidenden Verbandspräsidenten Theo Zellner gewählt werden.



Der Vorstand des Bayerischen Städtetags spricht sich für eine Spielautomatensteuer aus. Foto: Markusram/flickr.com

Dialogprozess in vollem Gange:

„Leitbild CSU 2010plus“

Die CSU lebt von ihren aktiven und engagierten Mitgliedern. Wie keine andere Partei setzt sie nach eigenem Bekunden so sehr „auf den engen Dialog und steten Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern“. Dieser Dialog wird derzeit mit dem sog. Leitbild 2010plus ausgebaut. Ziel ist es, „die CSU zur frischesten, modernsten und offensten Partei in ganz Deutschland zu machen“. Beschlossen werden soll dieses Leitbild auf ihrem Parteitag Ende Oktober in München.

Um das „Leitbild 2010plus“ zu erarbeiten, ist die CSU in einen breit angelegten Dialogprozess eingetreten, der in jedem Kreisverband stattfindet. Eingeladen werden alle Mitglieder des Kreisverbandes sowie Sympathisanten und Personen aus dem vorpolitischen Raum, die nicht Mitglied in der CSU sind. Ansprechpartner sind entweder Generalsekretär MdB Alexander Dobrindt oder die stellvertretende Generalsekretärin Dorothee Bär, MdB.

Die Basis der Partei ist sowohl Seismograph als auch Frühwarnsystem für gesellschaftliche Erwartungen, Veränderungen und Herausforderungen. Deshalb ist es für die Zukunft der Partei entscheidend, die parteiinternen Meinungsbildungsprozesse so konstruktiv wie möglich zu gestalten. Die entsprechenden Strukturen sollen hierzu überprüft werden.

Parteiinterne Diskussion

In diesem Zusammenhang werden in der parteiinternen Diskussion oftmals folgende Fragen aufgeworfen: Können die bestehenden Rede- und Antragsrechte bei Parteigremien (z. B. bei Vorstandssitzungen, aber auch bei Parteitag) ausgeweitet werden? Machen Mitgliederbefragungen und -abstimmungen in inhaltlichen (Fortsetzung auf Seite 4)

Frauen in der Kommunalpolitik:

Ruf nach mehr Partizipation

Tagung des Bundesfamilienministeriums mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände

„Kommune.Kompetenz.Karriere. Für mehr Frauen in öffentlicher Verantwortung“ lautete das Motto einer Tagung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die in Kooperation mit der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V. (EAF) und mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände in Berlin durchgeführt wurde. Knapp 100 Gäste aus Kommunalpolitik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Organisationen nahmen an der Veranstaltung teil.

Das Familienministerium engagierte sich mit der Tagung für mehr Partizipation von Frauen in der Kommunalpolitik und führte damit die Ziele und Anliegen der Kampagne „Frauen macht Kommune“ fort. In vielen Kommunen waren Aktionstage und Politikmessen der erste Schritt zu neu-

en Aktionsbündnissen. Ministerialdirektorin Eva Maria Welskopf-Deffaa sprach von einem „sichtbaren und messbaren Erfolg“.

Gute Rahmenbedingungen

Petra Roth, Präsidentin des Deutschen Städtetags, wies dar-

auf hin, dass durch kommunalpolitische Arbeit die Lebensverhältnisse in der eigenen Stadt direkt beeinflusst und verbessert werden könnten. „Deshalb brauchen wir engagierte und kompetente Frauen für nachhaltige und differenzierte Entscheidungen. Und wir brauchen gute Rahmenbedingungen, die es Frauen besser ermöglichen ein kommunalpolitisches Mandat zu übernehmen und auszufüllen.“

Höherer Frauenanteil nötig

Christian Schramm, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Oberbürgermeister von Bautzen, betonte, dass ein höherer Frauenanteil nicht nur aus demokratischen Gesichtspunkten wichtig sei, sondern auch, weil Frauen Kompe-

Vormerken!
24. Juni 2010

Power für Bayerns Kommunen:
GZ lädt zum Energie-Forum

Mehr Wissen setzt Energie frei. Am 24. Juni ist es wieder soweit: Die Bayerische Gemeindezeitung lädt in Zusammenarbeit mit Bayerischem Gemeindetag und Bayerischem Städtetag zum großen Info-Tag für Kommunen. Im Garching Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Bitte merken Sie den Termin schon heute vor.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

steuer durch einen Zuschlag auf die Einkommensteuer ersetzen, dann müsste jeder Einkommensteuereinzahler in Regensburg durchschnittlich 2.000 Euro Steuer mehr bezahlen als bisher.

Umbau zur Betriebssteuer

Wie Schaidinger hervorhob, „dürfen die Lasten für die kommunale Infrastruktur nicht einseitig auf den Rücken der Bürger verlegt werden“. Die Wirtschaft dürfe sich nicht vor den Kosten drücken. Wer die Infrastruktur nutzt, solle auch dafür bezahlen. Im Übrigen, so der Verbandschef, „sollten wir nicht über die Abschaffung, sondern über die Verstärkung der Gewerbesteuer und den Ausbau zur Betriebssteuer diskutieren“. Sinnvoll erscheint dem Bayerischen Städtetag der Aus-

UnternehmerKonferenz am 19. Mai in Nürnberg

Die Sparkassen sind Marktführer beim Mittelstand und den Unternehmensgründern. Daher liegt ihnen die erfolgreiche Geschäftsentwicklung der Unternehmer besonders am Herzen. Die UnternehmerKonferenz 2010 liefert Treibstoff und professionelles Know-how, um aktuelle Herausforderungen zu meistern.

Das Motto am 19. Mai im MesseCongresscenter - CCN Ost Nürnberg lautet: „Aufschwung.Balance.Stabilität. So halten Sie Ihr Unternehmen im Gleichgewicht“. Auch in diesem Jahr wird es wieder praxisnahe Fachvorträge für Unternehmer und Kommunal-Entscheider u. a. aus den Bereichen Finanzierung, Erfolgsfaktoren, Zukunftsmärkte geben. In einem SPECIAL: Kommunen werden die Themen Verschuldungsdiagnose, regionale Energieversorgung, PPP, Leasing und Immobilienbestand behandelt. Im Anschluss an die Tagung findet die Verleihung „Bayerischer Gründerpreis 2010“ statt. Anmeldung unter www.unternehmerkonferenz.de

Sie lesen in dieser Ausgabe

Familiengerechtere Asylpolitik Der Mensch bleibt das Maß	2 3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Stabile Kommunalfinanzen und Steuerentlastungen	3
„Helfen Sie den Gemeinden und Städten!“	4
GZ-Fachthemen: Kommunales Verkehrswesen	6/7
Kommunales Verkehrswesen · Sicherheit	8
Abfall · Umwelt	9/10
Schulungen · Veranstaltungen	11
Kommunale Rechtsfragen	12
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Familiengerechtere Asylpolitik

Koalition einigt sich nach Gesprächen auf kürzere Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften

Die Koalitionsparteien CSU und FDP wollen die Asylpolitik in Bayern „zukunftsorientiert und familiengerecht weiterentwickeln“. Als ersten kompromissmäßigen Schritt auf diesem Weg sollen Familien mit Kindern und Alleinerziehende nach Abschluss ihres Asylverfahrens aus staatlichen Flüchtlingsunterkünften ausziehen können. Generell wird die Pflicht, in ihnen zu leben, auf vier Jahre nach Abschluss des Verfahrens begrenzt. So steht es in einem gemeinsamen Antrag beider Fraktionen, den der Sozialausschuss federführend angenommen hat. Die wesentlich weitergehenden Anträge der Opposition wurden abgelehnt.

Die koalitionsinternen, punktuell kontroversen Asylgespräche zwischen CSU und FDP hatten nach der Landtagsanhörung am 23. April letzten Jahres eingesetzt und sich heuer ab Ende April hektisch gestaltet, wie Ausschussvorsitzende Brigitte Mayer (FDP) bestätigte. Sie bat um Verständnis. Über den Kompromiss breche sie nicht in große Euphorie aus, aber es sei ein erster wichtiger Schritt zu weiteren gesetzlichen Verbesserungen, zu denen nun die Berliner Union-FDP-Koalition aufgerufen sei. Den Münchner Koalitionsantrag wertete sie als Erfolg liberaler Politik. Die Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid (CSU) und Thomas Hacker (FDP) stellten in einer gemeinsamen Presseerklärung fest, der Kompromiss gehe mit den Erleichterungen für Familien und allein erziehende Asylbewerber über den Koalitionsvertrag hinaus.

Erleichterungen

Der Antrag kam demnach in schwierigen Gesprächen am Tag vor der Ausschusssitzung zustande. Landtagspräsidentin Barbara Stamm hatte sich als Vermittlerin eingeschaltet. Es ging dabei auch um Meinungsverschiedenheiten zwischen dem auf der harten Asyllinie beharrenden Innenminister Joachim Herrmann und Sozialministerin Christine Haderthauer (beide CSU). Sie hatte in einem dem Ausschuss vorliegenden Leitlinienpapier Erleichterungen für das Leben in Gemeinschaftsunterkünften vorgeschlagen, die den Vorstellungen der FDP nahe kamen. Man geht davon aus, dass schon jetzt etwa die Hälfte der Asylantragsteller privat wohnt.

Angelika Weikert (SPD) erachtete den Kompromiss für unbe-

friedigend. Sie bezog sich auf den Antrag ihrer Fraktion, oberstes Ziel müsse sein, dass die Menschen, die in Bayern Schutz und Hilfe suchen, ihr grundgesetzliches Recht auf Asyl ohne Einschränkungen ausüben können. Renate Ackermann (Grüne) befand, das Asylverfahren, seine Dauer von mehreren, im Einzelfall bis zu 18 Jahren und dabei die Unterbringung der Bewerber sei menschenunwürdig und mache krank. Personen wie Minderjährige, Schwangere, Alleinerziehende und über 65-jährige gehörten überhaupt nicht in Gemeinschaftsunterkünften.

118 Flüchtlingslager mit 7.700 Personen

Prof. Peter Bauer (FW) sagte, der Koalitionsantrag beweise, dass erheblicher Anpassungsbedarf für die Regelungen bestehe.

Sein Fraktionskollege Dr. Hans Jürgen Fahn sprach von Millimeterfortschritten der Koalition. Gemeinschaftsunterkünfte seien zwar notwendig, aber nicht, wenn sie aussehen wie Kasernen, noch dazu mit mangelhaften sanitären Einrichtungen. Die Freien Wähler gingen von 118 Flüchtlingslagern in Bayern mit 7.700 Personen im vergangenen Jahr aus. Die Anträge der Opposition und ihre Entwürfe zur Änderung des Flüchtlingsaufnahme- und Integrationsgesetzes (FluAufnIntG) wurden abgelehnt.

Ausnahmen möglich

Im angenommenen Koalitionsantrag bleibt es bei der grundsätzlichen Gemeinschaftsunterbringung von Bewerbern während des Asylverfahrens. Für Familien mit Kindern sowie Alleinerziehende endet sie vier Jahre nach Abschluss des behördlichen Erstverfahrens vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Was mit Schwangeren geschieht, soll im Einzelfall geregelt werden. Die Staatsregierung soll prüfen, inwieweit das bisherige Vierstufen-Konzept für unbegleitete Minderjährige der UN-Kinderrechtskonvention angepasst werden muss. In allen sonstigen Fällen ist die private Wohnsitznahme nach vier Jahren und Abschluss des Erstverfahrens vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu gestatten. Unabhängig davon können die Behörden Ausnahmen von der Gemeinschaftsunterkunftspflichtigkeit wie bisher gewähren. **rm**

Doppik kommt nur mühsam voran

Die Umstellung kommunaler Haushalte zum modernen Verfahren ist schwer zu bilanzieren

Die in Bayern ab 2007 mögliche Umstellung der Haushaltsberechnung vom klassischen System der Einnahmen-Ausgabenrechnung auf die kaufmännische Bilanz unter Berücksichtigung aller Ressourcen wie Wert der Liegenschaften und des Anlagevermögens, kurz: von Kameralistik auf Doppik, kommt bei den Kommunen nur mühsam voran. Zum Jahresbeginn 2010 haben erst 54 von 2.056 Gemeinden und immerhin 19 von 71 Landkreisen umgestellt. Der Landtag empfiehlt der Staatsregierung, besser vergleichbare Unterlagen dafür zur Verfügung zu stellen.

Zuschüsse für die Neuorientierung der Haushalte und damit auch der Verwaltungskosten gibt es allerdings nicht mehr. Das teilte Ministerialrat Dr. Thomas Huber, Sachgebietsleiter im Innenmini-

sterium, im Kommunalausschuss mit. Der Landtag hatte den Bericht mit einstimmig angenommenen Anträgen von FDP und Grünen gefordert. Die Umstellung auf Doppik haben heuer 45 Gemeinden und fünf Landkreise begonnen. Bis wirklich vergleichbare Zahlen für alte und neue Buchführung vorliegen, werde es aber erfahrungsgemäß bis zu fünf Jahren brauchen. Die Kosten seien angesichts der großen strukturellen Unterschiede in Städten und Gemeinden sehr schwer vergleichbar. Pro Einwohner hat das Ministerium bisher zwischen zehn Cent und 3,3 Euro ermittelt. Es bleibe im Ermessen der Gemeinden, ob sie bis 2012 umstellen wollen oder nicht.

Übereinstimmend forderten die Abgeordneten aller Fraktionen, die ministerielle Statistik so zu ergänzen, dass Städte und Gemeinden sich einen mit den eigenen Verhältnissen vergleichbaren Partner aus der Liste der bereits umgestellten Kommunen zwecks direkter, praktischer Information herausuchen können. Inge Aures (SPD) berichtete von schmerzhaften Erfahrungen bei der Umstellung. Jörg Rohde (FDP) regte an, die Doppiknutzer sollten kurze Erfahrungsberichte schreiben, die der ministeriellen Statistik beigegeben werden. Bessere und transparentere Informationen forderten auch Angelika Schorer (CSU) und Christine Kamm (Grüne). Letztere regte an, das Konnexitätsprinzip in die Doppik-Buchführung einzubringen. Dazu nahm Dr. Huber nicht Stellung. Er verwies auf die unterschiedliche Beurteilung in den Bundesländern. **rm**

Deutschlands erfolgreichste Umweltbildungsaktion:

10 Jahre BayernTour Natur

Wieso geht der Wasserläufer nicht unter, welche Heilkräuter stecken in den Kräutern am Wegesrand oder welche Rolle spielen die Fledermäuse im Naturhaushalt? Ob zu Fuß, mit Fahrrad, Pferd oder Boot – auf vielen Streifzügen durch Bayerns schönste Landstriche lässt sich in Begleitung von Experten so manches kleine und große Naturwunder erleben und verstehen. Vom 1. Mai bis 31. Oktober 2010 lädt das Bayerische Umweltministerium zur zehnten BayernTour Natur ein. Mit landesweit über 4.200 Veranstaltungen ist das Angebot im Jubiläumsjahr größer als jemals zuvor.

Die BayernTour Natur, eine Gemeinschaftsaktion von Staat, Vereinen, Verbänden, Umweltbildungseinrichtungen, Kommunen und Einzelpersonen unter Federführung des Bayerischen Umweltministeriums, ist eine ideale Plattform, um Menschen die Naturvielfalt näher zu bringen und sie für den Naturschutz zu sensibilisieren. Damit leistet Deutschlands größte Umweltbildungsinitiative einen aktiven Beitrag zum Internationalen Jahr der Biodiversität 2010. Die von den Sparkassen, der DB Regio Bayern, der AOK, dem Hotel- und Gaststättenverband, der Landesapothekerkammer und den Tourismusverbänden unterstützte Aktion lockte in den vergangenen zehn Jahren im Rahmen von 20.000 Veranstaltungen 300.000 Besucher in die Natur. Ob zu Fuß, auf dem Rad oder mit dem Boot, für Jung und Alt ist stets etwas dabei. Die meisten Angebote sind kostenlos.

Kaum bezifferbarer Wert

Umweltminister Markus Söder, der die Jubiläums-BayernTour Natur in der fränkischen Auenlandschaft des Pegnitztales bei Nürnberg eröffnete, wies darauf hin, dass die „Vielfalt der Natur einen großen, kaum bezifferbaren Wert“ habe. „Artenreichtum sichert unsere Lebensgrundlagen – sauberes Wasser, reine Luft, fruchtbare Böden. Er hält pflanzliche Heilmittel bereit, bringt eine Geschmacksvielfalt auf die Teller und gibt Vorbilder für technische Neuerungen“, so Söder.

„Wer die Natur vor der Haustüre kennen und schätzen lernt, wird sich auch für ihren Erhalt einsetzen“, betonte Söder und rief dazu auf, das Angebot auch dieses Jahr zu nutzen: Die BayernTour Natur gebe immer wieder faszinierende Einblicke in die heimische Natur mit ihren schützenswerten Pflanzen und Tieren. Typisch für das Pegnitztal-Ost sind die ab Mai bunt blühenden Magerwiesen mit zartrosa Heide- bzw. Sandgrasnelken.

Vielzahl von Wanderungen

In ganz Bayern wird eingeladen zu Begegnungen ganz besonderer Art mit der Erlebniswelt Natur. Interessierte können dabei die Faszination Natur pur erleben. In Oberfranken beispielsweise sind wie in den Vorjahren

wieder alle Landkreise und die großen Städte mit einer Vielzahl von Wanderungen, Exkursionen und Spaziergängen dabei. Die Regierung von Oberfranken weist besonders auf die Exkursion durch die Kulturlandschaft des Bockstadter Weges (Gemeinde Meeder, Landkreis Coburg)

Familienministerin Haderthauer:

„Mehr Leben ins Männerleben!“

„Wann setzt sich der ‘Moderne Mann’ in unserer Gesellschaft endlich durch? Leider fällt es vielen Männern immer noch schwer, traditionelle Rollenbilder hinter sich zu lassen. Obwohl sie sich immer mehr ein Familienleben wünschen, in dem sie mehr als nur Gast sind, fühlen sie sich aufgrund beruflicher Zwänge oder tradierter Vorstellungen ihres Umfelds noch allzu oft gebremst. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dürfen Männern keine Knüppel mehr zwischen die Beine werfen, wenn auch sie sich auf den Weg machen, den Familienrucksack mitzutragen“, so die Ministerin.

Eine familiengerechte Arbeitswelt sei eine vätergerechte Arbeitswelt. Wer dies nicht umsetze, dürfe sich nicht familienfreundlich nennen, schon im Interesse der Kinder, die Vater und Mutter auch im Alltag bräuchten, so Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer bei der Veranstaltung des Bayerischen Landesfrauenrats zum Thema „Männer in Bewegung - auf dem Weg in eine neue Gesellschaft?“ in München weiter.

Erfahrungsschatz

Haderthauer: „Familienengagement muss endlich karrierefördernd wirken statt karrierehemmend! Das muss schon bei der Einstellung beginnen: Ich setze mich dafür ein, dass bei gleicher Eignung Bewerbern mit gelebter Familienerfahrung der Zuschlag

und entlang des Grünen Bandes hin, die durch Regierungspräsident Wilhelm Wenning begleitet wird.

„Was der Mensch schätzt, schützt er auch“

Die besondere Art der „Annäherung“ an Fauna und Flora als geführte Naturbegegnung soll den Teilnehmern Zusammenhänge verdeutlichen, ihr Wissen erweitern und vertiefen, ihr Verständnis für die Belange der Natur wecken und ihre Achtung gegenüber der Schöpfung stärken. Denn: Was der Mensch schätzt, schützt er auch. **DK**

gegeben wird - dies muss für den öffentlichen Dienst genauso wie für die Privatwirtschaft gelten! Auch in der Rente muss sich Familienengagement noch viel mehr widerspiegeln: Genauso wie bei der Einkommensteuer muss es beim Rentenversicherungsbetrag einen Kinderfreibetrag geben! Aber nicht nur die Politik, auch die Unternehmen müssen endlich Fakten schaffen: Ein Lebensentwurf, der Familie und Beruf verbindet, ist Vätern immer wichtiger. Aus dem Frauenthema ist glücklicherweise längst ein Männerthema geworden. Familienfreundlichkeit ist der Erfolgsfaktor der Zukunft! Qualifizierte Fachkräfte suchen sich ihren Arbeitsplatz zunehmend nach diesem Kriterium aus - wo Familie auf der Strecke bleibt, gehen kluge Köpfe zur familienfreundlichen Konkurrenz.“ **□**

20 Jahre Umweltbildung in Bayern:

Start für Kampagne „WertvollerLeben“

Die bayernweite Umweltbildungskampagne „WertvollerLeben“ startete Dr. Markus Söder, Umweltminister, jüngst in Würzburg. „Umweltbildung ist Zukunftssicherung. Sie wird in Bayern großgeschrieben“, so Söder.

Der Freistaat unterstützt Projekte der Umweltbildung mit rund 2,5 Millionen Euro jährlich. Die erste bayerische Umweltstation in Würzburg würdigte der Minister für ihre Pionierleistungen: Sie wurde 1990 vom Umweltministerium gemeinsam mit Universität

und Stadt Würzburg als Pilotprojekt gestartet. „Seit 20 Jahren ist die Umweltstation Würzburg in der Region bestens verankert. Rund 6000 Besucher im Jahr sind der Beweis hierfür“, so Söder.

Die bayerische Kampagne „WertvollerLeben“ vermittelt laut Söder in hunderten von Veranstaltungen von April bis Oktober Kindern und Jugendlichen Wissenswerte rund um Natur und Umwelt, Geld und Werte. Ein Teil davon ist die FairKick-Aktion, die mit dem Bayerischen Fußballverband durchgeführt wird. Fair gehandelte Fußballbälle machen auf nachhaltiges Handeln und Wirtschaften aufmerksam. In Zusammenarbeit mit örtlichen Fußballvereinen sowie Schulklassen werden dazu Geschicklichkeits- und Benefizspiele in ganz Bayern organisiert. Alle Veranstaltungen der Kampagne werden von Personen und Einrichtungen organisiert, die das Qualitätssiegel „Umweltbildung.Bayern“ tragen. Es steht für ein hochwertiges und pädagogisch fundiertes Bildungsangebot, so Söder. Weitere Informationen zur Kampagne „WertvollerLeben“ sind abrufbar unter <http://www.wertvollerleben.bayern.de> **□**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rainer Eiser
92545 Niedermurach
am 22.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Hey
92421 Schwandorf
am 18.5.

Bürgermeister Franz Stephan
92345 Dietfurt a.d. Altmühl
am 21.5.

Bürgermeister Georg Betz
88138 Hergensweiler
am 21.5.

Bürgermeister
Georg Rauchenberger
83671 Benediktbeuern
am 26.5.

Bürgermeister Rudolf Braun
91367 Weißenbohe
am 29.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Gertrud Werner
91077 Kleinsendelbach
am 19.5.

Bürgermeister Reiner Wohlrab
95706 Schirnding
am 20.5.

Bürgermeister Karl Höchner
97320 Großlangheim
am 23.5.

Bürgermeister Norbert Bayerl
94541 Grattersdorf
am 24.5.

Bürgermeister
Georg Bruckner
94234 Viechtach
am 25.5.

Bürgermeister Norbert Volk
95352 Marktleugast
am 27.5.

Bürgermeister Fritz Franke
91614 Mönchsroth
am 28.5.

Bürgermeister
Josef Buchner
82404 Sindelsdorf
am 31.5.

Landrat Anton Knapp
85072 Eichstätt
am 31.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Englert
63869 Heigenbrücken
am 21.5.

Bürgermeister Stefan Müller
95185 Gattendorf
am 29.5.

Bürgermeister
Thomas Hartmann
87477 Sulzberg
am 29.5.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

bvv-Landestagung in Cham:

„Der Mensch bleibt das Maß“

Ganz im Zeichen der Neuwahl des fünfköpfigen bvv-Vorstands stand die 64. Landestagung der bayerischen Volkshochschulen in Cham. Mit überwältigender Mehrheit wurde Karl Heinz Eisfeld bereits zum dritten Mal zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Der Germanist gilt als geistiger Vater des „ABC des Lebenslangen Lernens“, durch das sich die bayerischen Volkshochschulen derzeit als Modell für Europa erweisen. Die Maxime „Der Mensch bleibt das Maß“ stellt Eisfeld für die Zukunft der Bildungsarbeit der Volkshochschulen in den Vordergrund. Dies lebt er auch als Leiter seiner eigenen Volkshochschule in Neubiberg-Ottobrunn sowie in seiner Funktion als Vorsitzender des Landesbeirates für Erwachsenenbildung in Bayern.

Auch bei der Wiederwahl der anderen beiden erneut kandidierenden Vorstandsmitglieder herrschte bei den Delegierten der 218 Mitgliedseinrichtungen große Ei-

worung, der Freistaat müsse dies freilich erst beweisen. „Er macht sich wohl auf den Weg; dies gilt es festzuhalten“, so der bvv-Präsident.

In einer Welt, die in der Zukunft noch mehr von wachsender Globalisierung und Digitalisierung geprägt sein wird, müsse die Volkshochschule zunehmend die Rolle des Navigators übernehmen, meinte Deimer. Eine weitere Herausforderung bestehe darin, „unser politisches und wirtschaftliches System zu stabilisieren“. Die althergebrachte politische Bildung sei „längst mautetot“. Dennoch sei die vhs ein politischer und gesellschaftlicher Stabilisator, indem sie für die Integration von Zuwanderern steht,

Volkshochschulen in exzellenter Qualität. „Dies belegt unsere Marktforschung über die letzten zehn Jahre zweifelsfrei.“ Über 96 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer seien mit ihrer Volkshochschule zufrieden. Die Umfragen belegten weiterhin, dass fünf von sechs bayerischen Bürgerinnen und Bürgern die vhs als kompetent, kundenfreundlich, zeitgemäß und qualitativ hochwertig einschätzen.

Umsetzung des Bildungsauftrags

Das Erfolgsmodell Volkshochschule besteht laut Deimer darin, „den öffentlichen Bildungsauftrag unternehmerisch umzusetzen“. Auch andere Bereiche der Bildung bewegten sich in diese Richtung, weil sie erkannt haben, wie knapp die Spielräume geworden sind. Der Fokus richte sich auf das Verbundmodell Volkshochschule. Das Modell sei zum Nutzen und Wohle des Einzelnen, sich in jedem Alter für Neues zu öffnen und sich auf diese Welt einzulassen. Diesen lebenslangen Weg im lebenslangen Lernen zurückzulegen, liege im Interesse des Gemeinwesens. „Dies bedeutet, dass immer sowohl die Verantwortung des Einzelnen, als auch die unserer Gesellschaft gefordert ist“, hob Deimer hervor.

Für den Landkreis Cham begrüßte stellvertretender Landrat Michael Dankerl die Versammlung. Das Grußwort der Stadt Cham hielt Erste Bürgermeisterin Karin Bucher. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vertrat Ministerialdirektor Josef Erhard, der ebenfalls zu den Delegierten und Gästen der Landestagung sprach. Im Anschluss hielt Prof. Dr. Rudolf Egger von der Karl-Franzens-Universität Graz die Festrede der Eröffnungsveranstaltung: „Volkshochschule der Zukunft“. Für die musikalische und kabarettistische Umrahmung sorgten schließlich die „Weibsbilder“. **DK**



Der neue Vorstand des Bayerischen Volkshochschulverbandes. Von rechts: Karl Heinz Eisfeld, 1. Vorsitzender, Irmgard Heeren, Schriftführerin, Winfried Ellwanger, 3. Vorsitzender, Cornelia Wabra, 2. Vorsitzende und Kornelius Schlehle, Schatzmeister.

ngigkeit. Winfried Ellwanger, Leiter der vhs Landkreis Cham, wurde zum dritten Vorsitzenden des bvv bestimmt, Kornelius Schlehle, Leiter der vhs im Landkreis Roth, ist wieder Schatzmeister. Neu gewählt wurde Cornelia Wabra, Leiterin der vhs Stadt Regensburg, zur zweiten Vorsitzenden. Schriftführerin wurde die Leiterin der vhs Starnberger See, Irmgard Heeren.

Feierlich eröffnet wurde die Landestagung von Josef Deimer, Altoberbürgermeister der Stadt Landshut, Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetages und Präsident des Bayerischen Volkshochschulverbands e.V.. Deimer verwies darauf, dass drei Millionen Teilnehmerinnen und Teilnehmer pro Jahr „schon ein handfester Beleg dafür sind, dass die Volkshochschule ‚nahe am Menschen‘ ist, näher als viele andere, die es für sich vermuten“. Das Erfolgsmodell vhs finde folgerichtig immer noch mehr Anhänger.

Schritt nach vorn

Die Entscheidung, die „Seehofer-Millionen“ von 2009 in diesem Jahr in den regulären Haushalt der Erwachsenenbildung einzustellen, lindere die strukturelle Unterfinanzierung zwar nur geringfügig, ist aber aus Deimers Sicht „ein weiterer Schritt nach vorne, für den wir in schwieriger Zeit dankbar sind“. Damit die Volkshochschulen in Bayern ihre immer wichtiger werdenden Aufgaben auch weiterhin flächendeckend, qualitativ und im Sinne einer optimalen Förderung von Chancengleichheit wahrnehmen und ausbauen könnten, sei eine faire, angemessene und zuverlässige Finanzierung notwendig. Die Kommunen stünden trotz aller Krisen zu Ihrer Verant-

für Grundbildung und Alphabetisierung sorgt, Prävention durch Gesundheitsbildung voranbringt, die Völker und ihre Kulturen verbindet (Sprachen) sowie Menschen in Krisen einen Halt gibt.

Diese und viele weitere Aufgaben erledigten die bayerischen



Bayerische Landesausstellung 2010: „Bayern-Italien“

Das Haus der Bayerischen Geschichte zeigt vom 21. Mai bis zum 10. Oktober die Bayerische Landesausstellung „Bayern-Italien“. Schauplätze sind das Maximilianmuseum und das neue Textil- und Industriemuseum in Augsburg sowie das Kloster St. Mang in Füssen.

„Knutschkugel“ und Familienauto

Genau zwei Wochen vor dem offiziellen Beginn öffnete das Textil- und Industriemuseum in Augsburg seine Tore besonders weit, um eines der außergewöhnlichsten Exponate der bayerisch-italienischen Beziehungsgeschichte an seinen Platz zu befördern. Die BMW-Isetta 250 Export (Baujahr 1959) wurde eigens nach Augsburg transportiert und wird von Mai bis Oktober die Sehnsucht nach Mobilität in den 1950er Jahren darstellen. Die Isetta wurde von der italienischen Motorradsfabrik Iso Rivolta entwickelt und 1954 vorgestellt. Auf dem Genfer Autosalon 1954 wurden Vertreter von BMW auf sie aufmerksam, die dringend nach einem Modell für den Einstieg in den Kleinwagensektor suchten. Nach kurzen Verhandlungen wurde die Lizenz erworben und dazu auch Presswerkzeuge für die Karosserie. Die Isetta war für BMW eine Zwischenlösung in einer sehr kritischen Phase, bis man ein eigenes Erfolg versprechendes neues Auto entwickelt hatte. **Foto: Christina Bleier/HdBG**



Kolumne Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

„Familien, Bildung und Innovationen fördern.“ Diese Ziele hat die bayerische Staatsregierung für 2010 und die kommenden Jahre ausgegeben. Die Städte, Märkte und Gemeinden in Bayern sind als Speerspitze der Investitionen traditionell Motor und Antreiber derartiger Programme. 60% der öffentlichen Investitionen erfolgen durch die Kommunen. Erfolg und auch Misserfolg dieser Ziele stehen also in direktem Zusammenhang mit der Umsetzungsbereitschaft - vor allem aber auch der Finanzierbarkeit in den Kommunen.

Viele Kommunen leiden aufgrund der Finanz-

Spagat zwischen stabilen Kommunalfinanzien und Steuerentlastungen

und Wirtschaftskrise an sinkenden Einnahmen und einer strukturellen Unterfinanzierung. Aufgrund hoher Sozialausgaben, die sich in den letzten 10 Jahren fast verdoppelt und in Bayern mit 4,375 Mrd. Euro eine Rekordhöhe erreicht haben, steigenden Fixkosten und sinkenden Einnahmen ist der Spielraum für Investitionen deutlich kleiner geworden. Viele kommunale Haushalte enthalten keine freie Finanzspritze für Investitionen, sogar die Pflichtaufgaben können teilweise nicht ohne Neuverschuldung finanziert werden.

Auf Bundesebene wird zusätzlich über weitere

Steuersenkungen diskutiert. Die bayerischen Kommunen haben die Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger zum Jahreswechsel 2009/2010 gerne mitgetragen und die Mindereinnahmen in den kommunalen Haushalten schweren Herzens noch akzeptiert, obwohl die Haushaltslage in vielen Landkreisen, Städten, Märkten und Gemeinden dadurch noch schwieriger wurde. Alles was darüber hinausgeht, wird aber bedenklich.

Die Verbesserung des Bildungsangebotes, eine stärkere Familienförderung und zukunftsweisende Innovationen einerseits, Steuersenkungen - egal ob auf Bundes- oder Landesebene - die sich auch mit deutlichen Mindereinnahmen in den Kommunen auswirken, andererseits: Diesen Spagat gilt es zu bewältigen. Ich warne allerdings davor, Entscheidungen voreilig und ohne genaue Betrachtung zu beschließen.

Steuersenkungen sind nur die eine Seite. Wenn die Bürgerinnen und Bürger im Gegenzug die Zeche dadurch zahlen müssen, dass die Infrastruktur in ihren Gemeinden und Städten nicht erhalten werden kann, keine Zukunftsinvestitionen getätigt werden und die Pflichtaufgaben nicht erfüllt werden können, könnte der Schuss auch nach hinten losgehen.

Deshalb kann ich nur raten: Stabile Kommunalfinanzien haben Vorrang vor weiteren Steuersenkungen, damit Familienförderung, verbesserte Bildung und Innovation zukunftsweisend und erfolgreich betrieben werden können.

Ihr Stefan Rößle

Auswirkungen des Klimawandels:

BayernLB präsentiert Klimastudie

Der Klimawandel wird in den kommenden Jahren zahlreiche Wirtschaftsbranchen in Bayern vor große Herausforderungen stellen - aber auch zusätzliche Geschäftspotenziale schaffen. Dies geht aus der Studie „Auswirkungen des Klimawandels auf ausgewählte Branchen in Bayern und Möglichkeiten der Anpassung“ hervor, die im Auftrag der BayernLB von der Arqum GmbH und des Wissenschaftszentrums Umwelt der Universität Augsburg durchgeführt wurde. Sie beleuchtet erstmalig die direkten regionalen Auswirkungen des Klimawandels und die regulatorischen Rahmenbedingungen für Unternehmen aus ca. 20 Branchen in Bayern.

Wolfgang Kugler, Leiter des Teams Nachhaltigkeitsmanagement & Zukunftsmärkte bei der BayernLB, kommentiert: „Der Klimawandel betrifft bayerische Unternehmen in unterschiedlichem Maße. Die BayernLB hat eine differenzierte Untersuchung in Auftrag gegeben und folgende Fragen gestellt: Welche Branchen trifft der Klimawandel in den nächsten fünf bis 15 Jahren? Sind die Unternehmen bereits auf den Klimawandel eingestellt? Welche Anpassungsstrategien sind erfolgversprechend? Unser Ziel ist es, Unternehmen eine systematische Vorbereitung auf die Herausforderungen aus dem Klimawandel zu ermöglichen.“

Gletschern, Zunahme der regionalen Hochwassergefahr, vor allem in alpinen Einzugsgebieten.

2) Regulatorisch-wirtschaftliche Auswirkungen bis 2020

- ▶ Strengere energetische Vorgaben für Gebäude wie beispielsweise Energieeinsparverordnung/EU-Richtlinie Energieeffizienz in Gebäuden.
- ▶ Gesetzliche Auflagen zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur Energieeffizienz von Anlagen.
- ▶ Erhöhte Energiekosten auch aufgrund des verschärften CO2-Emissionszertifikatehandels.

1) Entwicklung des Klimas in Bayern*

- ▶ Es zeigen sich deutliche Erwärmungstrends: Der Schwerpunkt der Erwärmung fällt jahreszeitlich auf das Winterhalbjahr. Für Bayern wird im Rahmen der KLIWA-Untersuchung eine Zunahme der jährlichen Lufttemperatur in der Spannweite zwischen 1,1°C und 1,8°C abgeschätzt.
- ▶ Zudem wird voraussichtlich eine Verschiebung der innerjährlichen Niederschlagsmenge vom Sommer- in das Winterhalbjahr erfolgen, wobei die Niederschlagsmengen im Sommer leicht zurückgehen, die im Winter dagegen deutlich stärker zunehmen.
- ▶ Die Anzahl der heißen Tage mit Temperaturen über 30° Grad Celsius können deutlich zunehmen, wohingegen Frosttage deutlich abnehmen.
- ▶ Starke Rückgänge bei alpinen

3) Realwirtschaftliche Herausforderungen für einzelne Branchen

- ▶ Immobilien: Rückgang des Wärmebedarfs bis 2050 auf bis zu 20 Prozent des derzeitigen Bedarfs versus steigenden Kühlbedarf. Zunahme des sommerlichen Strombedarfs bis 2020 um das Vierfache.
- ▶ Baubranche: Steigende Baukosten bei energieintensiven Baumaterialien durch den CO2-Emissionszertifikatehandel.
- ▶ Lüftungs-, Klima- und Heiztechnik: Stark wachsender Markt für regenerative Kühlungs- und Klimatisierungskonzepte.
- ▶ Photovoltaik/Hersteller Solarmodule: Rohstoffengpass zu erwarten, insbesondere bei Indium und Silber.
- ▶ Wasserkraft: Langfristig rückgängiger Wasserabfluss aus dem Alpenraum, Stromertragseinbußen sind zu erwarten.
- ▶ Kraftwerke: Problematik der abnehmenden Kühlwasserverfügbarkeit zur Direktkühlung der Kraftwerke verschärft sich in Bayern zunehmend.
- ▶ Kommunale Abwasserentsorgung: Starkniederschläge können das Kanalsystem überfordern; Investitionsbedarf im Abwassernetz. * Die beschriebenen Abschätzungsergebnisse zeigen Tendenzen auf. □

Fachtagung der Städtebauförderung:

Nachhaltigkeit als Chance

Am 29. Juli veranstaltet die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern im Kultur+Kongress Zentrum Rosenheim eine Fachtagung zur Städtebauförderung.

Nachhaltigkeit ist heute in aller Munde und ein wichtiges Ziel zahlreicher Initiativen und Programme. Trotz ihrer Vielschichtigkeit wird sie häufig auf die Themen Energiesparen und Ökologie verkürzt. Nachhaltigkeit in der städtebaulichen Erneuerung geht über diese Gesichtspunkte aber weit hinaus. Neben den genannten ökologischen spielen insbesondere ökonomische und soziale Aspekte eine entscheidende Rolle, um den Anforderungen der Nachhaltigkeit gerecht zu werden. Viele bayerische Städte und Gemeinden haben es sich zur Aufgabe gemacht, ihre Zukunft entsprechend zu gestalten.

Die Fachtagung in Rosenheim soll den Stand des bisher Erreichten reflektieren und aufzeigen, wo noch Handlungsbedarf besteht. Vor allem aber soll sie Anregungen und Hinweise geben, wie Städte und Gemeinden ihre nachhaltige Erneuerung mit Hilfe der Städtebauförderung voran bringen können.

Verbindliche Anmeldung (keine Tagungsgebühr) bis 21. Juli unter: monika.robl@stmi.bayern.de □

SGK Bayern trauert um Helmut Bertig

Helmut Bertig ist am 2. April 2010 im Alter von 59 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben. Er hatte als Nachfolger des Gründungsgeschäftsführers Willi Reinsch und Herbert Eckstein seit 1993 die Leitung der Geschäftsstelle inne. Bertig hat in schwieriger finanzieller Lage die Geschäfte der SGK fortgeführt und sich für die Belange der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker in Bayern engagiert eingesetzt. In einem großen Flächenstaat wie Bayern war diese Aufgabe bei knapper personeller Ausstattung eine besondere Herausforderung.

Zuletzt haben die Kommunalpolitiker der SPD den Verstorbenen auf der SGK-Landeskonferenz am 27. Februar in Lauingen/Donau erlebt, die er ausgerichtet hat. Besonders gefreut haben sich seine Parteifreunde darüber, dass Wolfgang Schenk wenige Tage danach wieder mit großer Mehrheit als erster Bürgermeister der Donaustadt bestätigt wurde. Zahlreiche Mitglieder des Landesvorstandes der SGK Bayern und der SPD gaben Helmut Bertig in Freising das letzte Geleit. OB Dr. Ivo Holzinger und Annette Karl, MdL, würdigten ihn und dankten für seine Arbeit. □

Bayerischer Gemeindetag:

„Helfen Sie den Gemeinden und Städten!“

Appell an Finanzstaatssekretär

Der Bayerische Gemeindetag appellierte an den Bayerischen Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, die Gemeinden weiterhin zu unterstützen.

Finanzielle Hilfe nötig

Beim Treffen von Oberbürgermeistern und Bürgermeistern in Dachau mit Pschierer forderte Josef Mend, Erster Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags und Bürgermeister der Gemeinde Iphofen den anwesenden Staatssekretär auf, sowohl auf Landes- als auch Bundesebene alle Möglichkeiten auszuschöpfen, den Kommunen finanziell unter die Arme zu greifen. Im Einzelnen forderte er:

1. Ideen zur Abschaffung der Gewerbesteuer muss eine klare Absage erteilt werden. Die Gewerbesteuer ist für die Kommunen alternativlos und unverzichtbar. Die jahrelange Suche nach Alternativmodellen hat eindrucksvoll bewiesen, dass es keinen qualitativ und quantitativ gleichwertigen Ersatz für die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden und Städte gibt.

2. In der Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene muss sich der Freistaat zum einen für den Erhalt der Gewerbesteuer aussprechen, zum anderen für ein Bundesleistungsgesetz einsetzen, welches die Kommunen von den explodierenden Sozialkosten entlastet.

3. Beim kommunalen Finanzausgleich 2011, der im Herbst dieses Jahres verhandelt werden soll, muss der Freistaat auf die schlechter werdende Finanzlage der Kommunen reagieren.

Unterstützung

Mend: „Herr Finanzstaatssekretär, wir zählen weiter auf Ihre Unterstützung der Kommunen. Nur gemeinsam kann es uns gelingen, die Finanz- und Wirtschaftskrise ohne Einschränkungen der kommunalen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu durchschreiten.“ □

Ruf nach mehr...

(Fortsetzung von Seite 1)

tenzen, Sichtweisen und Alltagserfahrungen in die Kommunalpolitik einbringen könnten, die für die Herausforderungen, vor denen die Kommunen aktuell stehen, absolut notwendig sind.

Zivilgesellschaft

Zu den Programmpunkten der Tagung zählte neben einem Vortrag der Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes, Brigitte Scherb, u. a. auch die Vorstellung der Studie „Engagiert vor Ort – Einstiegswege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen“, die von der EAF durchgeführt wurde. Über 1000 Kommunalpolitikerinnen wurden dazu befragt. Die Ergebnisse zeigen den engen Zusammenhang von zivilgesellschaftlichem Engagement und Kommunalpolitik. 80 Prozent aller Kommunalpolitikerinnen waren vor ihrem politischen Amt bereits in zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv. Allerdings sind Frauen in beiden Bereichen in Führungs- und Entscheidungspositionen bei weitem nicht ausreichend vertreten.

Die Studie zeigt auf, dass die ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen sehr stark mit ihrer Kommune verbunden sind. Zu 99 Prozent wohnen sie in dem Ort, wo sie Stadt- oder Gemeinderätin sind - und zwar im Durchschnitt seit 34 Jahren. Nur zwei Prozent wohnen weniger als fünf Jahre dort; 16 Prozent leben dort bereits mehr als 50 Jahre.

Anstoß von Aussen

Der von 81 Prozent der Befragten genannte und somit häufigste Beweggrund für den kommunalpolitischen Einstieg ist die Motivation, sich „über den eigenen Tellerrand hinaus“ für etwas engagieren zu wollen. 41 Prozent der ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen wollten ein konkretes Thema voran bringen. Aber auch der Wunsch, etwas für sich selbst zu tun, führt in den Stadt- und Gemeinderat: 56 Prozent der Befragten wollten sich persönlich weiter entwickeln und 37 Prozent suchten eine neue Herausforderung. Nur 4 Prozent sehen die Kommunalpolitik jedoch als mögliches Sprungbrett für eine politische Karriere.

Der kommunalpolitische Einstieg erfolgt tendenziell ungeplant und spontan. Immerhin 30 Prozent sind in die Kommunalpolitik „einfach so hineingerutscht“. Die Daten zeigen, dass die Ansprache von außen hier viel bewegen kann. Denn der Anstoß, überhaupt in die Kommunalpolitik zu gehen, kam nur bei 38 Prozent der Befragten aus sich selbst heraus. Dagegen bekamen 62 Prozent der Stadt- und Gemeinderätinnen den Anstoß für die Kommunalpolitik von außen: davon 65 Prozent von Personen mit politischem Bezug (Partei, Ratsmitglieder etc.), 25 Prozent von Personen aus dem näheren Umfeld (Freunde, Kollegen etc.) und 10 Prozent aus der eigenen Familie.

Kreative Lösungen

Wer im Stadt- und Gemeinderat mitarbeiten will, muss Zeit mitbringen. Die Hälfte der Befragten verbringt mindestens 10 und teilweise sogar mehr als 20 Stunden wöchentlich mit Kommunalpolitik; die andere Hälfte weniger als 10 Stunden pro Woche. Die Termine finden in der Regel zwar am Abend und am Wochenende statt. Dennoch müssen die ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen oftmals sehr kreative Lösungen finden, um kommunalpolitische Aufgaben auch flexibel in ihren Tagesablauf zu integrieren.

Laut Untersuchung ist das Engagement für bestimmte Themen

die entscheidende Triebkraft für das ehrenamtliche kommunalpolitische Engagement. Besondere Affinität herrscht zu den traditionell Frauen zugeschriebenen Themen. Jeweils zwischen 40 und 50 Prozent der Befragten arbeiten in Ausschüssen mit, die sich mit den Themen Soziales, Kultur, Jugend und Schule befassen; dagegen nur zwischen 10 und 25 Prozent der Stadt- und Gemeinderätinnen in Ausschüssen zu Umwelt, Bau, Wirtschaft, Verkehr und Technik. Die Erfahrungen, die die Kommunalpolitikerinnen dann machen, decken sich erfreulicherweise mit ihren ursprünglichen Beweggründen für die Kommunalpolitik. 87 Prozent der Befragten heben in ihren Antworten auf die Frage danach, was ihnen an ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit gefällt, positiv hervor, dass sie politische Ziele und Interessen durchsetzen können.

Mitgestaltung

Hier geht es für 73 Prozent eher allgemein um die Möglichkeit, etwas mitgestalten und mitbestimmen zu können. 34 Prozent der ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen nennen zudem den Aspekt, direkt etwas für die Bürgerinnen und Bürger tun zu können. Glaubwürdigkeit, Zuverlässigkeit und Verantwortung gegenüber Bürgern und Bürgerinnen rangieren in ihrem Wertesystem weit oben. Die meisten

„Leitbild CSU“...

(Fortsetzung von Seite 1)

Fragen Sinn? Sind Angebote für Mitglieder zu schaffen, die „ortsungebunden“ an der Parteiarbeit mitwirken wollen? Wie ist die Arbeit von CSU und deren Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen noch besser zu verzahnen? Wie können die Mitwirkungsrechte von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise bei Parteibeschlüssen und Wahlen sinnvoll erweitert werden? Wie sind die Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise noch besser personell in den Vorständen zu verankern? Wie können moderne Kommunikationsmittel (z. B. Internet) zur Verbesserung der parteiinternen Beteiligung noch sinnvoller genutzt werden?

Stabile Finanzen für solides Wirtschaften

Grundsätzliche Voraussetzung für eine auch langfristig erfolgreiche Parteiarbeit sind stabile Finanzen. Ziel muss laut CSU - auch vor dem Hintergrund der Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus - eine Finanzausstattung der Partei sein, die die Mitgliedschaft attraktiv belässt und gleichzeitig ein solides Wirtschaften ermöglicht. Fragen nach der Beitragsordnung und den Maßstäben für den künftigen Mitgliedsbeitrag seien hier zu erörtern.

Um mit ihrer Politik Antworten auf Fragen der vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen geben zu können, ist es wichtig, dass sich die Struktur der Bevölkerung auch innerhalb der Partei abbildet. Die CSU benötige Frauen und Männer, Jung und Alt, Arbeitnehmer und Mittelständler, Menschen aus den Städten und aus dem ländlichen Raum gleichermaßen. Nur so bleibe sie vital und in der Gesellschaft fest verankert.

Daher ist es nach Auffassung der Partei „sicher auch ein besonderer Effekt, wenn bei Veranstaltungen zum Dialogprozess ein externer Referent, z. B. ein Vertreter von Vereinen, Verbänden oder aus der Wirtschaft, seine Sicht der Dinge kurz darlegt und erklärt, was ihm als Außenstehender an der CSU wichtig ist“.

Folgende Fragen werden in diesem Zusammenhang in der

fühlen sich der Allgemeinheit bzw. den Wählenden sehr verpflichtet und nehmen für sich in Anspruch, diese Verantwortung ernst zu nehmen. Die für die Kommunalpolitik typische Bürgernähe wird als ausgesprochen positiv wahrgenommen. Sie deckt das Bedürfnis der Frauen nach direkter Kommunikation, pragmatischer Lösungsorientierung und unmittelbarer Anerkennung.

Weiterentwicklung

Aber auch die Motivation, sich persönlich weiter zu entwickeln, lässt sich im kommunalpolitischen Engagement umsetzen. Nach den positiven Erfahrungen mit der kommunalpolitischen Tätigkeit gefragt, nennen 33 Prozent Aspekte, die auf Möglichkeiten der Persönlichkeits- und Kompetenzentwicklung schließen lassen: Man lerne viele neue Themen und Menschen sowie die Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit anderen kennen; auch sei Kommunalpolitik ein Schub für das eigene Selbstwertgefühl, da man Erfolgserlebnisse habe und an Ansehen gewinne.

Engagement lohnt sich

Die Daten deuten insgesamt darauf hin, dass sich kommunalpolitisches Engagement lohnt: Immerhin 76 Prozent der befragten ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen werden bei der nächsten Kommunalwahl wieder kandidieren. **DK**

Suche nach dem...

(Fortsetzung von Seite 1)

bau der Gewerbesteuer zur Betriebssteuer, die die tatsächliche Wertschöpfung vor Ort besteuert. Somit müssten auch freie Berufe und Selbstständige ihren Beitrag zur kommunalen Infrastruktur leisten.

Dringender Handlungsbedarf bestehe aber auch auf der Ausgabenseite. „Wir erwarten von der Gemeindefinanzkommission, dass sie ernsthafte Vorschläge zur finanziellen Entlastung der Kommunen vorlegt. Wir haben hier auch Unterstützung vom Bayerischen Ministerpräsidenten, mit dem wir uns darauf geeinigt haben, dass der Freistaat eine Bundesratsinitiative für ein kommunales Entlastungsgesetz starten wird“, erläuterte Schaidinger. Allein die Sozialkosten seien 2009 um 350 Millionen Euro auf mehr als 4,3 Milliarden Euro explodiert. „Unabhängig von der Krise halten da unsere Einnahmen längst nicht mehr mit.“ Die Städte benötigen dringend Entlastung, etwa durch „klare Obergrenzen“ bei den Unterbringungskosten für Hartz-IV-Empfänger, aber auch durch andere Einschnitte bei Sozialleistungen.

Landesplanung sinnvoll

Was das Thema Landesplanung angeht, so darf diese nach Auffassung des Bayerischen Städtetags nicht als sozialistische Planwirtschaft verteufelt werden. Landesentwicklung benötige eine Struktur. Das Landesentwicklungsprogramm sei ein bewährtes und sinnvolles Instrument, um das Wachsen und Schrumpfen des Landes zu gestalten. Bayern brauche Regeln, die beschreiben, wie sich dieses über Jahrhunderte gewachsene Kulturland weiter entwickelt.

Die Verbandsspitze begrüßt, dass die Staatsregierung eine Neufassung des Landesentwicklungsprogramms anpacken will. Schaidinger: „Eine Diät kann dem LEP nicht schaden. Eine Entschlackung und Straffung macht Sinn. Es muss nicht alles bis ins kleinste Detail geregelt sein und es müssen nicht jedes Ziel und jeder Grundsatz, die bereits in anderen Fachgesetzen und Fachplänen abgesichert sind, nur um der bloßen Aufzählung willen im LEP erwähnt sein.“

Flexibilisierung hilfreich

Eine Flexibilisierung könne für kleinere Fälle hilfreich sein, aber für die Landesplanung als Ganzes müssten eindeutige Regeln gelten: „Ein großer Media-Markt gehört nicht auf das Dorf, aber ein Supermarkt für Lebensmittel soll möglich sein. Grundversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs muss möglich sein, aber für Einzelhandelsprojekte braucht es Regeln.“

Schaidinger forderte eine Abkehr von den alten Schlagworten: „Was besagt der Begriff des ländlichen Raumes noch? Die Verflechtungen von Stadt und Umland sind vielfältig. Der Gegensatz zwischen ländlichem Raum und Ballungsraum ist in vielen Teilen Bayerns künstlich konstruiert: Da gibt es Dörfer in strukturschwächeren ländlichen Regionen und da gibt es Städte wie Landschut, Rosenheim oder Kempten, die landesplanerisch als ländlicher Raum gelten.“ Diese Beispiele zeigten: „Der Begriff ländlicher Raum ist diffus, jeder stellt sich etwas anderes darunter vor. Regionen in Grenzgebieten haben andere Probleme als der ländliche Raum mit Industriegebieten.“

Schaidinger weiter: „Die beste Förderung des ländlichen Raums ist mit den zentralen Orten verbunden - das sind nicht nur Städte, sondern auch einzelne Gemeinden. Diese zentralen Orte prägen die Identität und das Bild

einer ganzen Region. Diese Kernkriterien zur Raumstruktur müssen im Landesentwicklungsprogramm neu bestimmt werden. Es geht bei Landes- und Regionalplanung nicht um Verhinderungsplanung, sondern um Gestaltung. Hierbei werden die Regionalen Planungsverbände weiterhin ihre Rolle haben.“

Spielautomatensteuer

Ungeachtet der Ablehnung eines entsprechenden Antrags durch die CSU-FDP-Koalition im Bayerischen Landtag hat sich der Vorstand des Bayerischen Städtetags für die Zulassung einer Spielautomatensteuer ausgesprochen. Seit zehn Jahren hat sich Schaidinger zufolge die Zahl der Spielautomaten in Bayern auf 14.000 verdoppelt. Kommunalpolitiker würden diese Entwicklung gerne eindämmen, fänden aber rechtlich nur eingeschränkte Möglichkeiten. Sie hoffen, dass eine Steuer auf die Spielautomaten den Gewinn der Betreiber reduziert und somit eine Vielzahl der Standorte weniger lukrativ für Betreiber wird.

„Den Städten geht es nicht um den Ertrag aus einer neuen Steuer. Mit einer Spielautomatensteuer lassen sich die kommunalen Finanzprobleme nicht lösen“, machte der Verbandsvorsitzende deutlich. „Wenn wir schon über das Baurecht und über das Ordnungsrecht zu wenig Möglichkeiten haben, die Ausweisung und Errichtung von Spielhallen zu bremsen, dann soll wenigstens eine Steuer auf Spielautomaten helfen, diesen Trend zu bremsen. Wir brauchen wenigstens ein Instrument, um das Krebsartige Wuchern von Spielhöhlen einzudämmen.“

Laut Grundgesetz haben die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung über die örtlichen Verbrauchs- und Aufwandssteuern. In Bayern ist dieses Recht zur Steuererhebung wesentlich eingeschränkt. Es bleibt die Hundesteuer als örtliche Aufwandssteuer und seit 2004 die Möglichkeit zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer.

Schaidinger: „Bagatelsteuern helfen nicht gegen die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen. Aber: Die bayerischen Städte und Gemeinden sollen selbst entscheiden können, ob sie aus fiskalischen oder ordnungspolitischen Gesichtspunkten eine Steuer einführen wollen. Wenn die Spielautomatensteuer den Kommunen ein paar tausend Euro mehr bringt, ist das ein positiver Nebeneffekt. Vor allem geht es den Städten und Gemeinden darum, der Ausbreitung von Spielhallen Einhalt zu gebieten. Eine Spielautomatensteuer ist nicht die optimale Lösung gegen den Boom der Automaten. Das ist nur ein Notbehelf, lieber wäre uns ein wirksames ordnungs- und baurechtliches Werkzeug.“

Beschwerdenhäufung

In Städten und Gemeinden - vor allem über 10.000 Einwohner - mehren sich Beschwerden, dass die Hallen mit Spielautomaten rapide zugenommen haben. Kommunalpolitiker klagen über den Widerspruch, dass sich auf der einen Seite Kommunen in der Suchtprävention, Schuldnerberatung und Betreuung von verarmten oder zerrütteten Familien engagieren sollen. Auf der anderen Seite locken Spielhallen Kunden an und verursachen Sucht und soziale Probleme.

Für eine Stadt wie Augsburg könnte die Spielautomatensteuer ein Jahresvolumen von bis zu 2,5 Mio. Euro erreichen. Für eine Stadt wie Fürth könnte eine Spielautomatensteuer ein Aufkommen von bis zu 700.000 Euro bringen. **DK**

BUSSE UND BAHNEN MACHEN DEUTSCHLAND GRÜNER



28 Mio. haben den Einstieg in die Zukunft schon gefunden.

Engagierter Umweltschützer zu sein, ist entspannter, als Sie vielleicht denken. Steigen Sie morgens in ein modernes Fahrzeug mit Chauffeur. Und schon haben Sie eine Menge CO₂, Kraftstoff und Lärm gespart. Womit man wieder sieht: Ob günstig, sicher oder umweltfreundlich – was immer Sie bewegt, mit Bussen und Bahnen fahren Sie richtig.



Damit Deutschland mobil bleibt
Busse & Bahnen

Konjunkturprogramme in Bayern:

Baumaßnahmen laufen auf Hochtouren

Bauarbeiten an 41 Bahnhöfen bereits abgeschlossen
Neues Internetportal informiert auf 400 Seiten

Die Investitionen des Bundes zeigen erste Erfolge. So wurden in Bayern bereits an 41 Bahnhöfen die Bauarbeiten abgeschlossen. Unter anderem wurden an acht Stationen 61 LCD-Zuganzeiger montiert und acht Rolltreppen ausgetauscht. Zwölf Bahnhöfe erhielten insgesamt 29 Wetterschutzhäuser. Modernisiert worden sind zudem die Bahnsteige an sechs Stationen der Schnaittachtalbahn. Sie wurden auf eine Höhe von 55 Zentimeter angehoben und haben nun eine einheitliche Länge von 140 Metern. Dadurch ist der Einstieg in die Züge erheblich leichter geworden. Eine neue Beleuchtung sowie Wetterschutzhäuser wurden ebenfalls installiert, um die Sicherheit an den Bahnsteigen zu erhöhen.

Aktuell wird in Bayern an 98 Stationen gebaut, wie zum Beispiel im Bahnhof Rosenheim. An dieser und weiteren Stationen wird künftig Energie eingespart. So erfüllt der Bahnhof Rosenheim nach der energetischen Sanierung bereits die strengen Anforderungen der Energie-Einsparverordnung (EnEV), die nach heutiger Planung der Bundesregierung erst zum Jahr 2012 an gelten sollen. Die Reduzierung beim Kohlendioxid-Ausstoß (CO₂) entspricht dem von 72 Einfamilienhäusern jährlich; der Energiebedarf sinkt pro Jahr um rund 50 Prozent.

Verbessert werden sollen zudem die Informationen am Bahnsteig an 191 Bahnhöfen überwiegend mit dynamischen Schriftanzeigern (DSA). Auch wird das Erscheinungsbild an insgesamt 49 Stationen aufgewertet, zum Beispiel durch modernisierte Bahnsteige und deren Ausstattung. Bis 2011 investiert die Deutsche Bahn in Bayern rund 40 Millionen Euro aus den Konjunkturprogrammen des Bundes in insgesamt 243 kleinere und mittelgroße Bahnhöfe.

Bundesweit konnten bereits an über 200 Bahnhöfen die Bauarbeiten abgeschlossen werden; unter anderem wurden rund 100 Wetterschutzhäuser aufgestellt sowie 13 Rolltreppen erneuert. Derzeit wird an mehr als 700 Stationen gebaut, fast 2.000 Vorhaben sind ausgeschrieben, davon sind fast 1.700 Projekte beauftragt und stehen unmittelbar vor dem Baubeginn. Insgesamt betreibt die Deutsche Bahn in Deutschland 5.700 Stationen.

Begleitend zu den Baumaßnahmen hat die Deutsche Bahn ein neues Portal im Internet gestartet. Unter www.bahnhof.de/konjunkturprogramm gibt es im Internet umfangreiche Informationen zum

Fortschritt aller bundesweiten Bauprojekte an Bahnhöfen aus den Konjunkturprogrammen des Bundes. Das Portal liefert auf 400 Seiten Daten und Fakten zu den einzelnen Stationen. Es wird monatlich aktualisiert. Mehr als 2.500 Bilder komplettieren das Internetangebot. „Mit dem neuen Internetportal wird der Baufortschritt an unseren Bahnhöfen transparent. Jeder Nutzer kann nachvollziehen, dass die Bundesmittel in die Verbesserung der Servicequalität fließen. Die Bundesmittel kommen bei unseren Kunden an“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn, Dr. Rüdiger Grube.

Umsetzung im Zeitplan

Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer: „Ein paar Mausklicks genügen - und schon können sich Bürgerinnen und Bürger im Internet ein Bild über die konkreten Baufortschritte an Bahnhöfen in ihrer Nähe machen. Sie erhalten umfangreiche Informationen über unsere bundesweiten Maßnahmen zur Sanierung von mehr als 2.000 Stationen. Auf diese Weise wird sichtbar, wie wir die 300 Millionen Euro aus den Konjunkturpaketen für mehr Qualität einsetzen. Die Bundesregierung investiert in die energetische Sanierung der Empfangsgebäude, in ein besseres Informationsangebot für die Kunden, in barrierefreie Zugänge, in Wetterschutz und die Sicherheit der Bahnhöfe. Bei der Umsetzung der Maßnahmen liegen wir im Plan. Unser Bahnhofsprogramm wird die Attraktivität der Deutschen Bahn deutlich verbessern. Es belebt die Konjunktur und schafft bzw. sichert Tausende von Arbeitsplätzen.“ Für das Bahnhofsprogramm

stehen neben den 300 Millionen Euro an Bundesmitteln weitere 25 Millionen Euro Eigenmittel der Deutschen Bahn zur Verfügung.

Details zum Internet-Auftritt

Der neue Internetauftritt gliedert sich in fünf Menüpunkte. Unter „Ziele & Maßnahmen“ werden die mit dem Bund vereinbarten Arbeitspakete der Konjunkturprogramme genau vorgestellt. Im Abschnitt „Umsetzung Aktuell“ gibt es eine Übersicht der Bauarbeiten in allen Bundesländern - diese Liste wird monatlich aktualisiert. So wird beispielsweise in Bayern an 98, in Baden-Württemberg an 90 und in Nordrhein-Westfalen derzeit an 146 Stationen gebaut (Stand: April 2010).

49 Leuchtturm-Projekte

In der Rubrik „Ausgewählte Projekte“ werden 49 Bauprojekte aus den Bundesländern vorgestellt. Herausragende Maßnahmen sind zum Beispiel die Sanierung des Hallendachs im Wiesbadener Hauptbahnhof sowie die energetische Sanierung in den Bahnhöfen Dresden, Greifswald, Konstanz, Rosenheim und Solingen. An diesen und weiteren Stationen wird künftig Energie eingespart. So erfüllt beispielsweise der Bahnhof Rosenheim nach der Sanierung bereits die strengen energetischen Anforderungen der Energie-Einsparverordnung (EnEV), die nach heutiger Planung der Bundesregierung erst zum Jahr 2012 an gelten sollen. Die Reduzierung beim Kohlendioxid-Ausstoß entspricht dem von 72 Einfamilienhäusern jährlich; der Energiebedarf sinkt pro Jahr um rund 50 Prozent.

Wer es genau wissen will, in welchem Ort welche Maßnahmen anstehen, klickt auf den Menüpunkt „In Ihrer Nähe“. Nach Auswahl eines Bundeslandes werden alle Bahnhöfe angezeigt, die von den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung profitieren. Anhand der Bilddatenbank kann im Einzelnen verfolgt werden, wie sich die Bahnhöfe vor und nach der Modernisierung präsentieren. □



Vorher - nachher: Für 31 Euro wurde das Schlagloch perfekt repariert. Nach kurzer Zeit wird der Farbunterschied komplett verschwunden sein. Foto: Richter Handelskontor, Lindenfels

Preiswerte Straßen-Reparaturarbeiten:

Nur 31 Euro pro Schlagloch!

Einfaches Verfahren ermöglicht dauerhafte Wiederherstellung der Asphaltdecke

Als der Schnee endlich weggetaut war, wurde das ganze Fiasko erst richtig sichtbar: Auf vielen Straßen im Freistaat hatte die Winterkälte „ganze Arbeit“ geleistet. Unsere Straßen sehen aus wie Emmentaler Käse. Loch reiht sich an Loch. Bei den Entscheidungsträgern in den Kommunen ist der Jammer groß: „Wer soll das bezahlen?“ heißt es allenthalben. Das Geld fehlt in den kommunalen Kassen ohnehin. Deshalb nimmt es nicht Wunder, dass das Interesse auf dem Stand der Grün GmbH während der BAUMA groß war. Die Asphaltspezialisten von „Handelskontor Richter“ präsentieren ein preiswertes Verfahren, mit dem ohne großen Aufwand sämtliche Schlaglöcher beseitigt werden können.

„Fahren Sie mal nach Mainz“, sagte Claus J. Damerau am Grün-Messestand. „Sie werden einfach keine Schlaglöcher finden.“ Die Stadt habe sich mit dem entsprechenden Equipment ausgestattet und repariere extrem kostengünstig jede Beschädigung sofort.

Reparaturarbeiten werden nötig wegen offener Nähte, Frostaufbrüchen, Blasenbildung im Gussasphalt, Entmischungen im Schieberkappen- oder Kanaldeckelbereich, zu hoch und/oder zu niedrig eingebautem Asphalt, Aufbrucharbeiten wegen Leitungsbau, Kanal- und/oder Rohrverlegung oder des Entfernens der Verkehrswegeföhrung.

Im Durchschnitt, so ist zu hören, fallen bei Regearbeiten pro Schlaglochreparatur etwa 250 Euro an. Mit dem B.I.G.® Bituplast Infrarot AsphaltHeiz-Gerät kann Walz-, Guss- und durchgefärbter Asphalt in beliebiger Dicke replastifiziert werden. Materialüberschuss wird weggenommen; Materialmangel wird ergänzt durch Reparaturasphalt, der direkt an der Schadensstelle erhitzt wird. Da der Asphalt vollständig replastifiziert

wird, sind kein Fräsen, kein Schnitt und kein Fugenband nötig. Erzielt wird dabei eine kraftschlüssige Verbindung mit hervorragender Optik. Kosten soll jedes reparierte Schlagloch auf diese Weise etwa 31 Euro; wer das Gerät selbst anschafft, spart noch mehr Geld.

Anschub für die Elektromobilität

Fünf-Punkte-Strategie der Staatsregierung
Modellregion gesucht

Die vom Ministerrat unmittelbar nach der China-Reise von Ministerpräsident Horst Seehofer beschlossene Fünf-Punkte-Strategie für Elektromobilität in Bayern wird beim Ausbau der Forschungslandschaft in den Regionen München und Allgäu auch auf den ländlichen Raum ausstrahlen. Erklärtes Ziel ist, in einer Kleinstadt mit rund 10.000 Einwohnern Anwendungsbeispiele für die verschiedensten Bereiche der E-Mobilität und der regenerativen Energie zu erproben.

Geeignete Modelle will die Staatsregierung mit industriellen Partnern erarbeiten. Dem Kabinett hat Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (CSU) bereits die niederbayerischen Landkreise Cham, Regen und Freyung-Grafenau als Modellregion vorgeschlagen.

Im Landtag zeigte sich SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher skeptisch: Ob es nicht sinnvoller wäre, alle Kräfte auf eine Modellregion zu konzentrieren? Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP), der die interministerielle Arbeitsgruppe für die Fünf-Punkte-Strategie leitet, lud den Landtag zur aktiven Mitarbeit ein. Für den ländlichen Raum gebe es das Reichweitenproblem des Elektroantriebs. Dieses sei auch vorrangig zu lösen.

Die SPD hatte die Elektromobilität im Landtag zum Thema einer Ministerbefragung gemacht. Dabei stand nicht die Regionalfrage im Zentrum, sondern auch der von den Grünen und den Freien Wählern erhobene Vorwurf, die CSU habe schon in ihrer Alleinregierung nicht die Zeichen der Zeit erkannt. Bayern sei nicht auf der Überhol-, sondern auf der Standspur, kritisierte Rinderspacher (der an Seehofers China-Reise teilgenommen hatte). Die rasante Entwicklung insbesondere 2007/2008 sei vollkommen verschlafen worden. Bayern habe gerade mal fünf Millionen Euro für die Elektromobilität im Haushalt, China eine Milliarde und Baden-Württemberg 15 Millionen. Anderswo gebe es auch Prämien für den Kauf von

Elektroautos; in China 6.000 und in Frankreich 5.000 Euro.

Das Ziel der Staatsregierung, bis 2020 etwa 20.000 Elektroautos auf die Straßen zu bringen, sei illusorisch; wo doch 2008 gerade mal 24 und letztes Jahr 27 angemeldet worden seien. Rinderspacher konzedierte Zeil, erst seit der Koalitionsbildung mit verantwortlich zu sein, nachdem zuvor Erwin Huber (CSU) als Wirtschaftsminister amtiert hatte. Zeil ließ sich darauf nicht ein. Er blieb dabei, Bayern sei auf der Überhol-, nicht auf der Standspur und distanzierte sich andererseits von dem von CSU-Abgeordneten Markus Blume zur Diskussion gestellten Frage, ob man nicht einen bayerischen Förderungs-Masterplan für Elektromobile auflegen solle.

Zur Fünf-Punkte-Strategie gehören der Ausbau der Forschungslandschaft mit den Zentren der Technischen Universität München sowie des Fraunhofer-Instituts in Erlangen und Nürnberg. Dem dienen die Modellregionen München und Allgäu. Ferner sollen Leuchtturmprojekte eingerichtet werden. Bis Mitte dieses Jahres ist ein Maßnahmenpaket zur schnellen Markteinführung des Elektroantriebs in Arbeit. Dazu gehören stärkere steuerliche Anreize für Fahrzeuge, die Ausgabe von grünen Kennzeichen, die Beschaffung von Dienstfahrzeugen, die Ausweisung von Vorrang-Parkplätzen, Hinweisschilder auf Stromladestationen und Sonderfahrstreifen für Elektrofahrzeuge. **rm**

VDV-Mitgliedsunternehmen:

Fahrgastzahlen auf rund 10 Milliarden gestiegen

Demographischer Wandel erfordert leistungsfähige ÖPNV-Infrastruktur in Ballungsräumen und flexible Lösungen in ländlichen Regionen

9,8 Milliarden Fahrgäste waren 2009 mit den Bussen und Bahnen der VDV-Mitgliedsunternehmen unterwegs - das ermittelt der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) auf der Grundlage seiner vorläufigen Statistik. Gegenüber 2008 ist das ein Wachstum um 1,2 Prozent. Die Beförderungsleistung lag bei insgesamt 91 Milliarden Personenkilometern (Pkm) - ein Anstieg von 0,5 Prozent gegenüber 2008. Besonders die Nahverkehrsmittel mit U-Bahnen und Stadtbahnen (+3,5 Prozent) verzeichneten 2009 mehr Fahrgäste.

„Die steigende Nachfrage beweist, dass das ÖPNV-Angebot eine attraktive Alternative zum Auto ist“, erklärt VDV-Präsident Jürgen Fenske. „Die Verkehrsunternehmen haben in den letzten Jahren ihre Effizienz stark verbessert - der Kostendeckungsgrad lag 2008 bei rund 77 Prozent“, sagt Fenske. Insgesamt sind in Deutschland täglich 28 Millionen Fahrgäste mit Bussen und Bahnen unterwegs - und die Tendenz ist steigend. Experten prognostizieren: Der Trend der Bevölkerungswanderung vom Umland in die Städte und die immer älter wer-

dende Gesellschaft werden sich extrem auf das Mobilitätsverhalten und die Nachfrage auswirken. Barrierefreie Haltestellen, effizient miteinander vernetzte Verkehrsmittel für kürzere und schnellere Wege sowie umweltfreundliche Fahrzeuge werden in Zukunft mehr an Bedeutung gewinnen.

Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur notwendig

Der ÖPNV muss sich der zunehmenden Urbanisierung und

dem demographischen Wandel anpassen“, betont Fenske. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur spielt dabei eine entscheidende Rolle. „Doch die momentane Finanzausstattung reicht heute bereits nicht aus, um den Bedarf gerade für den Erhalt zu finanzieren“, so Fenske weiter. Die bestehende Infrastruktur, die durch das Gemeindefinanzierungsgesetz (GVFG) und den Vorläuferinstrumenten geschaffen wurde, kommt zunehmend in die Jahre.

„Bis heute gibt es keine gesetzliche Grundlage, über die der Erhalt der Substanz finanziert werden könnte“, sagt Fenske. Laut einer VDV-Studie gibt es schon jetzt einen Nachholbedarf für Erneuerungsinvestitionen in Höhe von 2,35 Milliarden Euro, die für den Substanzerhalt der Infrastruktur notwendig sind. Jährlich steigt dieser Betrag um 330 Millionen Euro weiter an. Vor dem Hinter-

grund, dass immer mehr Menschen den Öffentlichen Verkehr nutzen, ist der Ausbau des ÖPNV-Angebotes dringend notwendig. Steigende Kosten im Betrieb sind jedoch die Folge. „Kosten, die allein durch die Fahrgelderlöse nicht zu decken sind“, so Fenske weiter.

Dynamisierung der Mittel

Der ÖPNV muss aber auch in Zukunft bezahlbar und attraktiv bleiben - sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Denn besonders im ländlichen Raum sind durch den Bevölkerungsrückgang eher nachfrageorientierte und flexible Angebote gefragt. Eine gute verkehrliche Anbindung zu den Städten kann vor allem durch den Schienenpersonennahverkehr gewährleistet werden, der durch die Regionalisierungsmittel finanziert wird. Der Verband fordert daher, die Dynamisierung dieser Mittel von 1,5 auf 2,5 Prozent anzuheben.

Die schwarz-gelbe Koalition bekennt sich zum ÖPNV als „unverzichtbaren Bestandteil der Daseinsvorsorge“. „Wenn der öffentliche Personenverkehr ein unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge ist, dann sollten notwendige Investitionen in den Erhalt schon jetzt getätigt werden“, betont der VDV-Präsident. □

Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer:

Wirtschaftsfaktor Bus

Erster bdo-Doppelkongress in Berlin zu den Themen ÖPNV und Bustouristik mit Bayerns Staatssekretärin Katja Hessel

Gerade der ländliche Raum in Bayern ist besonders auf einen flächendeckenden öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Dieser wird im Freistaat zu einem Großteil von mittelständischen Unternehmen betrieben. Der Jubiläumskongress zum 30-jährigen Bestehen des Bundesverbands Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) befasste sich in Berlin mit diesem Thema. Daneben stand der Tourismus als prägender Wirtschaftszweig der Branche im Zentrum des Interesses.

Vor mehr als 300 Teilnehmern forderte bdo-Präsident Wolfgang Steinbrück eine mittelstandsfreundliche Politik im Sinne der Bustouristik und der privaten Busunternehmer im Öffentlichen Personennahverkehr. „Förderung statt Bestrafung“ erwarte der Verband für den umweltfreundlichsten und sichersten Verkehrsträger, an dem über eine Million Arbeitnehmer partizipieren.

Vorrang für kommerzielle Verkehre

Mit Blick auf die angekündigte Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) durch die Bundesregierung forderte Steinbrück, den Vorrang kommerzieller Verkehre zu erhalten und lobte die Regierung, die diese Absicht bereits im Koalitionsvertrag festgehalten hat. „Wer eine Systemänderung will, ist für Planwirtschaft“, bemerkte Steinbrück. Was „alle Macht den Räten“ bringe, zeige sich in Hessen, wo viele Mittelständler vom Markt gefegt worden seien. „Eine solche Entwicklung können wir nicht zulassen“, formulierte Steinbrück und stellte fest: „Die Verordnung zwingt nicht zu einer Veränderung des bewährten Ordnungsrahmens für den ÖPNV. Deutschland hat ein ausgezeichnetes System, das weltweit mehr als anerkannt ist.“

Die PBefG-Novellierung stehe auch für die Politik im Mittelpunkt, wie Enak Ferlemann MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, erläuterte. Dabei halte sich der Anpassungsbedarf an die EU-Verordnung in Grenzen.

Bayerische Eisenbahngesellschaft:

Probleme im Schülerverkehr nach Regensburg lösen!

Die Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) hat DB Regio erneut aufgefordert, die Qualitätsprobleme auf der Strecke Nürnberg – Schwandorf – Regensburg endgültig zu lösen. Dies betrifft insbesondere den von Schülern stark genutzten Zug (RE 3563) um 7.05 Uhr von Regenstauf nach Regensburg.

Aufgrund der teilweise gravierenden Verspätungen konnten zahlreiche Schüler wiederholt ihre Anschlussbusse in Regensburg nicht erreichen. Eltern und örtliche Mandatsträger – wie der Bundestagsabgeordnete Peter Aumer und die Marktgemeinderätin Christina Weiler – hatten sich bereits mehrfach an die BEG und das Wirtschaftsministerium gewandt.

In einem Schreiben an den Vorsitzenden der Regionalleitung fordert die Bayerische Eisenbahngesellschaft die DB Regio auf, unverzüglich Vorkehrungen zu treffen, die einen stabilen Betrieb mit einem ausreichenden Platzangebot zwischen Regenstauf und Regensburg sicherstellen.

BEG-Geschäftsführer Fritz Czeschka: „Wenn DB Regio den bestellten Fahrplan nicht in der geforderten Qualität fahren kann, dann muss sie andere Lösungen heranziehen – und zwar auf eigene Rechnung.“ Dies wäre zum Beispiel die planmäßige getrennte Führung der beiden Zugteile von Schwandorf nach Regensburg, wie sie ja auch mehrfach von den politischen Mandatsträgern vor Ort gefordert wurde. Czeschka:

Ferlemann bestätigte die Aussagen der Koalitionsvereinbarung und stellte klar, dass man den Vorrang kommerzieller Verkehre gewährleisten werde. „Der Staat wird nur eingreifen, wenn der Markt die Bedürfnisse nicht befriedigen kann.“

Gesetzgebungsverfahren

Noch in diesem Jahr soll das Gesetzgebungsverfahren möglichst abgeschlossen sein. 2011 wolle sein Ministerium intensiv über die Finanzierung im ÖPNV diskutieren. An die Branchenvertreter appellierte Ferlemann, die Verkehrsträger nicht gegeneinander auszuspielen. „Jedes Verkehrssystem ist wichtig in diesem Land. Es werden alle gleich behandelt. Jeder Verkehrsträger hat seinen Nutzen.“

Herzangelegenheit

Nicht nur dem Bund, „auch Bayern liegen der ÖPNV und der Busverkehr am Herzen“, sagte Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel. Die mittelständischen Verkehrsunternehmen betrieben weit über die Hälfte des allgemeinen ÖPNV in Bayern. Gerade sie prägten die Qualität des ÖPNV im Freistaat. Ihre unternehmerische Initiative und Kreativität garantierten dauerhaft hochwertige Verkehrsleistung. Im Hinblick auf die im letzten Dezember in Kraft getretene neue europäische Nahverkehrsverordnung 1370/2007 machte Hessel deutlich, dass das Eckpunktpapier des VDO und des bdo eine gute Grundlage sei. In wesentlichen Punkten gebe es Übereinstimmung. „Am Vorrang kommerzi-

eller Verkehre muss festgehalten werden“, so die Staatssekretärin.

Busförderung

„Trotz aller Haushaltsschwierigkeiten haben wir uns in Bayern dazu entschieden, zur Sicherung der langfristigen Leistungsfähigkeit unserer Busunternehmen die zwischenzeitlich ausgesetzte Busförderung wieder aufzunehmen“, fuhr Hessel fort. Moderne, umweltfreundliche und barrierefreie Fahrzeuge seien eine wichtige Voraussetzung für einen attraktiven ÖPNV. Emissionsarme Fahrzeuge und innovative Fahrzeugkonzepte wie Buszüge erhielten deshalb besondere Finanzierungsanreize.

Zukunftspotenzial

„Die mittelständischen Busunternehmen in Deutschland sind einfach unersetzlich“, stellte bdo-Hauptgeschäftsführer Gunther Mörl fest. Man verfüge über ein außerordentlich gutes Zukunftspotenzial, müsse aber endlich

Ja zum Bahnknoten München

Landtag stimmt dem Ausbau des innerstädtischen S-Bahn-Verkehrs auch im Interesse der Nachbarregionen zu

Mit großer Mehrheit hat der Landtag die Staatsregierung aufgefordert, das „Gesamtkonzept Bahnknoten München“ zügig umzusetzen. Ausgenommen die Grünen waren sich alle Fraktionen einig, dass der seit Jahren in und um München anhaltende Zwi- st um den Ausbau der S-Bahn und zusätzlicher Schienenwege zum Flughafen im Erdinger Moos auch im Interesse des weiteren Umfelds der Landeshauptstadt zu beenden sei und konkrete Finanzierungsverhandlungen mit dem Bund und der Bahn begonnen werden müssen.

Der Bahnknoten München sei das größte und wichtigste Schienenprojekt des Freistaats über die nächsten zehn Jahre hinaus, erklärte Wirtschaftsminister Martin Zeil im Landtag. Nach dem Mehrheitsbeschluss des Münchner Stadtrats für einen 2. S-Bahntunnel durch die Innenstadt und dem entsprechenden Beschluss der Staatsregierung vom 23. März gehe es nicht nur um die innerstädtischen Verkehrsprobleme, sondern auch um die dynamische Entwicklung schneller Direktverbindungen zum Flughafen aus den bayerischen Regionen und um den Ausbau der Schienenmagistrale von München nach Salzburg.

Rasche Verhandlungen

Dem Landtag lag ein entsprechender Dringlichkeitsantrag von CSU und FDP vor. Das Gesamtkonzept diene dem gesamten Land, heißt es darin. Zur Sicherstellung der Finanzierung auch aus dem bis 2019 geltenden Gemeindeverkehrsfinanzierungskonzept (GVFG) des Bundes seien rasche Verhandlungen erforderlich. Wirtschaftsausschussvorsitzender Erwin Huber (CSU) sagte, man werde sich sehr anstrengen müssen, das Projekt innerhalb der nächsten zehn Jahre zu realisieren.

Gesamtkosten

Vorsitzender Huber schätzte die Gesamtkosten auf 6,2 Mrd. Euro, von denen das Land etwa 1,6 Mrd. Euro zu übernehmen haben werde. Der CSU-Politiker betonte, der Ausbau anderer Nahverkehrsprojekte wie in Augsburg oder Nürnberg werde

aufwachen, denn es gebe auch grundlegende Wandlungen. Dazu zählten die neuen Rahmenbedingungen, aber auch eine veränderte Nachfrage der Kunden.

Finanzierungsperspektiven für mittelständische Unternehmen stellte Dr. Stefan Breuer von der Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW vor. Er erläuterte, wie die KfW gemeinsam mit der Hausbank den Mittelstand unterstützen kann. Breuer zufolge nimmt das Rating an Bedeutung zu. Erschreckend sei hierbei, dass laut einer Studie 30 Prozent der Unternehmer nicht wissen, ob sie gerettet sind.

ÖPNV im ländlichen Raum

Ein gutes Beispiel dafür, wie der ÖPNV im ländlichen Raum positiv gestaltet werden kann, zeigte Edi Reiz von der Kreisverwaltung Cochem-Zell auf. Der Landkreis habe es mit einem angebotorientierten ÖPNV und der Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen geschafft, die Fahrgastzahlen in den vergangenen vier Jahren um 25 Prozent zu steigern. Der ÖPNV des Landkreises werde nun durch die TU Kaiserslautern in dem Projekt „Handlungsempfehlung für einen attraktiven, umweltfreundlichen und leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Fläche“ wissenschaftlich begleitet. DK

Vom 8. bis 9. Juni:

VDV-Jahrestagung in München

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) lädt gemeinsam mit der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) am 8. und 9. Juni zur VDV-Jahrestagung 2010 nach München ein.

Die Jahrestagung 2010 steht unter dem Leitmotiv: „Mobilität mit Perspektive: Nachhaltig investieren in Bus und Bahn“, denn Investitionen in ÖPNV und Schienengüterverkehr verbessern nicht nur die Sicherheit des Wirtschaftsstandorts Deutschland, sondern schaffen zugleich die Voraussetzung für einen zukunftsfähigen Verkehr in Europa.

Die Besucher erwarten ein interessantes Programm mit hochkarätigen Experten. Neben Gastgeber Oberbürgermeister Christian Ude werden bei der Eröffnungsveranstaltung der Präsident des VDV Jürgen Fenske, Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil sowie Rainer Bomba, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin, Stellung zu politischen Themen beziehen.

Aktuelle Informationen zu verkehrspolitischen Initiativen und ein attraktives Fach- und Rahmenprogramm machen die Jahrestagung des VDV zu einem echten Highlight. □



Gaben vergangenes Jahr den Startschuss für die Inbetriebnahme der Mobilitätsdrehscheibe (v. l.): Klaus-Dieter Josel (Generalbevollmächtigter der DB), der bayerische Wirtschafts- und Verkehrsminister Martin Zeil, der damalige Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee, Oberbürgermeister Gerhard Jauernig sowie Josef Brandner sen. und Josef Brandner jun. von der Firma BBS. □

Günzburger Mobilitätsdrehscheibe:

Hohe Auszeichnung

Stadt Günzburg und BBS Brandner erhielten den Bayerischen ÖPNV-Preis

Wertvolle Auszeichnung für die Stadt Günzburg. Die Kreisstadt und das Günzburger Busunternehmen BBS Brandner erhielten den ÖPNV-Preis der Bayerischen Eisenbahngesellschaft für den Bau der Mobilitätsdrehscheibe am Günzburger Bahnhof.

Aus den Händen des stellvertretenden Ministerpräsidenten, dem bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Martin Zeil, nahmen Oberbürgermeister Gerhard Jauernig für die Stadt Günzburg und der Busunternehmer und Betreiber der Mobilitätsdrehscheibe Josef Brandner die Auszeichnung in München entgegen. Die Mobilitätsdrehscheibe war im April vergangenen Jahres in Anwesenheit vom ehemaligen Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee und dem bayerischen Staatsminister Martin Zeil in Betrieb genommen worden.

Veränderung des Geländes

Das Gelände, auf dem der Bus-, Bahn-, Taxi-, Fahrrad- und Pendler-Verkehr in Günzburg aufeinandertreffen und eine öffentliche Toilette gebaut wurde, wurde zwischen 2008 und 2009 grundlegend verändert. Ziel war eine geordnete Zusammenführung und Bündelung des ankommenden Verkehrs am Bahnhof, gleichzeitig hat BBS Brandner dort seinen Busbetriebs- hof mit einem Parkdeck errichtet sowie Geschäfte und das Reisezentrum der DB untergebracht. Im Vorfeld der Baumaßnahme kaufte die Stadt Günzburg über Jahre hinweg einzelne Flächen auf, um die Grundlage für ein breit angelegtes Netzwerk schaffen zu können.

In einer ersten Stellungnahme zeigte sich der Günzburger Oberbürgermeister Gerhard Jauernig hoch erfreut über die Auszeichnung mit dem Bayerischen ÖPNV-Preis. „Mit der dynamischen Architektur – nicht zuletzt durch das moderne Membrandach über den Bushalteplätzen – und der

hochwertigen Baugestaltung hat die Mobilitätsdrehscheibe deutlich zur Aufwertung des Bahnhofsgeländes beigetragen und wirkt sich auch positiv auf die Bedeutung des öffentlichen Nahverkehrs hier vor Ort aus“, so der OB. „Einige Ziele erreicht man durch Kraftanstrengung, andere durch Geduld und Beharrlichkeit“. Die Große Kreisstadt Günzburg hat ihr selbst gestecktes Ziel erreicht und kann mit der Mobilitätsdrehscheibe am Günzburger Bahnhof eine Infrastruktur anbieten, die nur wenige Städte vergleichbarer Größe vorweisen können.

Gleichzeitig bedankte sich OB Gerhard Jauernig nochmals bei Josef Brandner, dem Chef von BBS Brandner. „Nur durch die herausragende Zusammenarbeit von Stadt und Unternehmer konnte dieser Dreh- und Angelpunkt am Bahnhof geschaffen werden“, unterstreicht Jauernig die beispiellose öffentlich-private Partnerschaft.

Dank dieser Zusammenarbeit entstand ein PPP-Modell, das Maßstäbe setzt. Die öffentliche Hand erhielt eine Infrastruktur, die für sie allein in dieser Form kaum finanzierbar gewesen wäre und BBS-Brandner einen Firmensitz in allerbesten Lage.

„Nur Visionen von heute stehen im Geschichtsbuch von morgen“, so der OB. „Nun haben wir den Lohn für unsere Mühen erhalten. Es ist eine sehr große Auszeichnung für eine Stadt unserer Größenordnung, aber Beleg für unsere Ansprüche, die wir in die Realisierung gesetzt haben“, resümierte OB Jauernig stolz zur Verleihung des ÖPNV-Preises für die Günzburger Mobilitätsdrehscheibe. □

10 Jahre Verkehrsgemeinschaft Landkreis Cham:

Vorbildliche Pionierarbeit

Beim Festakt zum 10-jährigen Jubiläum der Verkehrsgemeinschaft Landkreis Cham (VLC) hob der zu diesem Zeitpunkt noch amtierende Landrat Theo Zellner hervor, dass sich die VLC seit ihrer Gründung zu einer „Erfolgsgeschichte für die Mobilität aller Bürger im ländlichen Raum“ entwickelt habe. Diese Partnerschaft zwischen dem Landkreis und den Verkehrsunternehmen solle auch in Zukunft der Schlüssel zum Erfolg bleiben.

Ähnlich positiv äußerte sich der Geschäftsführer der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG), Fritz Czeschka in seinem Grußwort: In einer vorbildlichen Pionierarbeit sei es der VLC gelungen, als erste Verkehrsgemeinschaft die Bahn voll zu integrieren. Als Besteller der Nahverkehrsleistungen auf der Schiene finde die BEG beim Landkreis Cham sowie den beteiligten VLC-Verkehrsunternehmen stets überdurchschnittlich engagierte und kooperative Mitarbeiter für die Verbesserung der Mobilität im ländlichen Raum.

Prächtige Entwicklung

Laut Günter Schmauder, Sprecher des Verkehrsclubs Deutschland (Kreisgruppe Cham) „hat sich die Gemeinschaft in den zurückliegenden zehn Jahren prächtig entwickelt. Für die schwierigen kommenden Jahre hofft Schmauder auf die Erhaltung des bestehenden Angebots sowie stetig steigende Nutzungszahlen. Auch aus Sicht des Sprechers der VLC, Thomas Ederer, hat sich die Partnerschaft mit der öffentlichen Hand,

vertreten durch Bezirksregierung und den Landkreis Cham, gepaart mit privatwirtschaftlichem Unternehmertum, durchwegs bewährt. Da es bei dieser kleinen „Erfolgsgeschichte“ der VLC aber nicht bleiben soll, habe man sich ehrgeizige Ziele für die nächsten Jahre gesteckt.

Mühsame Kleinarbeit

In Vertretung von Wirtschaftsminister Martin Zeil wies Staatssekretärin Katja Hessel in ihrer Laudatio darauf hin, dass noch 1994 der Gesamtverkehrsplan Bayern die Lage im Nahverkehrsgebiet Cham als „schlecht“ bezeichnet habe. Der Landkreis Cham und die Regionalbus Ostbayern GmbH fassten daher den Entschluss, mit den örtlichen Busunternehmen des Linienverkehrs eine Verkehrsgemeinschaft zu gründen. In mühsamer Kleinarbeit hätten die Gründer Ziele zur Sicherung und zum Ausbau des ÖPNV definiert, zahlreiche Verträge ausgehandelt und aus 13 verschiedenen Haustarifen einen einheitlichen VLC-Tarif geschaffen. Zudem sei der VLC der erste regionale Verbund in Bayern

außerhalb der Großstädte gewesen, dem eine solche Verbindung von Bus- und Schienenverkehr gelungen ist.

Oberpfalzbahn

Wichtiger Bestandteil ist Hessel zufolge die Oberpfalzbahn. Seit 2001 seien die malsgelben Züge stündlich zwischen Schwandorf und Furth im Wald, mindestens zweistündlich zwischen Cham, Bad Kötzing und Lam sowie Cham und Waldmünchen unterwegs. Der Freistaat habe sich hierbei nicht nur als Besteller der Oberpfalzbahn beteiligt. Für den Erwerb der neuen Triebfahrzeuge habe er außerdem über 8 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Inzwischen seien viele weitere Züge im Bereich des Landkreises Cham in den VLC-Tarif integriert, „sogar die durchgehenden Regional-Express-Züge und die neuen Verbindungen der ALEX-Linie München-Prag und Nürnberg-Prag“.

Barrierefreiheit

Mit Blick auf weitere Herausforderungen meinte Hessel: „Neben zu erwartender rückläufiger Fahrgastzahlen müssen wir verstärkt die Bedürfnisse unserer älter werdenden Bevölkerung berücksichtigen. Die Zahl der Menschen mit eingeschränkter individueller Mobilität wird steigen.“

Der Abbau von Zugangshemmnissen und die Bereitstellung einer barrierefreien Beförderungskette werden daher immer wichtiger. Der Öffentliche Nahverkehr muss daher die Struktur und Qualität seines Angebots anpassen. Denn nur das bestmögliche bedarfsgerechte Angebot ist das richtige Angebot für den ÖPNV im ländlichen Raum.“

Kundenfreundlichkeit

Für den Schienenverkehr begrüßte sie die geplanten Verbes-

Masterplan Güterverkehr und Logistik:

VDV fordert vollständige Umsetzung

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) fordert die Bundesregierung auf, den Masterplan Güterverkehr und Logistik vollständig mit allen seinen 35 Maßnahmen umzusetzen. „Eine einseitige auf die Interessen des Straßengüterverkehrs orientierte Verengung der Bandbreite der im Masterplan skizzierten Maßnahmen ist im Rahmen des Gesamtkonzeptes nicht akzeptabel“, betont Dr. Martin Henke, Geschäftsführer Eisenbahnverkehr des VDV. „Auch unter den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen ist eine Umsetzung des Masterplans als Ganzes erforderlich, wenn die Bundesregierung ihre politischen Ziele ernst nimmt.“

Nach wie vor benenne der Masterplan die Zukunftsherausforderungen für die Transport- und Logistikwirtschaft richtig. Das beschriebene Handlungskonzept verbinde die verkehrswirtschaftlichen Handlungserfordernisse unmittelbar mit den zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen, insbesondere des Klimaschutzes, aber auch der Verkehrssicherheit.

Stärken und Schwächen

„Der Wert des integralen Masterplan-Ansatzes liegt darin“, so Henke, „dass die Stärken und Schwächen der einzelnen Verkehrsträger aufgegriffen und pragmatisch den vorab formulierten Zielsetzungen unterordnet werden.“

Die neue Bundesregierung habe am 11.12.2009 in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage der Fraktion von Bündnis 90/Die

serungen, wie zum Beispiel auf der Strecke zwischen Bad Kötzing und Cham. Dort sollen die Züge künftig im Einstundentakt verkehren. Gleichzeitig wird die Reisezeit durch Anpassungen an den Bahnübergängen deutlich verkürzt. „Aber auch die Stationen müssen kundenfreundlich gestaltet werden“, bemerkte die Staatssekretärin. Daher beteilige sich der Freistaat mit einem Zuschuss in Höhe von 1 Mio. Euro an der Modernisierung des Bahnhofes Roding.

Intelligente Organisation

Gerade im ländlichen Raum ist der ÖPNV aus Fahrgastsicht nur dann attraktiv, wenn er auf Straße und Schiene eine hohe Qualität besitzt. Dazu gehöre auch eine intelligente Organisation des ÖPNV. Dazu sind aus Hessels Sicht folgende Aspekte zu berücksichtigen: 1. Die Fahrpläne der verschiedenen Verkehrsmittel müssen optimal aufeinander abgestimmt und die Kundeninformation einfach und zuverlässig sein. 2. Das Tarifsystem muss einfach und leicht verständlich sein. Optimal ist der Verbund mehrerer Verkehrsmittel. 3. Unkomplizierte Schnittstellen zwischen Auto und öffentlichen Verkehrsmitteln müssen zur Selbstverständlichkeit werden. 4. Eine Flexibilisierung der Bedienungsformen wird zukünftig eine immer größere Rolle spielen. „Wir müssen wirtschaftliche Alternativen zum klassischen Linienverkehr entwickeln.“

Lobenswerte Initiative

Besonders lobenswert ist nach Auffassung der Staatssekretärin die Initiative „Durchlässige Grenze“ für einen grenzüberschreitenden Busverkehr zwischen dem Landkreis Cham und dem Bezirk Pilsen. „Diese Initiative haben wir sehr gerne unterstützt. Denn solche Projekte sind Gold wert für die weitere Entwicklung des ÖPNV und des Tourismus, aber auch für die regionale Entwicklung und das Zusammenleben mit unseren tschechischen Nachbarn“, konstatierte Katja Hessel. DK



Technisch anspruchsvoll: Mercedes-Benz Citaro G BlueTec Hybrid.

Mit Hybridantrieb elektrisch auf der Straße unterwegs

Zwei Mercedes-Benz Hybridbusse jetzt bei Hamburger Hochbahn im Einsatz

Stuttgart/Hamburg - Er kommt fast geräuschlos an die Haltestelle und ohne das erwartete Motorbrummen fährt er nach dem Stopp auf der Linie über mehrere Haltestellen genauso weiter. Wenn Fahrgäste demnächst über dieses Erlebnis in der Hamburger Innenstadt berichten, dann dürften sie mit dem Mercedes-Benz Citaro G BlueTec Hybrid unterwegs gewesen sein. Die Hamburger Hochbahn hat zwei Citaro G BlueTec Hybrid zur Felderprobung in Kundenhand angeschafft.

Im Beisein des parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann aus dem Bundesverkehrsministerium und Wirtschaftsminister Axel Gedaschko wurden die zwei Hybrid-Gelenkbusse von Michael Göpfarth, EvoBus GmbH, an Günther Elste, Vorstandsvorsitzender der Hamburger Hochbahn, übergeben. „Wir freuen uns sehr, dass unser langjähriger Kunde unsere technologisch führenden Hybrid-Gelenkbusse in Hamburg einsetzen wird“, erklärte Michael Göpfarth bei der Übergabe.

Bei dem Citaro G BlueTec Hybrid handelt es sich um den bislang einzigen Hybridbus, der Streckenteile rein elektrisch ohne Dieselmotor fahren kann. Den neuen Mercedes-Benz BlueTec Hybrid treiben elektrische Radnabenmotoren an, die ihren Strom aus einer der weltweit größten Lithium-Ionen-Batterien im mobilen Einsatz beziehen. Dieser Strom wird über Bremsvorgänge wie beispielsweise bei Gefällefahrten gewonnen und kann bei Bedarf auch über einen Generator erzeugt werden, der durch einen für diese Fahrzeugklasse vergleichsweise kleinen Dieselmotor angetrieben wird. Experten sprechen bei diesem Konzept von einem seriellen Hybridantrieb.

HighTec in bewährtem Fahrzeugkonzept

Dieses technologisch anspruchsvolle dieselelektrische Hybrid-Konzept ist im bewährten Gelenkzug der weltweit erfolgreichsten Stadtbushfamilie Mercedes-Benz Citaro realisiert. Äußerlich ist kein Unterschied zum herkömmlichen Dieselmotor zu sehen, sieht man vom höheren Dachaufbau für die Batterie ab. Im Fahrzeuginnern trifft man als Fahrgast ebenfalls nur auf Bekanntes. Platz für rund 125 Personen, davon 46 Sitzplätze in bekannter Ausführung der Verkehrsbetriebe. Der Unterschied kommt beim Fahren. Fast lautlos und ruckfrei, aber sehr zügig beschleunigen die vier Elektromotoren den 18 Meter langen Omnibus. Sie sind direkt in den Radnaben der mittleren und der hinteren Achse eingebaut und bringen zusammen 320 kW Antriebsleistung.

Diese Elektromotoren werden aber auch zum Bremsen verwendet. Sie wirken dann wie Generatoren oder der vom Fahrrad her bekannte Dynamo und wandeln die Bremsenergie in elektrischen Strom für die Batterie um. Wenn die Batterie zusätzlichen Bedarf meldet, springt automatisch auch der Dieselmotor an, um zusätzlich Strom zu erzeugen. Im Vergleich zu einem reinen Dieselmotor ist der Verbrennungsmotor insgesamt nur halb so groß, mit nur 450 kg statt

1000 kg und nur 4,8 Liter statt zwölf Liter Hubraum. Seine Leistung liegt mit 160 kW um circa ein Drittel niedriger.

Als Energiespeicher wird im neuen Mercedes-Benz Citaro G BlueTec Hybrid eine Lithium-Ionen-Batterie in einer Leistungskategorie verwendet, die es bisher in dieser Größenordnung noch nicht gab. Das Batteriesystem leistet max. 240 kW und ist mit einem Gewicht von weniger als 350 kg vergleichsweise leicht. Wesentliche Vorteile gegenüber herkömmlichen Batteriesystemen sind die höhere Energiedichte verbunden mit hoher Speicherkapazität und geringem Eigengewicht. Zum Vergleich: Vor drei Jahrzehnten hatten Erprobungsbusse mit Hybrid-Antrieb in Stuttgart noch 3000 kg Blei-Akkus an Bord.

Lithium-Ionen-Batterien kamen erstmals 1991 kommerziell auf den Markt. Heute nutzt sie fast jeder überall dort, wo es auf hohen Energiebedarf und geringes Gewicht ankommt: Mobiltelefone, Digitalkameras, Camcorder, Notebooks etc. In Großfahrzeugen wie Personenvagen, Lkw und Omnibussen sind sie noch relativ neu.

Erfahrungswerte

Daimler hat mit Lithium-Ionen-Batterien in Omnibussen schon Erfahrung. Mehr als 500 der insgesamt 2500 Hybrid-Busse von Orion, eine Marke der Daimler AG in USA und Weltmarktführer bei Hybrid-Bussen, fahren mit Lithium-Ionen-Batterien derselben Hersteller, der auch das Batteriesystem für den neuen Mercedes-Benz Citaro G BlueTec Hybrid liefert. Dieses bringt eine Leistung die etwa der Batterieleistung von etwa 9.000 großen Laptop-Akkus entspricht.

Die beiden Citaro G BlueTec Hybrid in Hamburg sind die ersten verkauften Fahrzeuge, die im Rahmen der Kundenfelderprobung in Deutschland eingesetzt werden. Im laufenden Jahr wird Daimler rund 30 Citaro G BlueTec-Hybridbusse in ausgewählten Städten, den sogenannten Modellregionen testen. Anhand unterschiedlicher Topografien und Geschwindigkeitsprofilen sollen die Hybridbusse ihre Praxistauglichkeit unter Beweis stellen.

Bereits im März 2009 haben 250 Experten aus europäischen Verkehrsbetrieben erstmals den Mercedes-Benz Gelenkbus Citaro G BlueTec Hybrid im Fahrbetrieb live erlebt. Der Omnibus wurde im internen Versuchsbetrieb getestet. Dabei hat das Fahrzeug auch eine mehrwöchige Wintererprobung am Polarkreis unter härtesten Einsatzbedingungen erfolgreich absolviert.

Junge Köpfe auf Gewinnerkurs:

Sparkassen unterstützen „Könpfe durch Erfahrung“

„Wirtschaftliche und gesellschaftliche Initiativen miteinander zu verbinden“ sei für Sparkassen ein wichtiges Element ihres Unternehmensleitbildes. So begründete Theo Zellner, der Geschäftsführende Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, die Unterstützung der Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Rahmen der Bilanzveranstaltung „Könpfe durch Erfahrung 2009“ der Landesverkehrswacht Bayern in Anwesenheit des Bayerischen Staatsministers des Innern, Joachim Herrmann.

Als Anreiz und Anerkennung für die Kursteilnehmer haben die bayerischen Sparkassen 16 Sparbücher mit einer Einlage von jeweils 550 Euro gespendet. Außerdem wurden weitere 34.500 Euro von den bayerischen Sparkassen für zentrale Verkehrssicherheitsmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

Wie Theo Zellner anlässlich der Veranstaltung in Neuburg a. d. Donau betonte, leisten die Seminare der Aktion „Könpfe durch Erfahrung“ einen wichtigen Beitrag dazu, dass junge Fahranfänger Gefahren des Straßenverkehrs schneller erkennen, sie vermeiden oder besser mit ihnen umgehen können. Die Vorführung eines Ausschnitts aus dem praktischen Teil des Kursprogramms bestätigte seine Aussage. Zellner wörtlich: „Die langjährige Unterstützung des Fahrsicherheitstrainings ist ein Beispiel für das gesellschaftlich verantwortungsvolle Handeln der Sparkassen und ihr verlässliches Engagement für die Menschen vor Ort und ihre Probleme.“

Videoüberwachung und Zutrittsregelung:

Aktuelle Techniken äußerst gefragt

Bereits zum 3. Mal fand der BHE-Fachkongress Videoüberwachung/Zutrittsregelung in Fulda statt. Über 260 Teilnehmer wurden im Kongress-Zentrum ESPERANTO begrüßt.

Anbietern und Nachfragern der Sicherheitstechniken wurde eine optimale Plattform geboten, um sich vor Ort mit Experten auszutauschen und auf den neuesten technischen Stand zu bringen.

Kombinationsmöglichkeiten

Besonders gut besucht war beispielsweise der Vortrag über IP-basierte Videosysteme der Zukunft. Erläutert wurden von Katharina Geutebrück die neuen Herausforderungen für Planung und Betrieb sowie die sich hieraus ergebenden Konsequenzen für Pla-

ner, Errichter und Anwender. Ebenso interessant waren die von Stephan Stephani vorgestellten Kombinationsmöglichkeiten von Freigeländeüberwachungssystemen mit Videoüberwachung und Zutrittsregelung.

Aufgrund der aktuellen Brisanz erfährt auch das Thema von Johann Götz über die IP-Videoüberwachung am Terminal 1 des Münchner Flughafens enormen Zuspruch. Offen gebliebene Fragen beantworteten die Fachleute an den 35 Ausstellungsständen während der gesamten Veranstaltung gerne. □

Urban Mining auf der IFAT 2010:

Die Stadt als Bergwerk der Zukunft

Bauwerke, Produkte und Abfall bergen versteckte Rohstoffschätze
IFAT 2010 bietet Technologien und Dienstleistungen

Sollen die weltweiten Volkswirtschaften weiter wachsen, müssen die in Produkten, Bauwerken und Abfällen versteckten Rohstoffschätze noch konsequenter als bisher verwertet werden. Fachleute sprechen dabei auch von „Urban Mining“, also von „Städtischem Bergbau“. Die internationale Umwelttechnikmesse IFAT 2010 wird die hierfür erforderlichen Technologien und Dienstleistungen vom 13. bis 20. September 2010 in München versammeln.

Jede Stadt ist eine riesige Rohstoffmine. In Zeiten schrumpfender natürlicher Lagerstätten bei gleichzeitig wachsendem Rohstoffhunger der Volkswirtschaften, speziell in China und Indien, wird die effiziente Nutzung der bereits vorhandenen Ressourcen immer dringlicher und auch wirtschaftlicher.

Langfristiger Preisauftrieb

Ein Beispiel hierfür sind Metalle. Gängige metallische Rohstoffe, die bereits in vielen Ländern zu Sekundärrohstoffen recycelt werden, sind Eisen, Stahl, Blei, Kupfer, Zink sowie Aluminium. In den vergangenen vier Jahren ist der Aluminiumpreis um 80 Prozent gestiegen, der von Kupfer sogar um 300 Prozent. Zwar sind im Zuge der Wirtschaftskrise

die Rohstoffpreise in den letzten Monaten massiv eingebrochen, „den langfristigen Preisauftrieb werden solche Preisschwankungen wohl kaum reduzieren können“, ist sich auch das Bundesumweltministerium sicher.

Elektronikschrott

Besonders edle und seltene Metalle finden sich im Elektronikschrott. Im einzelnen Handy oder Computer stecken zwar nur wenige Milligramm an Gold, Silber und Palladium; multipliziert man diese allerdings mit den im Jahr 2008 weltweit verkauften 1,3 Milliarden Mobiltelefonen und 300 Millionen Computern, kommen beeindruckende Mengen zusammen. Eine effiziente Metallrückgewinnung aus Altgeräten hat daher große rohstoffwirt-

schaftliche Bedeutung. Gleichzeitig wird ein bedeutender Beitrag zum Klimaschutz geleistet, denn das Recycling erfordert nur einen Bruchteil der Energie, die bei einer Gewinnung im Bergbau benötigt würde.

Bauschuttrecycling

Auch Bauwerke sind wertvolle Rohstofflager. Nach Angaben des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie fallen in Deutschland jährlich rund 255 Millionen Tonnen mineralischer Abfälle an, die derzeit zu 92 Prozent wiederverwertet werden. Mit dieser Menge kann bei ihrem Wiedereinsatz zirka ein Drittel des deutschen Bedarfs an mineralischen Rohstoffen abgedeckt werden. Darüber hinaus enthält Bauschutt beispielsweise mehr Kupfer als das mühsam gewonnene Erz aus den Bergwerken. Das vom Menschen angelegte Lager von Kupfer, so der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung, ist darüber hinaus heute schon größer als die verbleibenden natürlichen Reserven.

Positive Effekte

Für das Bauschuttrecycling bringt die aktuelle Wirtschaftskrise sogar positive Effekte. So wird derzeit mehr im Bestand als neu gebaut. Dadurch fällt mehr Abbruchmaterial an, das hilft, den

schon vor der aktuellen Finanzkrise bestehenden, konjunkturellen Rückgang im Baugewerbe zu kompensieren.

Weitere für das Urban Mining interessante Materialgruppen sind Bioabfälle, Glas, Papier und Pappe, Kunst- sowie Verbundstoffe. Auch hier trägt das Recycling zum Klimaschutz bei. So hat zum Beispiel die Duale System Deutschland GmbH (DSD) im Jahr 2008 durch das Recycling von 2,6 Millionen Tonnen gebrauchter Verkaufsverpackungen 59 Milliarden Megajoule an Primärenergie eingespart und damit der Atmosphäre 1,4 Millionen Tonnen an Kohlendioxid-äquivalenten erspart. Dies entspricht nach DSD-Berechnungen der Abgasmenge, die 630.000 Pkw der Kompaktklasse in einem Jahr erzeugen.

Vollständige Erfassung

Eine nach wie vor große Herausforderung bei der Kreislauf-führung von Industrie- und Siedlungsabfällen ist es, die geforderten Ressourcen ausreichend, kontinuierlich und in gleich bleibender Qualität zur Verfügung zu stellen. Denn diese Materialien fallen in kleinen und kleinsten Einheiten an, mit starken Schwankungen sowohl in der Menge als auch in der Zusammensetzung. Um Sekundärrohstoffe wirtschaftlich und mit hohem Ertrag zurück zu gewinnen, müssen sie möglichst vollständig erfasst und in eine aufeinander abgestimmte Recyclingkette eingesteuert werden. Diese besteht aus den Stufen Logistik, Sortierung/Zerlegung, Aufbereitung und Endverarbeitung.

Die Messe München International und die IFAT engagieren sich für die Umwelt.

Weitere Infos: www.ifat.de/de/Fakten/Oekologiekonzept

Bioabfall – quo vadis?

Tagung „Aktuelle Problemstellungen der Bioabfallverwertung“ zeigte Vorteile der Getrenntsammlung auf

Ein sehr positives Fazit der Fachtagung „Aktuelle Problemstellungen der Bioabfallverwertung“ zog der Landesverband Bayerischer Biomasse- und Komposthersteller e.V. (LBK). Die gut besuchte Veranstaltung fand im Tagungszentrum der Müllverwertungsanlage in Schwandorf statt. Referenten aus Wissenschaft, Verbänden und dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit diskutierten dabei verschiedene Verfahren zur Verwertung von biologischen Abfällen.

Dr. Hannes Diersch hielt ein Grußwort für das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit. Wolfgang Scholz (StMUG) informierte in seinem Vortrag über die Grundzüge des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Max Gewecke (KLW Gesellschaft für Kreislaufwirtschaft mbH) berichtete über die Herstellung von Brennstoffen aus kommunalem Grünschnitt.

Nötiger Kompost

Dr. Matthias Wendland (Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft) hob in seinem Vortrag die Bedeutung der Humuswirkung und der Nährstoffwirkung von Komposten für landwirtschaftlich genutzte Flächen hervor und kam zu dem Ergebnis: „Kompost – wir brauchen ihn“. Dr. Bertram Kehres von der Bundesgütegemeinschaft Kompost führte aus, dass seit Jahren die Nachfrage nach Qualitätskomposten steige. Waren vor einigen

Jahren noch Zuzahlungen bei Komposten nicht unüblich, so wird Kompost heute auch monetär als ein werthaltiges Produkt anerkannt.

Detaillierte Studie

Dr. Siegfried Kreibe (bifa Umweltinstitut) berichtete über die Ergebnisse der vor kurzem veröffentlichten Studie „Ökoeffiziente Verwertung von Bioabfällen und Grünabfall in Bayern“, in der die Umweltwirkungen und Kosten der Kompostierung von Biomüll, der Vergärung zu Biogas und der Mitverbrennung mit dem Hausmüll detailliert unter die Lupe genommen wurden. Diese Studie kommt letztendlich zu dem Fazit, dass in der Regel die Getrenntsammlung und fachgerechte Verwertung von Bioabfällen als der ökoeffizienteste Weg zu betrachten sei.

Dank an Gastgeber

Abschließend nutzte der LBK-Vorsitzende Gerd Weber die Gelegenheit, den Gastgeber Horst Denk zu danken und ihn als „Urgestein“ der Bayerischen Abfallwirtschaft zu würdigen. Horst Denk, langjähriger Geschäftsführer der Müllverwertungsanlage Schwandorf und über viele Jahre 1. Vorsitzender der ATAB - Arbeitsgemeinschaft der Betreiber thermischer Abfallbehandlungsanlagen in Bayern, wird in Kürze in den Ruhestand verabschiedet.



Die vertikale Ballenpresse HSM V-Press 860 L produziert Ballen mit einer Aussparung für den Transport ohne Palette und ist somit eine einzigartige Neuheit im vertikalen Ballenpressenmarkt.

Vertikale Ballenpresse HSM V-Press 860 L:

Die Innovation für den einfachen Ballentransport ohne Palette

Die HSM V-Press 860 ist mit einer Presskraft von 532 kN und einer geräuscharmen und energiesparenden Technologie die wirtschaftliche und umweltgerechte Lösung für alle Entsorgungsaufgaben. Sie produziert Ballen mit einer Aussparung für den einfachen Transport ohne Palette und ist somit eine einzigartige Neuheit im vertikalen Ballenpressenmarkt.

Die V-Press 860 L verpresst dank der äußerst stabilen Pressplattenführung mühelos gebrauchtes Verpackungsmaterial wie Kartonagen und Folien. Durch bewegliche und feste Rückhaltekrallen wird die Verdichtung des Pressmaterials optimiert und die Zahl der Befüllvorgänge reduziert. Eine Folientastatur mit Text-Display, das den jeweiligen Ist-Zustand der Maschine anzeigt, sorgt für eine komfortable Bedienung der Vertikalballenpresse.

Hoher Bedienkomfort

Durch den automatischen Start beim Schließen der Türe und dem automatischen Stopp des

Pressvorganges beim Öffnen der Türe wird ein hoher Bedienkomfort und eine hohe Bedienersicherheit gewährleistet.

Optimale Ergebnisse

Das integrierte HSM TCS (TorsionControlSystem) verhindert einseitige Belastungen der massiven Pressplatte während des Pressvorganges und gewährleistet optimale Ballenergebnisse. Die Ballen erreichen ein materialabhängiges Gewicht von bis zu 460 Kilogramm und werden serienmäßig von einer vierfach Drahtumreifung (optional ist auch eine Polyesterbandumreifung möglich) zusammen gehalten. Spezielle Profile in der

Infos: www.hsm.eu



www.ifat.de

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DIE UMWELT

ONLINE-REGISTRIERUNG FÜR BESUCHER:
www.ifat.de/tickets



WELTLEITMESSE FÜR WASSER-,
ABWASSER-, ABFALL- UND
ROHSTOFFWIRTSCHAFT

13.-17. SEPTEMBER 2010
IN MÜNCHEN

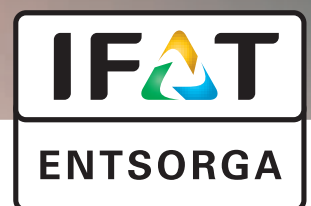
DAS INTERNATIONALE ANGEBOT FÜR
DIE ABFALL- UND ROHSTOFFWIRTSCHAFT

- Alle Anwendungsfelder, alle Produkte, alle Dienstleistungen
- Technologieführer, Spezialisten und Newcomer aus aller Welt
- Für jede Anwendung und jeden Einsatz die passende Lösung
- Erstklassiges Rahmenprogramm für Information und Networking
- Sehr breites Leistungsspektrum für die Abfall- und Rohstoffwirtschaft

Ausführliche Informationen und Vortragsprogramm unter: www.ifat.de

Nehmen Sie auch an der IFAT CHINA teil.
Mehr unter: www.ifat-china.com

Neue Messe München
81823 München
Tel. (+49 89) 9 49 - 1 13 58
Fax (+49 89) 9 49 - 1 13 59



A WORLD OF ENVIRONMENTAL SOLUTIONS

Umweltschutz staut sich auf 25 Kilometern

Die Geld für Müll GmbH führt verbrauchte Druckerpatronen der Ressourcen schonenden Wiederaufbereitung zu – Verbraucher sparen bis zu 96 Prozent

„Tintenpreis-Wucher“ nennt die Europäische Kommission die Preisbemessung von neuen Tintenpatronen und Tonerkartuschen für Drucker, Kopierer und Faxgeräte. Bereits 2002 rechneten die Brüsseler EU-Beamten den großen Druckerherstellern vor, dass zwei Originalpatronen im Handel oftmals teurer seien als ein neuer Drucker. Dem Absatz neuer Patronen schadet die horrende Preispolitik der Gerätehersteller indes nicht. 55 Millionen Tintenstrahlpatronen und 8 Millionen Tonerkartuschen gehen in Deutschland dem Bundesdeutschen Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (BAUM e.V.) zufolge jährlich über die Ladentheke – Tendenz steigend.

Über die finanzielle Belastung der Verbraucher hinaus bedeuten die über 350 Millionen in Europa jedes Jahr verkauften Druckerbehälter eine enorme Umweltschädigung. Alleine in Deutschland landen rund 90 Prozent der verbrauchten Kartuschen im Müll, obwohl Tintentank und Druckkopf in den meisten Fällen noch einwandfrei funktionieren. In Lastwagen verpackt, ergäbe diese Menge eine Autoscchleife von 25 Kilometern Länge. Dabei können die Patronen ohne Qualitätseinbußen wiederbefüllt werden.

„Wenn wir das Leergut wieder aufbereiten, tragen wir damit langfristig den Müllberg ab und schonen wichtige, nicht nachwachsende Ressourcen wie Öl, Kupfer oder Zink“, erklärt Ingo Wegner, Geschäftsführer der Geld für Müll GmbH. Der 33-Jährige kennt sich aus in der Welt der Tinte und Toner. Mit 22 Jahren gründet Wegner 1998 gemeinsam mit seiner Frau Britta im fränkischen Hilpoltstein das Unternehmen Datatrans und konzentriert sich auf den Handel leerer Patronen und Kartuschen. Weil die Originalhersteller den Nachbau von Druckermodulen mittels restriktiver Patentregelungen verhindern, sind Anbieter alternativer Patronen und Kartuschen, wie Highlife, Pelikan oder GeHa, auf intakte Leermodule angewiesen. Wegner erkennt diesen Markt und baut das Unternehmen vom kleinen Garagenbetrieb zu einem der größten Recyclingdienstleister für Tintenpatronen und Kartuschen in Deutschland

aus. 2003 benennt Wegner das florierende Unternehmen dann in „Geld für Müll“ um. Seither beliefert der gebürtige Nürnberger nicht nur alternative Patronenproduzenten mit dem notwendigen Leergut, sondern bietet unter dem Namen Highlife selbst wiederbefüllte Druckermodule zum kleinen Preis an. Nach Angaben des Fachmagazins Computerbild sparen Verbraucher mit Hilfe alternativer Patronen und Kartuschen bis zu 96 Prozent gegenüber Originalmodulen.

15.000 Leergutlieferanten vermeiden monatlich rund 31 Tonnen Abfälle

Heute beschäftigt die Geld für Müll GmbH in Hilpoltstein 26 Mitarbeiter und kauft von mehr als 15.000 Leergutlieferanten verbrauchte Druckerpatronen und Tonerkartuschen auf. Vom internationalen tätigen Konzern bis zur Privatperson reicht dabei die Bandbreite der GfM-Kunden. Für die leeren Patronen und Kartuschen erhalten die Lieferanten im Gegenzug eine Leergutprämie. Bis zu 20 Euro zahlt Wegner seinen Kunden für einzelne Druckermodule. Monatlich fließen so rund 80.000 Euro von der Geld für Müll GmbH an die teilnehmenden Verbraucher. Über den finanziellen Erlös hinaus profitiert aber auch die Umwelt: „Derzeit verwerten wir rund 90 Prozent der Kartuschen- und 100 Prozent der Tintenpatronenbestandteile“, sagt Wegner. Auf diese Weise vermeidet das Hilpolt-

steiner Unternehmen jeden Monat rund 31 Tonnen Abfälle. „Unser Ziel ist es, sowohl den Anteil der recyclefähigen Patronenbestandteile wie Kunststoffe und Metalle auf annähernd 100 Prozent zu erhöhen, als auch den Gesamtanteil wiederbefüllter Patronen und Kartuschen auf dem deutschen Markt aufzustocken“. Nach Angaben des europäischen Dachverbandes „Eitira“ (European Toner & Inkjet Remanufacturers Association) werden derzeit rund 20 Prozent der weltweit verkauften Tonerkartuschen und Patronen wiederbefüllt. Alleine in der EU, schätzt der Dachverband, erwirtschaften die annähernd 65.000 Arbeitnehmer der Branche einen Jahresumsatz von über 1,2 Milliarden Euro.

Aus ganz Deutschland erreichen Wegner leere Patronen und Kartuschen. „Etwa 15 Prozent des Leerguts erhalten wir darüber hinaus von Kunden aus dem angrenzenden Ausland“, erklärt Wegner. Die Verbraucher sammeln die leeren Module wahlweise in eigenen Behältnissen oder in einer kostenfreien GfM-Sammelbox. Je nach Leergutmenge variiert die Boxengröße vom Umzugskarton bis zur Europalette.

In Hilpoltstein trennen Fachkräfte die eingegangenen Patronen und Kartuschen mit Hilfe technischer Prüfverfahren in funktionstüchtige und defekte Leermodule. Nur intakte Druckerpatronen werden vergütet und wandern wiederbefüllt in den Einzelhandel zurück. Ein Entsorgungsspezialist teilt das nicht wieder verwendbare Restleergut in seine Einzelbestandteile und verwertet die Rohstoffe. „Gemäß dem Kreislaufwirtschafts- und

21. Nürnberger Deponie-Seminar:

Deponien nach 2009

Die neue Deponieverordnung ist seit Mitte 2009 in Kraft. Sie beendet das Zersplittern des Deponierechts, in dem sie die Bestimmungen der alten Deponieverordnung, der Abfallablagereverordnung, der Deponieverwertungsverordnung sowie der drei Verwaltungsvorschriften TA Luft, TA Siedlungsabfall und die erste allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Grundwasserschutz zusammengefasst hat. Gleichzeitig setzt sie europäische Vorgaben in deutsches Recht um. Mit der Artikelverordnung ist eine neue Deponieverordnung sowie eine Gewinnungsabfallverordnung in Kraft getreten.

Abfallerzeuger werden bei der Abfalldeponierung nun stärker in die Pflicht genommen. Sie müssen zusätzliche Angaben bei der Ablieferung machen sowie den Abfall durch fachkundiges Personal untersuchen und beproben lassen. Verschiedene Nachweise nach der Nachweisverordnung können die Unterlagen nach der Deponieverordnung ersetzen.

Altanlagen

In der Tradition der Nürnberger Deponieseminare informieren auch heuer Referenten aus Forschungsinstituten, von Fachbehörden und aus der Praxis zu aktuellen Themen des Deponiebereichs und angrenzender Themenfelder. Ein Vortragsblock war den Altanlagen gewidmet. Sie übertreffen die aktuellen Deponien zahlen- und teilweise auch mengenmäßig. Ihre Sanierung ist eine Generationenaufgabe.

Ergänzend zu den Fachvorträgen bot die begleitende Fachausstellung eine weitere Gelegenheit für praxisorientierten Erfahrungsaustausch. Das 21. Nürnberger Deponie-Seminar stand unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Staatsministe-

riums für Umwelt und Gesundheit. Neben der Deponienachsorge in der Schweiz und Österreich wurde u. a. das Thema „Erkundung und Sanierung gemeindeeigener Hausmülldeponien“ behandelt. 2006 wurde nach jahrelangen Verhandlungen zwischen Freistaat und kommunalen Spitzenverbänden eine Finanzierungslösung für die Erkundung und Sanierung stillgelegter gemeindeeigener Hausmülldeponien gefunden.

Leergutspende ermöglicht Familien kranker Kinder ein Zuhause auf Zeit

Innerhalb von sieben Werktagen nach Eingang der verbrauchten Druckermodule bei GfM erhalten die teilnehmenden Leergutlieferanten die entsprechende Abrechnung sowie einen gesetzlich vorgeschriebenen Verbleibnachweis. Seit 2006 bietet der fränkische Recyclingdienstleister seinen Kunden überdies die Möglichkeit, mit Hilfe ihrer Leergutspende das Ronald McDonald Kinderhaus in Erlangen zu unterstützen. In der gemeinnützigen Einrichtung finden Familien schwer kranker Kinder im direkten Umfeld des Erlanger Universitätsklinikums ein Zuhause auf Zeit. Eltern, Geschwister und Angehörige können während einer Behandlung nah bei ihren Kindern sein und ihnen das geben, was die Medizin nicht zu geben vermag: Liebe, Kraft und Zuversicht. „Über die positive Resonanz unserer Kunden auf diese Spendenidee haben wir uns sehr gefreut“, berichtet Britta Wegner. „Auf Anhieb meldeten sich einzelne Leergutlieferanten, von der Einzelperson bis zum Unternehmen, und spendeten ihre leeren Patronen und Kartuschen für die gute Sache“. Alleine im vergangenen Jahr kamen so über 4.200 Euro für das Elternhaus der McDonald's Kinderhilfe Stiftung zusammen. □

Internationaler Altpapieritag in Düsseldorf:

Markt in Bewegung

Die Altpapiermärkte erlebten schwere Zeiten in den vergangenen zwölf Monaten, aber allen Unkenrufen zum Trotz sorgte die private Altpapierwirtschaft für den dringend notwendigen Mengenausgleich im Markt. Welchen neuen Herausforderungen sich die Marktteilnehmer in Zukunft stellen müssen, darauf gab der 13. Internationale Altpapieritag des bvse-Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. konkrete Antworten. 600 Experten aus aller Welt trafen sich hierzu in Düsseldorf.

„Altpapier als Produkt – Voraussetzungen und Folgen“ lautete der Titel des Vortrages von Dr. Andreas Jaron vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, während Prof. Dr.-Ing. E.h. Hans-Olaf Henkel, ehemaliger Präsident des BDI, seine Rede der Frage „Was bedeutet die Finanzkrise für die Globalisierung, für Mittelstand und Gesellschaft?“ widmete.

Wichtiger Qualitätsbaustein

Zur Thematik „Entsorgungszuständigkeit für Altpapier – wohin führt die Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie?“ sprach der Präsident des Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V., Burkhard Landers. Er betonte in einer Grundsatzrede, dass trotz aller Sortiertechnik die getrennte Sammlung ein wichtiger Qualitätsbaustein sei, auf den nicht verzichtet werden könne. Es sollte deshalb auch aus der Politik heraus die Akzeptanz der getrennten Sammlung nicht immer wieder in Frage gestellt werden.

Trotz aller Bemühungen der Mischtonnen-Befürworter, also derjenigen, die dafür plädierten, Wertstoffe und Restmüll in einer Tonne zu sammeln, habe bisher kein finanzieller und erst recht kein ökologischer Vorteil zugunsten der Mischtonne nachgewiesen werden können. Die hessische Vorstudie habe das jetzt wieder eindrucksvoll bestätigt. Landers: „Dass die Qualität der Wertstoffe leidet, wenn sie mit Restmüll zusammen erfasst werden, darüber gibt es ebenfalls keinen Zweifel. Daher gilt: Wer der Industrie hochwertige Sekundärrohstoffe zur stofflichen oder zur energetischen Verwertung als konfigurierte Ersatzbrennstoffe zur Verfügung stellen will, kommt an der getrennten Sammlung nicht vorbei.“

Die Entwicklung des Altpapiermarktes stellt sich deutlich positiver als im vergangenen Jahr dar. Nach ruhigem Beginn des Jahres 2010 im Altpapiersegment entwickelte sich die Nachfrage nach Altpapier lebhaft, wie Hubert Neuhaus, bvse-Vizepräsident und Vorsitzender des Fachverbandes Papierrecycling am Rande des Internationalen Altpapieritages erläuterte. Diese Nachfrage werde gestützt durch verschiedene Sonderfaktoren: Innereuropäisch und auch

in Asien werden neue zusätzliche Produktionskapazitäten der Papierindustrie fühlbar, die Altpapier als Rohstoff einsetzen. Da Altpapierlagerbestände bei den Lieferanten durch das konjunkturelle und winterbedingt niedrige Aufkommen nicht vorhanden waren, führe die gestiegene Nachfrage regelrecht zu „just-in-time-Versorgung“. Nach Neuhaus' Worten kann der Altpapierbedarf zurzeit nur mit „großen Anstrengungen“ der Altpapierentsorgungswirtschaft gedeckt werden.

Auch die Preisfindung für Altpapier ist in Bewegung. Der im Laufe des vergangenen Herbstes bzw. Winters „aus tiefstem Preistal heraus verzeichnete Anstieg der Vergütungen“ habe bis in den Januar gerade mal auf das Vorkrisenniveau vom Herbst 2008 geführt. Neuhaus: „Ein Anstieg, der sinnvoll und notwendig war. Die aktuell erhöhte Nachfrage mündet darin, dass eine kleine - oft auch nur gefühlte - Unterdeckung in der Altpapierversorgung ausreichen kann, um übersteigerte Nervosität entstehen zu lassen.“ Von regelrechten Verdrängungsgeboten einiger Abnehmer wird dem bvse zudem berichtet. Dies betreffe letztlich aber nur ein vergleichsweise kleines Altpapier-Mengenvolumen.

Mögliche Begehrlichkeiten

Der Fachverband Papierrecycling im bvse sieht mit großer Sorge, dass solche Spotmengen-Phänomene, die am Mittelstand in der Regel vorbei gehen, die Preismeldung für eine Altpapiersorte im Ganzen explosionsartig nach oben treiben können. Dies könne dann massive Probleme nach sich ziehen, wenn solch hohe Notierungen Eingang finden in Verträge und Ausschreibungen mit Preisanpassungsregelungen, warnte der bvse-Vizepräsident.

Neuhaus verwies darauf, dass die Altpapierwirtschaft nicht unbedingt von hohen Preisen profitiere. Im Gegenteil: Auf Seiten der Anfallstellen könnten Begehrlichkeiten entstehen, die fehl am Platz seien. Entscheidend sei, eine Marge zu erwirtschaften, die für den Altpapierentsorger auskömmlich ist. **DK**

Daseinsvorsorge im novellierten Kreislaufwirtschaftsgesetz:

VKS im VKU fordert klares Bekenntnis

In seiner Stellungnahme zum Arbeitsentwurf des Kreislaufwirtschaftsgesetzes spricht sich der VKS im VKU für eine deutliche Klarstellung der kommunalen Zuständigkeit für die Entsorgung von Haus- und Geschäftsmüll aus. Der Vorstandsvorsitzende des VKS im VKU, Dr. Rüdiger Siechau, hierzu: „Es ist an der Zeit, den Versuchen Einhalt zu gebieten, unter dem Mäntelchen angeblich bestehender europarechtlicher Zwänge den Grundsatz der Abfallüberlassungspflicht an die Kommunen umkehren zu wollen und die Ausnahme der gewerblichen Sammlung zur Regel zu erheben.“

In seiner Stellungnahme an das Bundesumweltministerium betont der VKS im VKU, die im § 16 des Arbeitsentwurfs geregelten Überlassungspflichten müssten so formuliert werden, dass die Entsorgung von Hausmüll und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen als Aufgabe der Daseinsvorsorge grundsätzlich den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern obliege. Gewerbliche Sammlungen dürften nur ausnahmsweise zugelassen werden, soweit sie die vom Bundesverwaltungsgericht im Juni 2009 vorgegebenen Kriterien erfüllen.

In Fortführung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs dürften gewerbliche Sammler mit ihren Aktivitäten jedenfalls nicht für eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung der kommunalen Entsorgungseinrichtungen zu wirtschaftlich angemessenen Bedingungen sorgen. Deshalb müsse die Zulassung einer gewerblichen

Sammlung an ein Genehmigungsverfahren geknüpft sein und nicht nur der Anzeigepflicht unterliegen.

„Es muss Schluss sein mit der Vorgehensweise der privaten Entsorger, sich die lukrativen Wertstoffe aus dem Hausmüll aneignen zu wollen und den Kommunen nur die kostenträchtige Entsorgung der Restabfälle zu überlassen. Die kommunale Abfallwirtschaft steht nicht nur für ein hochwertiges Recycling, sondern trägt über die dabei erzielbaren Erlöse zu stabilen Gebühren zum Vorteil der Bürger bei“, stellte Siechau fest.

Zudem sei nur die kommunale Zuständigkeit Garant für eine marktpreisunabhängige flächendeckende und dauerhafte Erfassung der Wertstoffe aus Haus- und Geschäftsmüll. „Wir fordern ein klares Bekenntnis der Politik zur Daseinsvorsorge, zur kommunalen Abfallwirtschaft und deren Aufgabenerfüllung.“ □

Standort wieder aufgebracht werden. Die charakteristischen Konturen des Schlackenberges als Industriedenkmal sollen bei den Profilierungsarbeiten wie in der Genehmigungsplanung vorgegeben im Wesentlichen erhalten bleiben.

Rekultivierung des Schlackenberges

Der Schlackenberg beeindruckt nicht nur durch seine Größe und Prägnanz. Er stellt sowohl aus Sicht der Bodenmechanik als auch in Verbindung mit der Vielfalt der geokunststofftechnischen Einsatzmöglichkeiten ein interessantes Deponiesanierungsprojekt dar, so die Referenten. Nach voraussichtlichem Abschluss der Rekultivierung im Jahr 2012 soll der Schlackenberg mit seinem für die geografische Region herausragenden und markanten Erscheinungsbild voraussichtlich einem sanften Tourismus zugeführt werden. **DK**

DSK-Fachtagung 2010 in Nürnberg im Juli:

Umgang mit dem Wandel

Demographischer Wandel, Klimawandel, Strukturwandel: Wie können Kommunen durch eine nachhaltige Stadtentwicklung mit diesen Herausforderungen umgehen?

Kommunen stehen heute vor vielen Herausforderungen, die bewältigt werden müssen. Der demographische Wandel, der Klimawandel und der Strukturwandel gehören sicher zu denjenigen Aufgaben, für die sowohl große als auch kleine Kommunen Lösungen finden müssen. Die Auswirkungen des Wandels sind vielfältig. Im Rahmen der diesjährigen DSK-Fachtagung (www.dsk-fachtagung.de), die am 15. Juli in Nürnberg stattfinden wird, sollen Kommunen anhand ausgewählter Praxisbeispiele Lösungen und Wege aufgezeigt werden, wie sie erfolgreich und aktiv auf den Wandel reagieren bzw. mit ihm umgehen können.

In vielen Landkreisen in Bayern ist eine Abnahme der Bevölkerung nicht mehr zu übersehen. Immer mehr Häuser und Wohnungen stehen leer. Die Bausubstanz verfällt. Junge Leute ziehen weg. Die Bevölkerung überaltert. Allein im Landkreis Wunsiedel wird gemäß aktuellen Prognosen die Bevölkerung bis 2025 um 25 % abnehmen.

Auswirkungen des Treibhauseffektes

Städte und Gemeinden werden auch von den Auswirkungen des Treibhauseffektes und der damit verbundenen Erwärmung der Erdatmosphäre immer stärker beeinflusst. Zunehmend ist zu erkennen, dass insbesondere die gebaute Umwelt empfindlich auf die Veränderungen des Klimas reagiert, wie Hitzeperioden, Extremwetterereignisse oder Hochwasser zeigen. Die Stadt Nürnberg beispielsweise muss sich nach aktuellen Prognosen des DWD zunehmend auf Hitze- und Trockenperioden einstellen.

Zugang zur Musik

Hauptarbeitstagung des Verbandes deutscher Musikschulen in Schwerin

Anfang Mai veranstaltete der Verband deutscher Musikschulen (VdM) in Schwerin seine Hauptarbeitstagung und Bundesversammlung. Im Mittelpunkt stand dabei die aktuelle und zukünftige Arbeit der öffentlichen Musikschulen in Deutschland.

Einen wichtigen Stellenwert haben dabei das neue Positionspapier „Die Musikschule“ der Kommunalen Spitzenverbände mit Leitlinien und Hinweisen zur Musikschule in der kommunalen Bildungslandschaft und der neu überarbeitete erweiterte VdM-Strukturplan zu Konzept, Aufbau und Struktur der öffentlichen Musikschulen.

Vorgestellt wurden ebenfalls das vom Bundesbildungsministerium geförderte VdM-Projekt „Musikalische Bildung von Anfang an“ und der hierzu entwickelte Bildungsplan für die Grundstufe/Elementarstufe.

Kulturelles Profil der Landeshauptstadt

„Schwerin ist stolz auf seine beiden Musikschulen, die zahlreiche Preisträgerinnen und Preisträger in den Regional-, Landes- und Bundeswettbewerben ‚Jugend musiziert‘ hervorgebracht haben und zum kulturellen Profil der Landeshauptstadt gehören“, hob Stephan Nolte, Stadtpräsident der Landeshauptstadt Schwerin, beim Pressegespräch zur Hauptarbeitstagung des VdM in Schwerin hervor.

Qualitätsgarant

Die Musikschulen seien dabei Orientierungspunkt und Qualitätsgarant für die Basisarbeit im kulturellen Netzwerk. „Darüber hinaus zeigt das in Schwerin initiierte internationale Preisgekrönte herausragende Musikfestival ‚Verfemte Musik‘ die pädagogischen und künstlerischen innovativen Ansätze in der Wiederentdeckung der durch die Nationalsozialisten verfolgten Komponisten und dadurch vergessene

Genauso hat der Strukturwandel große Teile Bayerns verändert. Wichtige Branchen und Industriezweige, wie die Glas- und Porzellanindustrie oder die Polstermöbelindustrie in Oberfranken, sind abgewandert oder haben an Bedeutung verloren. Viele Arbeitsplätze sind im Rahmen dieser Entwicklung verloren gegangen, ohne dass es gelungen ist, adäquate Alternativen zu schaffen. Der Strukturwandel hat die Regionen dabei unterschiedlich stark getroffen. Der Bayerische Wald oder die Oberpfalz haben deutlich schlechtere Zukunftsperspektiven als die bayerischen „Boom“-Regionen.

Ausgewählte Beispiele

Im Rahmen der diesjährigen DSK-Fachtagung (www.dsk-fachtagung.de), die am 15. Juli 2010 wieder in Nürnberg stattfinden wird, sollen Kommunen anhand ausgewählter Praxisbeispiele Lösungen und Wege aufgezeigt werden, wie sie erfolgreich und aktiv auf den Wandel reagieren

bzw. mit ihm umgehen können. Gleichzeitig soll den Teilnehmern die Möglichkeit gegeben werden, gemeinsam mit den Referenten über die vorgestellten Lösungswege zu diskutieren.

Regierungsvertreter unter den Teilnehmern

Neben Vorhaben aus anderen Bundesländern werden im Rahmen der Veranstaltung auch fränkische und bayerische Beispiele vorgestellt. So werden die Gemeinden Bad Peterstal-Griesbach (Schwarzwald) und Illingen (Saarland), die Initiative Rodachtal, die Gemeinde Langenfeld, die Stadt Merkendorf, die Stadt Regensburg, die Wirtschaftsförderung des Landkreises Regen sowie die Stadt Mitterteich ihre Aktivitäten in den jeweiligen

Landratsamt Landshut:

Modernste Medientechnik für den neuen Sitzungssaal

**Investitionssicherheit für viele Jahre
Nutzung auch für Ärztekongresse geplant**

Ende April wurde der neue Sitzungssaal des Landratsamtes Landshut offiziell eingeweiht. In den Lokalzeitungen wurde bereits im Vorfeld immer wieder auf die moderne Medientechnik hingewiesen, die in diesem Saal Einzug halten sollte. Mit der Umsetzung dieser hohen Anforderungen wurde die Firma Mediatek GmbH aus Bodenkirchen beauftragt. Das Landratsamt ist nun Veranstaltungstechnik auf dem aktuellsten Stand

Das Unternehmen installiert bereits seit fast 15 Jahren hochwertige Beschallungs- und Medientechnik und hat sich damit einen sehr guten Ruf, auch weit über die Landkreisgrenzen hinaus, gemacht. „Den höchsten Stellenwert hat für uns die einfache Bedienung der Anlage“, so Thomas Klug, der Geschäftsführer. So reicht es z. B. im Landratsamt Landshut aus, den Laptop an einem der im Tisch versenkten Anschlussfelder anzuschließen. Der Rest geht automatisch: Die Technik startet selbstständig und stellt sich ohne einen weiteren Tastendruck auf die Anforderungen ein: Die Verdunkelung fährt zu, der Beamer schaltet sich ein und nach kurzer Zeit ist das Laptopbild auf der 3 Meter breiten Rückprojektionsscheibe in beeindruckender Qualität zu sehen. Für die Bedienung steht ein tragbares Touchpanel zur Verfügung.

Touchpanel

Die Bedienoberflächen der Touchpanels werden für jeden Kunden individuell programmiert. Hier lassen sich neben den Lautstärken für die Mikrofone auch der Beamer, das Licht und die Jalousien steuern. Damit die Personen auf dem Podium die entsprechenden Vorträge auf der Projektionswand mit verfolgen können ohne sich ständig umdrehen zu müssen, sind in den Tischen motorisch versenkbar eingelenkt, auf denen die Präsentation ebenfalls wiedergegeben wird. Neben der einfachen Bedienung achtet Mediatek auch auf eine perfekte optische Integration in den Raum. So wurden z. B. alle versenkbaren Monitore und Anschlussfelder funktionsfähig, so dass sie in geschlossenem Zustand optimal in die Tischplatte integriert sind.

Rückprojektion

Eine weitere Besonderheit ist die Projektionsfläche im neuen Sitzungssaal: Der Projektor befindet sich nicht - wie sonst üblich -

Themenfeldern vorstellen. Weiterhin werden an der Veranstaltung Vertreter der Obersten Baubehörde sowie der Regierung von Oberfranken teilnehmen.

Machbarkeitsstudien und Standortanalysen

Die Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH (DSK) ist seit vielen Jahren bundesweit als Dienstleister für Kommunen und Private in allen Fragen der Stadt- und Grundstücksentwicklung tätig. Neben den klassischen Trägereaufgaben, die die DSK im Rahmen ihrer Tätigkeiten übernimmt, erarbeitet sie Machbarkeitsstudien und Standortanalysen für Wohn- und Gewerbegebiete, Entwicklungs- und Vermarktungskonzeptionen.

Konversion

Die wichtigsten Aufgabenfelder, die von der DSK betreut werden, sind die Bereiche Stadterneuerung und Stadtbau, Konversion und Nachnutzung von Brachflächen, Städtebauliche Beratung, Baugebietsentwicklung sowie Projektentwick-

lung und auch Projektsteuerung.

Im Bayern ist die DSK unter anderem im Markt Cadolzburg als Erschließungsträger tätig. In Cadolzburg hat die DSK zusammen mit der Gemeinde auch das Umlegungsverfahren durchgeführt. Die Stadt Aichach und die Gemeinde Dasing wurden von der DSK bei der Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes an der A 8 beraten.

Ferner ist die DSK im Markt Murnau am Staffelsee als Geschäftsbesorger der Murnauer Grundstücksverwaltungsgesellschaft tätig und unterstützen die Kommune bei der Konversion der ehemaligen „Kemmel-Kaserne“. **Weitere Info:** www.dsk-gmbh.de. **Eine Anmeldung zur Fachtagung ist über die Internet-Seite www.dsk-fachtagung.de möglich.**



DSK-Fachtagung in Nürnberg.

„Viele unserer Mitbewerber ignorieren das Thema ‚digitale Bildübertragung‘, da dies sehr viel Know-how in diesem Bereich erfordert“ so Thomas Klug. Die Firma Mediatek beschäftigt sich schon seit längerem damit und hat auch schon sehr viele erfolgreiche Projekte mit dieser neuen Technik realisiert. Den besten Beweis gibt es im Landratsamt zu sehen: Hier wird ein digitales Bild mit FullHD-Auflösung über eine Strecke von 500m zwischen dem nahegelegenen Krankenhaus Achdorf und dem Sitzungssaal im Landratsamt übertragen. Dies ist nötig, da der Saal auch als Hörsaal für Ärztekongresse mit „OP-Live-Übertra-

te wie VGA am Laptop nicht mehr verfügbar sein werden. Bereits ab Ende dieses Jahres dürfen z. B. keine BluRay-Player (der Nachfolger der DVD-Player) mehr mit analogen Videoausgängen verkauft werden. Wer also seinen Schulungsraum in ein paar

vor der Leinwand, sondern projiziert von hinten auf eine spezielle Rückprojektionsscheibe. „Dies hat den großen Vorteil, dass das Bild deutlich heller und kontrastreicher erscheint“ erklärt Thomas Klug, der erst kürzlich in Kopenhagen an einer Konferenz für Rückprojektionstechnik teilnahm.

HDMI-fähig

Neben den herkömmlichen, noch analogen Bildquellen ist das System im Landratsamt bereits zur Übertragung von digitalen Formaten wie z. B. HDMI in der Lage. Dies bringt dem Landkreis Landshut Investitionssicherheit für viele Jahre, da früher oder später die alten, analogen Forma-



Die Rückprojektionsscheibe mit einer Breite von drei Metern ermöglicht eine kontrastreiche Darstellung der Bilder bei hoher Umgebungshelligkeit.

Jahren mit einem BluRay Player ausstatten möchte, könnte dann sein blaues Wunder erleben.

ungen“ genutzt werden soll. **Weitere Informationen unter:** <http://media-tek.com>

DSK DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft

DSK-Fachtagung in Bayern

15. Juli 2010 in Nürnberg

Umgang mit dem Wandel

Demographischer Wandel, Klimawandel, Strukturwandel: Wie können Kommunen durch eine nachhaltige Stadtentwicklung mit diesen Herausforderungen umgehen?

Presseclub (NÜRNBERGER Akademie), Gewerbemuseumsplatz 2, 90403 Nürnberg
www.dsk-fachtagung.de Tel.: 0911 - 520 99 40 Mail: nuernberg@dsk-gmbh.de

Stadterneuerung | Baugebietsentwicklung | Konversion | Städtebauliche Beratung | Projektentwicklung

VGH weist Beschwerde der Stadt Bamberg zurück:

NPD darf in Kongresshalle

Der Hegelsaal der Stadt muss für einen Parteitag der NPD im Juni zur Verfügung gestellt werden

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in München (BayVGH) hat die Beschwerde der Stadt Bamberg in Sachen „NPD - Bundesparteitag - Zulassung zum Hegelsaal der KKH am 04.06.2010“ mit Beschluss vom 29.04.2010 zurückgewiesen.

Die NPD hat somit Anspruch darauf, dass ihr die Stadt Bamberg den Hegelsaal der Konzert- und Kongresshalle (Stadthalle) am 4. und 5. Juni 2010 zur Abhaltung eines Bundesparteitages überlässt. Damit wurde die Beschwerde der Stadt Bamberg gegen die gleichlautende Entscheidung des Verwaltungsgerichts Bayreuth zurückgewiesen.

Anordnungsanspruch

In den Entscheidungsgründen wird dazu unter anderem ausgeführt: „Das Verwaltungsgericht hat zu Recht entschieden, dass

Bundesverfassungsgericht:

Verpflichtung zur Erhebung der Gewerbesteuer

Das Bundesverfassungsgericht hat sich im Beschluss vom 27.1.2010 – 2 BcR 2185/04 – mit der Frage befasst, ob eine Gemeinde verpflichtet ist, Gewerbesteuer mit einem Mindesthebesatz von 200% zu erheben. Die Gemeinde wollte schlechthin auf die Gewerbesteuer verzichten, um die Ansiedlung von Gewerbebetrieben zu erreichen.

Bei 93 Unternehmen hatte die Gemeinde auch bereits Erfolg gehabt. Sie hatte als Ausgleich für den Wegfall der Einnahmen aus der Gewerbesteuer mit den Unternehmen einen „Standortentwicklungsbeitrag“ vereinbart. Gegenüber der Verpflichtung, die Gewerbesteuer zu erheben, machte die Gemeinde ihren Anspruch auf die gemeindliche Selbstverwaltung geltend, durch den Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung ist die Finanzhoheit der Gemeinden ausdrücklich geregelt.

Hebesatzautonomie

Nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts ist dem Gesetzgeber aber nicht jegliche Beschränkung der gemeindlichen Hebesatzautonomie verwehrt. Das Hebesatzrecht dient der Sicherung einer angemessenen Finanzausstattung der Gemeinden. Deshalb ist die Funktionsfähigkeit der Hebesatzautonomie nicht davon abhängig, dass die Gemeinden den Hebesatz ohne jede gesetzliche Einschränkung festsetzen können. Insbesondere erfordert sie keine unentziehbare Befugnis der Ge-

Bundesverfassungsgericht:

Kein rückwirkender Anspruch

Urteil zu Verfassungswidrigkeit der Regelsatz-Ermittlung führt nicht zum Anspruch auf höhere Hartz IV-Leistungen für die Vergangenheit

Für Zeiträume, die vor der Verkündung des Urteils liegen, mit dem das Bundesverfassungsgericht die Ermittlung der Hartz IV-Regelsätze für verfassungswidrig erklärt hat (vgl. NJW 2010, 505), haben Hilfebedürftige keinen Anspruch auf höhere Hartz IV-Leistungen. Das BVerfG hat insoweit eine Wirkung seines Urteils für die Vergangenheit ausgeschlossen (Beschluss vom 24.03.2010, Az.: 1 BvR 395/09).

Die Beschwerdeführer sehen die Höhe der Regelleistungen nach dem so genannten „Hartz IV-Gesetz“ für den Zeitraum von Januar bis Juni 2005 als zu niedrig an. Nach Erschöpfung des Rechtswegs haben sie Verfassungsbeschwerden eingelegt.

Das Bundesverfassungsgericht hat diese nicht zur Entscheidung angenommen. Durch das Urteil des Gerichts zur Verfassungswidrigkeit der Hartz IV-Regelsatz-Ermittlung seien die für diesen Fall

die Antragstellerin (NPD) einen Anordnungsanspruch auf Überlassung des Hegelsaals für die Zeit vom 4. Juni 9.00 Uhr bis 5. Juni 24.00 Uhr glaubhaft gemacht hat.“

Bedauern im Rathaus

In einem ersten Kommentar bedauerte Oberbürgermeister Andreas Starke diese für die Stadt Bamberg ungünstige Entscheidung. „Der Gedanke, dass die NPD in Bamberg eine Veranstaltung durchführt und dabei ihr rechtsradikales und demokratiefeindliches Gedankengut verbreit-

meinden, mit der Festsetzung auf Null von einer Gewerbesteuererhebung ganz abzusehen.

Vermeidung von Steueroasen

Nach der Begründung zum Gewerbesteuergesetz dient die Einführung der Pflicht zu Erhebung dieser Steuer und die Festsetzung eines Mindesthebesatzes vor allem der Vermeidung von Steueroasen sowie der Verhinderung von Ausfällen bei der Gewerbesteuerumlage. Nach der Auffassung des Gerichts führt der völlige Verzicht einzelner Gemeinden auf die Steuererhebung zu teilweise unsinnigen rein steuermotivierten Wanderbewegungen. Die Bildung von „Steueroasen“ zu verhindern und die Streuung der Niederlassung von Gewerbebetrieben über das ganze Land hinweg zu fördern, ist ein legitimes gesetzgeberisches Ziel.

Außerdem gibt es eine Gewerbesteuerumlage, durch die der Bund und die Länder an dem Gewerbesteuerertrag der Gemeinden beteiligt werden. Diese Ausgleichfunktion darf nicht gefährdet werden. Dr. O.

tet, bleibt für mich unerträglich“, so Starke. Er setze darauf, dass sich das Bamberger Bündnis gegen Rechtsradikalismus erneut engagieren wird um für die Prinzipien der Demokratie einzustehen. „Das Beispiel von Schweinfurt an diesem Wochenende, mit rund 8.000 Teilnehmern, zeigt, dass die Bevölkerung bereit ist, ihrem Protest gegen die Veranstaltungen von Neonazis gebührend Ausdruck zu verleihen. Ich bin sicher, dass das auch in Bamberg so sein wird“, so Oberbürgermeister Starke.

Bisherige Praxis entscheidend

Bei der Konzert- und Kongresshalle handelt es sich um eine öffentliche Einrichtung der Stadt, die nach der bisherigen Praxis auch politischen Parteien zur Durchführung von parteipolitischen Veranstaltungen mit überörtlichem Charakter zur Verfügung gestellt worden sei. Deshalb habe im Rahmen des Gleichbehandlungsgebots auch die NPD als politische Partei einen gesetzlichen Anspruch auf Zulassung zu dieser Einrichtung im Rahmen ihrer Kapazität, kommentierte Konzerthallenchef Horst Feulner bedauernd die Entscheidung des VGH.

Das Bamberger Bündnis gegen Rechtsextremismus plant für den 4. und 5. Juni, wie vor zwei Jahren, Veranstaltungen am Marktplatz und an der Weide und ruft alle Bürgerinnen und Bürger zum friedlichen Protest gegen den Rechtsextremismus auf. □

OLG Karlsruhe:

Verurteilung des Bürgermeisters wegen Vorteilsannahme aufgehoben

Im Verfahren um den Vorwurf der Vorteilsannahme gegenüber einem südbadischen Bürgermeister wird neu verhandelt. Mit Beschluss vom 27.04.2010 hat das Oberlandesgericht Karlsruhe ein Urteil des Landgerichts Offenburg aufgehoben. Die dortige Strafkammer hatte den 66-Jährigen im Berufungsverfahren der Vorteilsannahme schuldig gesprochen, ihn verurteilt und die Verhängung einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je 160 Euro vorbehalten. Der hauptamtliche Bürgermeister hatte von einem örtlichen Energieversorger eine Spende angenommen und an den örtlichen Fußballverein weitergegeben (Az.: 2 (7) Ss 173/09 - AK 101/09).

Der Angeklagte hatte im April 2001 einen Konzessionsvertrag mit einem örtlichen Energieversorgungsunternehmen unterzeichnet, wonach diesem weiterhin das Recht zur Nutzung des Wegenetzes der Gemeinde für Versorgungsleitungen eingeräumt wird. Das Unternehmen hatte im März 2001 erklärt, dass es aus Anlass des Neuabschlusses 2.898 DM für einen kulturellen Zweck spenden wolle. Der Angeklagte wurde in einem Schreiben um Angabe geeigneter Spendempfehlungen gebeten, wobei sich allerdings das Energieversorgungsunternehmen eine Prüfung vorbehalt. Im Dezem-

ber 2001 benannte der Angeklagte den örtlichen Fußballverein. Der Sport-Club erhielt die Spende noch im gleichen Monat ausbezahlt und kaufte hiervon eine Metallrutsche auf einem öffentlichen Kinderspielplatz.

VGH Mannheim:

Kein finanzieller Ausgleich

Gemeinde erhält für Gewerbesteuerausfall wegen eines Finanzamt-Fehlers keine Entschädigung

Das Land muss keinen finanziellen Ausgleich leisten, wenn eine Gemeinde wegen eines Fehlers des Finanzamts ihre Gewerbesteueransprüche nicht durchsetzen kann. Das hat der Zweite Senat des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg in Mannheim entschieden. Er hat damit die Berufung der Gemeinde Ötigheim gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zurückgewiesen. Die Gemeinde hatte vom Land einen Ausgleich für einen Gewerbesteuerausfall von über 350.000 Euro verlangt. Der VGH hat die Revision zum Bundesverwaltungsgericht wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Rechtsstreits zugelassen (Urteil vom 29.03.2010, Az.: 2 S 939/08).

Ein in Ötigheim ansässiges Unternehmen änderte die Gesellschaftsform und teilte die Umwandlung von einer KG in eine GmbH dem zuständigen Finanzamt mit. Gleichwohl erließ das Finanzamt Gewerbesteuerbescheide für mehrere Jahre gegenüber der KG.

Später wurde die Nichtigkeit dieser Bescheide festgestellt. Die darauf beruhenden Gewerbesteuerbescheide, die die Gemeinde ebenfalls an die KG gerichtet hatte, wurden aufgehoben.

Festsetzungsverjährung verhindert Besteuerung

Wegen der mittlerweile eingetretenen Festsetzungsverjährung war es der Gemeinde danach

nicht mehr möglich, das Unternehmen aufgrund neuer Bescheide zur Gewerbesteuer heranzuziehen. Für den daraus folgenden Steuerausfall hat die Gemeinde vom Land vollen Ausgleich gefordert. Das Land hat eine Ausgleichspflicht verneint. Dem ist das Verwaltungsgericht gefolgt. Der VGH hat diese Rechtsauffassung bestätigt.

Eingriff in subjektives Recht der Gemeinde fehlt

Der VGH hat offen gelassen, ob eine Haftung des Landes aus dem allgemeinen Folgenbeseitigungsanspruch schon deswegen ausscheidet, weil das Finanzamt gegenüber der Gemeinde nicht hoheitlich gehandelt hat. Ein solcher Anspruch sei jedenfalls des-

halb zu verneinen, weil das Finanzamt nicht in ein subjektives Recht der Klägerin eingegriffen habe. Nach dem Grundgesetz stehe zwar das Aufkommen an der Gewerbesteuer den Gemeinden zu. Den Gemeinden sei damit aber weder eine bestimmte Höhe dieses Aufkommens noch die Gewerbesteuer als solche verfassungsrechtlich garantiert.

Die Gemeinden seien deshalb durch die Verfassung nicht davor geschützt, dass Fehler, die den Länderfinanzbehörden bei der Festsetzung des Gewerbesteuerbetrags unterlaufen, Auswirkungen auf das Aufkommen der Gewerbesteuer hätten, so der VGH.

Beziehung zwischen Finanzamt und Gemeinde nicht mit privatrechtlichem Schuldverhältnis vergleichbar

Die Forderung der Gemeinde lasse sich auch nicht auf einen Anspruch auf Schadensersatz aus einem quasi-vertraglichen öffentlich-rechtlichen Schuldverhältnis stützen. Am Gewerbesteuerverfahren seien sowohl die Landesfinanzbehörden als auch die Gemeinden beteiligt. Die Finanzämter seien zuständig für die Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen und für die Festsetzung des Steuermessbetrags. Die Festsetzung und Erhebung der Gewerbesteuer auf der Grundlage dieses Betrags falle dagegen in die Zuständigkeit der Gemeinden.

Finanzamt und Gemeinde als gleichgeordnete Rechtsträger

Finanzämter und Gemeinden hätten daher als gleichgeordnete Rechtsträger nacheinander tätig werdend nach Maßgabe des Grundgesetzes und des Landesrechts das Gewerbesteuergesetz zu vollziehen. Die Finanzämter seien dabei selbstverständlich verpflichtet, die finanziellen Interessen der Gemeinde wahrzunehmen.

Das Bestehen dieser Pflicht begründe jedoch keine einem privatrechtlichen Schuldverhältnis vergleichbare Beziehung zwischen Finanzämtern und Gemeinden, betonen die Richter. Quelle: beck-aktuell-Redaktion, Verlag C. H. Beck. □

Antrag der Islamischen Gemeinde Penzberg abgelehnt:

Bestätigung der Erwähnung im Verfassungsschutzbericht

Das Verwaltungsgericht München hat den Antrag der Islamischen Gemeinde Penzberg e.V. (IGP) auf Unterlassung der Erwähnung im Verfassungsschutzbericht 2008 abgelehnt.

Dazu Innenminister Joachim Herrmann: „Durch den Beschluss des Verwaltungsgerichts München sehe ich mich in meiner konsequenten Linie gegen islamistische Tendenzen voll bestätigt. Der Beschluss bestätigt, dass unser Verfassungsschutz rechtmäßig gehandelt und die Erkenntnisse zur Islamischen Gemeinde Penzberg sauber recherchiert und gewürdigt hat. Die Islamische Gemeinde Penzberg weist höchst problematische Verbindungen zu extremistischen, verfassungsfeindlichen Organisationen wie Milli Görüs auf. Ihre Erwähnung im Verfassungsschutzbericht ist richtig.“

Veröffentlichung rechters

Das Verwaltungsgericht München hat in seinem Beschluss bestätigt, dass die Angaben im Verfassungsschutzbericht 2008 wahrheitsgemäß sind und daher nach Art. 15 Bayerisches Verfassungsschutzgesetz im Verfassungsschutzbericht veröffentlicht werden durften.

Nur formale Distanzierung von verfassungsfeindlicher Organisation

Das Gericht hat es als korrekte Folgerung gewertet, dass sich die IGP nur formal um eine Distanzierung von der verfassungsfeindlichen Organisation „Milli Görüs“ bemüht habe. Es gebe Verbindungen des Vereinsvorsitzenden der IGP sowie auch des Imams der Moschee in Penzberg zu Milli Görüs.

Der Imam stehe zudem in einem Unterordnungsverhältnis zu einer weiteren verfassungsfeindlichen Organisation, nämlich der „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland“, dem deutschen Zweig der extremistischen Muslim-Bruderschaft. □

auch für zurückliegende Leistungszeiträume eine Öffnungsklausel zu schaffen. Quelle: beck-aktuell-Redaktion, Verlag C. H. Beck. □

Projektvorstellung in Waldkraiburg:

Lernen vor Ort im Landkreis Mühldorf

Unter der Leitung von Bildungsmanagerin Anja Skrypek ist am Landratsamt Mühldorf die Projektgruppe Lernen vor Ort entstanden. Vorrangiges Anliegen ist die Bildung einer regionalen, in sich geschlossenen Bildungslandschaft für den Landkreis Mühldorf. Das Projekt hat sich und seine Inhalte nun in Waldkraiburg einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Unter dem Leitsatz „Lebenslanges Lernen macht (erfolgreich!“ wurde ein erster Austausch über die weitere Vorgehensweise der Projektgruppe angestoßen.

Als eine von insgesamt 40 Kommunen und kreisfreien Städten wurde der Landkreis Mühldorf für „Lernen vor Ort“ ausgewählt. Das Projekt wird drei Jahre lang vom Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie dem europäischen Sozialfond gefördert. Zusätzlich bringt sich u. a. die Roland Ber-

ger Stiftung mit Erfahrungen und Expertenwissen in die Arbeit im Landkreis ein.

Nutzen für die Region

Landrat Georg Huber hob den immensen Nutzen des Projekts für den gesamten Landkreis hervor: „Lernen vor Ort bietet uns

die einmalige Gelegenheit, ein kohärentes und nachhaltiges Bildungswesen für den Landkreis Mühldorf zu entwickeln.“ Huber wies nachdrücklich darauf hin, dass das Projekt Lernen vor Ort keinesfalls eine neue, eigenständige Bildungseinrichtung ist, sondern „ein neutraler, kompetenter Moderator und Netzwerkbetreiber zur Bewältigung der gemeinsam festgestellten Defizite in der Erziehungs- und Bildungslandschaft“. Lernen vor Ort gebe dem Landkreis Mühldorf und damit seinen Bürgerinnen und Bürgern die einmalige Möglichkeit, die bestehenden guten Angebote besser zu vernetzen und transparent darzustellen.

Sechs Projektteile

In sechs Bereichen soll Huber zufolge die Perspektive des lebenslangen Lernens gefördert und bürgernah umgesetzt werden: So hat sich das Bildungsmanagement zum Ziel gesetzt, eine regionale Bildungsstrategie aufzubauen und diese sichtbar und entwicklungsfähig zu machen. Im Bereich Bildungsmonitoring wird ein Bildungsbericht erarbeitet, der als Basis für die Zukunft dient und regelmäßig erweitert werden soll. Der Projektteil Bildungsberatung will zusammen mit den qualifizierten und erfahrenen Bildungsberatern vor Ort eine transparente, bürgernahe, hochwertige, objektive und einheitliche Beratungsstruktur aufbauen.

Komplexe Lebensentwürfe

Die Übergänge zwischen den einzelnen Bildungsstationen im Lebenslauf und vor allem der Aufbau von Strukturen, um den Bürgerinnen und Bürgern Brüche an diesen Übergängen zu ersparen, sind der Schwerpunkt des Bereichs Übergangsmanagement. Das Themenfeld Familienbildung wiederum befasst sich mit der engen Verknüpfung der Themen Familie und Bildung, besonders im Hinblick auf die steigende Vielfalt und Komplexität der Lebensentwürfe in der Gesellschaft. Der sechste Themenbereich behandelt das hochaktuelle Feld der Hochschulkooperation. Hier geht es laut Huber nicht darum, einen eigenen Hochschulstandort im Landkreis zu etablieren. Vielmehr soll vor dem Hintergrund eines dro-

Staatsmedaille für Verdienste um Umwelt und Gesundheit 2008“, „Frankfurter Preis der deutschen Gemeinschaftsverpflegung 2008“, 2. Preis des Netzwerks Kindergeundheit und Umwelt e.V., 2009.

Entscheidend für eine erfolgreiche Umstellung auf Bio-Kost, so das Ergebnis der Zwischenbilanz, sind eine politische Weichenstellung, wie sie zum Beispiel die Biostadt München vorgenommen hat (Stadtratsbeschluss 2007), die Einführung von Qualitätsstandards in der Außer-Haus-Verpflegung junger Menschen, die einen erhöhten Einsatz von Bio-Lebensmitteln vorsieht, die öffentliche Bewusstseinsbildung für die Bedeutung einer gesunden Ernährung junger Menschen, ein Mindestmaß an Professionalität (oder professioneller Ausbildung) in den Küchen der Einrichtungen, die pädagogische und küchenefachliche Unterstützung der Einrichtungen bei der Umstellung sowie eine finanzielle Rückendeckung in der Anfangsphase.

Weitere Informationen unter www.bio-fuer-kinder.de

henden Fachkräftemangels die Möglichkeit geschaffen werden, eine am regionalen Bedarf orientierte Form der akademischen Bildung im Landkreis anzubieten. „Alle diese Themenbereiche werden im Bildungsmanagement gebündelt“, erklärte der Landrat.

Dr. Martin Thomé vom Bundesministerium für Bildung und Forschung begrüßte die große Unterstützung, die Lernen vor Ort bei der kommunalen Spitze des Landkreises genießt. „Lernen vor Ort ist kein Top-down-Prozess, sondern ein ganzheitlicher Ansatz an dem sich alle Verantwortlichen nachhaltig beteiligen müssen“, machte Thomé deutlich.

Nachdem Schülerinnen und Schüler der Franz-Liszt-Hauptschule eine extra für die Veranstaltung eingeübte Version des Musicals „Toms Traum“ in Ausschnitten vorgetragen hatten, erörterten Landrat Huber, Dr. Martin Thomé, Projektleiterin Skrypek und Regina Pötke, Vorstand der Roland-Berger-Stiftung, im Rahmen eines Podiumsgesprächs Hintergrund und Ziele des Projekts.

Beweggründe

Letztere erläuterte vor allem die Beweggründe der Roland-Berger-Stiftung, das Projekt Lernen vor Ort speziell im Landkreis Mühldorf zu unterstützen. „Wir wollen dem Projektteam mit unserer Erfahrung unter die Arme greifen. Der Mehrwert der Roland-Berger-Stiftung liegt in unserer Expertise und unseren bayerischen Wurzeln, die uns ganz besonders mit der Region verbinden“, so Pötke. Aus den Reihen der Zuhörer kamen Anregungen, die heimischen Wirtschaftsbetriebe aktiv am Projekt zu beteiligen und die Bedeutung der Ehrenamtlichen wie auch der Vereine für das non-formale Lernen in künftigen Überlegungen zu berücksichtigen.

An fünf Marktständen hatten die Veranstaltungsteilnehmer im Anschluss die Gelegenheit, sich näher über die einzelnen Projektschwerpunkte zu informieren. Dabei waren die Besucher selbst aufgefordert, ihre eigenen Vorstellungen und Wünsche an die jeweiligen Projektmitarbeiter zu richten. Bei der Hochschulkooperation beispielsweise formulierten vor allem Vertreter der heimischen Wirtschaft ihren Bedarf an einer Praktikantenbörse, daneben waren die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen einer möglichen akademischen Weiterbildung im Landkreis ein zentrales Thema. Im Bereich Familienbildung wiederum richteten die Teilnehmer ihr Augenmerk auf die Beziehung zwischen Eltern und Schule sowie eine flexible Kinderbetreuung. **DK**



Teilnehmer der Podiumsdiskussion - von links: Dr. Martin Thomé, Projektleiterin Anja Skrypek, Landrat Georg Huber und Regina Pötke, Vorstand der Roland-Berger-Stiftung. **DK**

Immenstadt feiert 650 Jahre Stadterhebung

Am 22. Juli 1360 wurde das damalige „Immendorf“ mit Genehmigung Kaiser Karls IV. offiziell zur Stadt ernannt. „Mit sportlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Großveranstaltungen begehen wir Immenstädter heuer den Geburtstag unseres Städtle, der ältesten Stadt im Oberallgäu“, bemerkt Erster Bürgermeister Armin Schaupp in seinem Grußwort.

So präsentieren sich z. B. einige Jubiläumsvereine gemeinsam in einer Sonderausstellung im Museum Hofmühle. Mit der französischen Stadt Lillebonne besteht die Städtefreundschaft seit 50 Jahren, mit dem englischen Wellington seit 25 Jahren. 150 Jahre alt werden die Immenstädter Feuerwehr, der Turn- und Sportverein 1860 sowie der Krankenunterstützungsverein. Die Immenstädter SPD und die Naturfreunde begehen ihr 100-jähriges Jubiläum, 40 Jahre jung wird schließlich das Jugendhaus Rainbow.

Publikumsmesse

Immenstadt ist heuer auch Standort der Publikumsmesse AllgäuSchau. Vom 13. bis 16. Mai präsentieren 200 Aussteller auf 25.000 qm neueste Produkte und Informationen zum Bauen, Wohnen und Sanieren, Leben und Genießen, Landwirtschaft und Ernährung, Freizeit und Lifestyle, Haushalt und Technik. Außerdem gibt es täglich ein buntes Programm, sowie Sport-, Musik- und Tanzvorführungen.

Vom 23. bis 25. Juli steigt das große Festwochenende. Höhepunkt ist dabei der überregional bekannte „Jahrmarkt der Träume“. Dann werden wieder die Gaukler durch die Gassen ziehen. Feuerspucker bringen die Luft zum Brennen, während Handwerker und Marktfräuen um die Gunst der Besucher buhlen. Vor der Kulisse des Marienplatzes und Hofgartens werden zahlreiche

Walk-Acts durch die Gassen und über die Brunnenplätze ziehen.

In Erinnerung an den Erhalt des Marktrechts erhebt Immenstadt den Sonntag zum „Markt der Märkte“. In der gesamten Innenstadt werden Händler ihre Waren feilbieten: echte Kleinode, große und kleine Kuriositäten auf dem Flohmarkt werden ebenso zu finden sein wie feine Antiquitäten, Kunsthandwerk, botanische Herrlichkeiten und kulinarische Genüsse. Schauen, Feilschen, Schlemmen und Flanieren, während stillecht am Marienplatz die Immenstädter Blasmusik erklingt.

Im Festjahr kommt auch ein bedeutendes Sommersportereignis nach Immenstadt: Die Triathlon-WM 2010. Vom 29. Juli bis 1. August kämpfen die weltbesten Triathleten um die Plätze. Zum ersten Mal konnte dieser Sportevent der Superlative nach Immenstadt geholt werden. Vier Kilometer Schwimmen im größten Allgäuer Natursee, dem Großen Alpee, 120 Kilometer Rennradfahren und 30 km Laufen ist von den Athleten zu absolvieren. Immenstadt bietet die besten Voraussetzungen für ein gelungenes Sportevent, zumal die Stadt seit Jahren Austragungsort für den internationalen Allgäu Triathlon ist.

Im Jubiläumsjahr wird es außerdem eine „Entdeckungstour“ durch die Immenstädter Geschichte mit Gewinnspiel und Preisen geben. So plant das Bergbaumuseum eine spannende Sonderausstellung zur Eingemeindung der 70er Jahre. **DK**

Zwischenbilanz:

Vier Jahre „Bio für Kinder“ in München

Nach vierjähriger Projektlaufzeit zieht „Bio für Kinder“, die Gemeinschaftsinitiative von Tollwood und dem Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München, Zwischenbilanz. Das Pilotprojekt startete im Mai 2006 mit dem Ziel, Münchens Nachwuchs in Kindergärten und Schulen bei der Umstellung auf 100 Prozent Bio-Kost zu unterstützen. Rund 380.000 Mahlzeiten in Bio-Qualität wurden seit der Projektgründung in 28 Kinderbetreuungseinrichtungen ausgegeben, die über 2.000 Kinder betreuen. 31 Münchner Unternehmen unterstützen als Paten die „Anschubfinanzierung“ der teilnehmenden Einrichtungen mit einer Gesamtfördersumme von aktuell 480.000 Euro.

Die Kostenentwicklung zeigt, dass Bio machbar und finanzierbar ist: Nach aktuellem Projektstand betragen die durchschnittlichen Mehrkosten der Bio-Verpflegung pro Kind und Hauptmahlzeit 24 Cent (13,3 Prozent) mehr im Vergleich zur konventionellen Verpflegung vor Projektstart. Die Einrichtungen liegen deutlich unter dem Maximalförderersatz von „einem Euro pro Hauptmahlzeit“. Die 16 Einrichtungen, die bislang das Projekt abgeschlossen haben, behalten die Bio-Verpflegung bei und stellen damit nachhaltig auf Bio um.

Jetzt zielt die Gemeinschaftsinitiative über Münchens Tellerand hinaus – denn was in München klappt, funktioniert auch anderswo: Deshalb gibt die Initiative mit dem neuen „Bio für Kinder-Aktionshandbuch“ eine Anleitung für die Umstellung auf Bio-Kost in Schulen und Kindergärten bundesweit. Das Buch soll Mut machen: „Bio für Kinder“ ist machbar und finanzierbar. Um darauf deutschlandweit aufmerksam zu machen, fand vor kurzem die Fachtagung „Zur Nachahmung empfohlen: Bio für Kinder in Kindergarten und Schule“ statt, die sich mit Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops an interessierte Städte, Einrichtungen und Organisationen in ganz Deutschland wendete.

Als Pilotprojekt deckt „Bio für Kinder“ die Bandbreite der in München vertretenen Einrichtungen ab. Das Spektrum der teilnehmenden Betreuungseinrichtungen reicht vom Hort mit neun Kindern bis zur Schule mit 460 Schülern, von der Kinderkrippe mit Kleinstkindern bis zur Berufsschule mit jungen Erwachsenen, von der privaten Eltern-Kind-Initiative bis zur städtischen Trägerschaft. Ebenso vielfältig sind die Verpflegungssysteme: Ob die Eltern reihum kochen, die Einrichtung von einem eigenen Küchenteam versorgt oder von einem externen Bio-Caterer beliefert wird – die Umstellung auf Bio kann überall gelingen.

Ergebnisse von „Bio für Kinder“ zeigen, dass Einrichtungen, die über einen Bio-Caterer beliefert werden, für eine Bio-Hauptmahlzeit im Schnitt 2,78 Euro

zahlen, das sind durchschnittlich 6,1 Prozent (0,16 Euro) mehr für ein Mittagessen in 100 Prozent Bio-Qualität als für ein konventionelles Essen. Einrichtungen, die über eine eigene Küche oder ein eigenes Küchenteam verfügen, verzeichnen eine durchschnittliche Kostensteigerung von 9,5 Prozent (0,16 Euro). Eine Hauptmahlzeit kostete hier im Schnitt 1,85 Euro. Bei den reihum kochenden Eltern kostete die Bio-Hauptmahlzeit 1,97 Euro und damit 47 Prozent (0,63 Euro) mehr als konventionelles Essen. Diese auf den ersten Blick größte Kostensteigerung erklärt sich u. a. dadurch, dass Einsparpotenziale nicht so effektiv genutzt werden können wie bei professionellen Küchenteams, es also beispielsweise sehr viele Köche und keinen Gemeinschaftseinkauf gibt.

Einsparpotenziale nutzen und Wissen erweitern

Das Geheimnis der geringen Kostensteigerung lag in der Verbesserung des Küchenmanagements: Systematisches Einkaufen, weniger Fleisch, die Erstellung langfristiger Speisepläne, saisonales Kochen oder das Zurückgreifen auf Bio-Produkte aus der Region spielten eine entscheidende Rolle. Wichtig für den Erfolg waren auch die projektbegleitenden pädagogischen Maßnahmen, mit denen die Münchner Aktionswerkstatt G'sundheit (MAG's) die Einrichtungen begleitete: Individuelle Beratung, Schulungen und Unterstützung durch externe Bio-Coaches.

Als Paten unterstützen 31 Münchner Unternehmen mit Fördersummen zwischen 1.500 und 30.000 Euro pro Jahr „Bio für Kinder“. Neben finanzieller Unterstützung helfen sie mit Projekt- und Sachspenden oder stehen den Einrichtungen mit ihrem Fachwissen zur Seite. Von der Stadtparkasse München über das Traditionsunternehmen Loden-Frey, von Adelhöfen bis zu München Ticket, sind zahlreiche Firmen vertreten.

„Bio für Kinder“ erhielt bisher u. a. folgende Auszeichnungen: „Healthy-Cities-Award: „Grüner Apfel 2007“ der Weltgesundheitsorganisation, „Bayerische



Bayerische Landessiedlung®

Energie und Kommunale Entwicklung
Erneuerbare Energien als Standortvorteil



Straßenbeleuchtung
Innovative Beleuchtungskonzepte für Städte und Gemeinden



Solarenergie
Planung und Projektierung von Photovoltaikanlagen



Baulandentwicklung
Wohn- und Gewerbegebietsererschließung

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bls-bayern.de
www.bls-bayern.de

Informationen:
www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Verabschiedung von Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser:

Gestalterin mit Visionen, Ideen und Weitblick

„Unter Gudrun Grieser blühte Schweinfurt zu einer modernen, innovativen und lebenswürdigen Stadt im Herzen Mainfrankens auf. Heute ist Schweinfurt eine der dynamischsten Städte Deutschlands. Und es spricht für sich, dass die Entwicklungschancen für Schweinfurt weiterhin äußerst positiv gesehen werden. Nach dem Gutachten einer renommierten Unternehmensberatung liegt Schweinfurt unter mehr als tausend Regionen in der EU auf Rang 31. 25 Standortfaktoren waren dabei ausschlaggebend, wie wirtschaftliche Dynamik, Bildungsstand der Bevölkerung, Technologiedichte und Wohlstandsniveau. Mit einem Wort: Schweinfurt ist als Wirtschaftsstandort europaweit Spitze. Dies ist der konsequenten Standortpolitik von Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser zu verdanken“, hob Innenminister Joachim Herrmann bei der Verabschiedung der Rathauschefin hervor.

Gudrun Grieser war seit 1. Mai 1992 Oberbürgermeisterin der Stadt Schweinfurt. Bei ihrem Amtsantritt lagen gewaltige Aufgaben und Herausforderungen vor ihr. Schweinfurt wurde von einer heftigen Strukturkrise heimgesucht. Binnen weniger Monate entließen die drei großen Industriebetriebe zehntausend Beschäftigte. Die Arbeitslosenquote stieg zeitweise auf 20 Prozent, die Bundesanstalt für Arbeit erklärte Schweinfurt zur „Krisenregion Nummer eins“.

Herrmann: „Gudrun Grieser hat die schier unüberwindbaren

Probleme mit viel Verantwortungsbewusstsein, Tatkraft und Sachverstand angepackt. Sie leitete eine außerordentlich erfolgreiche Standortoffensive für Schweinfurt ein. Sie hat die Chancen der Krise genutzt. Mit ihrer dynamischen Politik hat sie ganz entscheidend die Weichen für die positive wirtschaftliche Entwicklung gestellt und Rahmenbedingungen geschaffen, die zahlreichen zukunftsweisenden Investitionen zugute kamen.“

Zu diesen Investitionen zählten etwa die Verbesserung der Infrastruktur durch den Bau der Auto-

bahn A 71 sowie die mit Unterstützung der Staatsregierung nach Schweinfurt geleiteten EU-Fördermittel in Höhe von 28 Millionen Euro aus dem EFRE-Fonds; sie lösten Investitionen von 65 Millionen Euro aus.

Große Strahlkraft

Der Innenminister unterstrich die Gestalterqualitäten von Gudrun Grieser: „Liebe Frau Grieser: Sie sind eine Gestalterin, eine Frau mit Visionen, Ideen, Weitblick, Verantwortungsbewusstsein und Geschick. Mit der

Die Parabel:

Mathematik, Literatur und Sibirien

Parabel – das war für den Mathematiker und Schulleiter der staatlichen Berufsschule I aus Landshut, Josef Obermaier immer der Graph einer quadratischen Funktion, vielleicht auch noch ein Gleichnis in der deutschen Sprache. Aber an einen Fluss oder eine Stadt in Sibirien hat Josef Obermaier bisher nie gedacht. Das hat sich seit seinem letzten Besuch in Sibirien geändert. Seit fast 20 Jahren besteht zwischen dem Landkreis Landshut und dem Rayon Nowosibirsk eine Partnerschaft, die durch viele Begegnungen auf kulturellen, politischen, schulischen und wirtschaftlichen Ebenen geprägt ist. Eine Säule der Partnerschaft ist hierbei die Zusammenarbeit der sibirischen Verwaltungsakademie Sibags mit der bayerischen Verwaltungsschule und den Gemeinden des Landkreises.

Die Sibags interessiert sich auch für den Aufbau des beruflichen Schulwesens in Sibirien und genau aus diesem Grund ist Josef Obermaier im Jahr 2007 gemeinsam mit Christoph Hornung, dem Geschäftsführer des Zweckverbandes „berufliche Schulen Stadt und Landkreis Landshut“ zum ersten Mal in den Partnerrayon gereist, um zu erklären, wie das duale System der Berufsausbildung in Deutschland funktioniert.

Im Juni 2008 war eine 14-köpfige Delegation (Vertreter der Sibags, Schulleiter und Schulaufsichtsbeamte) aus dem Rayon Nowosibirsk auf Einladung des Zweckverbandes in Landshut, um sich ein Bild von unserem beruflichen Bildungssystem zu machen. Mit dabei waren auch Elena Ryazanova (1. Stellvertreterin der Leiterin der Administration des Landkreises Parabel) sowie Irina Gulyaeva (Stellvertretende Leiterin der Abteilung für internationale Beziehungen der Sibags).

Bei seinem letzten Besuch 2009 in Nowosibirsk lud ihn Elena Ryazanova in ihre Heimatgemeinde nach Parabel ein und Josef Obermaier durfte ein noch unbekanntes Stück Sibirien kennen lernen und erfahren, dass „Parabel“ in Sibirien etwas ganz anderes ist: Der Fluss Parabel hat seine Ursprünge in den Sümpfen der Wassjuganje im südlichen

schaffts- und Kulturraum von Europäischem Rang steckt, sondern ein moderner, aufgeschlossener, leistungsstarker und innovativer Wirtschaftsraum mit bestens ausgebildeten und hoch motivierten Arbeitskräften“, fuhr Schaidinger fort. „In diesem Zusammenhang hielt er es für besonders wichtig, „dass sich starke Regionen beispielsweise in Bayern, Österreich oder Ungarn gemäß der EU 2020 Strategie weiter stärken und entwickeln können, um von dort aus Entwicklungskeime für den gesamten Raum entstehen zu lassen“. Auch müsse der Donauraum ab 2014 wieder gemeinsame Europäische Projekte wie z. B. die Donauhase durchführen können.

Da der bayerische Donauraum im Spannungsfeld von vier Me-

Strahlkraft Ihrer Persönlichkeit haben Sie ambitionierte Ziele umgesetzt und erreicht, was zunächst kaum erreichbar schien. Sie haben die Stadtentwicklung positiv gestaltet, den Wirtschaftsstandort gestärkt und weiter ausgebaut. Sie haben den Weg für attraktive kulturelle und soziale Lebensbedingungen geebnet. Sie haben den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt gestärkt. Dafür möchte ich Ihnen persönlich, aber auch im Namen der gesamten bayerischen Staatsregierung auf das Herzlichste danken. Ihr Lebenswerk als Oberbürgermeisterin verdient höchste Anerkennung.“

Dem Nachfolger, von Gudrun Grieser, Oberbürgermeister Sebastian Remelé, wünschte Herrmann viel Kraft, Ausdauer und Erfolg für sein verantwortungsvolles Amt.



Bürgermeister Wolfgang Möhrlein hat drei ortsansässigen Unternehmen die Lizenzurkunden des regionalen Gütesiegels überreicht und damit den Startschuss für eine neue Initiative zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe gegeben.

Litzendorf aktiv im regionalen Geschehen

Unter dem Motto „Region Bamberg - weil's mich überzeugt“ hat Bürgermeister Wolfgang Möhrlein jetzt drei ortsansässigen Unternehmen - Bäckerei Winkler aus Litzendorf, Brauerei Reh aus Lohndorf und Biolandbetrieb Braun aus Tiefenellern - die Lizenzurkunden des regionalen Gütesiegels überreicht und damit den Startschuss für eine neue Initiative zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe gegeben.

Er ist überzeugt, dass dadurch nicht nur die Attraktivität der Gemeinde für ihre Bewohner gesteigert wird. „Wir helfen auch den Regionalanbietern, im Wettbewerb gegen Großkonzerne bestehen zu können.“ Möhrlein hofft, das nun viele andere Unternehmen in seiner Gemeinde dem Vorbild folgen werden.

Mit der Idee, Handwerker, Dienstleister und Lebensmittelherzeuger in ein Boot zu holen und ein gemeinsames Projekt zu realisieren, setzt Litzendorf den Grundgedanken der Regionalkampagne beispielhaft um. „Dank dem städtebaulichen Entwicklungskonzept und motivierten ehrenamtlich Aktiven kann es uns gelingen, alle Akteure an einen Tisch zu bringen und gemeinsam an einem Strang zu ziehen“, ergänzt der Bürgermeister.

Marketingkampagne

In der nächsten Zeit sollen dabei zahlreiche Ideen aktiv umgesetzt werden. Hilfreich zur Hand gehen dabei die Akteure der Regionalkampagne „Region Bamberg - weil's mich überzeugt“. So ist als erstes ein Branchenführer für die Gemeinde Litzendorf geplant. Außerdem soll in einer Marketingkampagne dem Kunden ans Herz gelegt werden, in der Nähe einzukaufen, den Handwerker vor Ort zu beauftragen

Erste Gästezeitung für gesamten Chiemgau

Pünktlich zu den Osterferien gibt der Chiemgau Tourismus e.V. in Kooperation mit dem Linus Wittich Verlag die erste Urlaubszeitung für die Gäste der Region heraus. Zeit.Reise. lautet der Titel der Urlaubslektüre, die den Chiemgau in seiner attraktiven Vielfalt themenorientiert darstellt. Die 24-seitige Publikation im Berliner Format erscheint vierteljährlich in einer Auflage von 40.000 und enthält interessante Tipps für einen gelungenen Urlaub. Fotoreportagen stimmen die Gäste auf die landschaftliche Schönheit der Urlaubsregion ein und machen Lust, diese - über die Ortsgrenze hinaus - zu entdecken. Zeit.Reise. liegt für Urlauber und Einheimische in den örtlichen Tourist-Informationen, in den Freizeitbetrieben sowie in Hotels und Pensionen der Region kostenfrei bereit.

und den Dienstleister in der Gemeinde in Anspruch zu nehmen.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Bayerisches Donauforum in Regensburg:

Startschuss für europäische Strategien

Auf Einladung von Bayerns Europaministerin Emilia Müller und Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger fand im Alten Rathaus das Bayerische Donauforum statt. Gefragt waren Strategien für die Entwicklung von Wirtschafts- und Kulturräumen. Die beim Donauforum gesammelten Vorschläge sollen Grundlage für den bayerischen Beitrag für die Europäische Donastrategie sein, die im Frühjahr 2011 vom Europäischen Rat endgültig beschlossen werden soll.

Neben der Verkehrsinfrastruktur, der Erhaltung der Donau als natürlichem Lebensraum und dem Hochwasserschutz beschäftigten sich etwa 200 Forumsteilnehmer in vier Arbeitsgruppen unter anderem mit der Energieversorgung, der Sicherheit, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft im bayerischen Donauraum.

Auf Emilia Müllers Anstoß rief der Bayerische Ministerrat am 5. Mai 2009 die so genannte Bayerische Donauinitiative ins Leben, die das Vorgehen des Freistaats hinsichtlich der Vorgabe aus Brüssel entwickeln und die bilateralen Beziehungen Bayerns zu den Donau-Anrainerstaaten weiter ausgestalten soll. Die bayerische Initiative will Müller zufolge möglichst viele Repräsentanten aus dem bayerischen Donaugebiet in das Vorhaben einbinden.

Die Ministerin formulierte die Position des Freistaats in der Donaustrategie: Beispielsweise durch die bessere Förderung privater unternehmerischer Initiativen soll die wirtschaftliche Attraktivität des Donauraums gestärkt werden. Gemeinsame Clusterinitiativen oder Innovationsförderung in der angewandten Forschung seien gefragt. Zudem sei eine verlässliche und nachhaltige Energieversorgung in Europa sicherzustellen, beispielsweise durch den Ausbau der Nabucco-Pipeline.

Umweltfreundlich aber zukunftsorientiert müsse die Verkehrsinfrastruktur auf dem Fluss, der Schiene und der Straße vorgebracht werden. Emilia Müller wies darauf hin, dass hinsichtlich des Donauausbaus zwischen Straubing und Vilshofen das anstehende Gutachten abgewartet werde. Bei aller wirtschaftlichen Notwendigkeit solle aber die Donau als natürlicher Lebensraum geschützt und die

Biodiversität erhalten werden.

Wie Oberbürgermeister Hans Schaidinger erläuterte, sei der Donauraum - „das natürliche Umfeld unserer Stadt“ - ein über Jahrhunderte gewachsener Kulturraum mit einer stets grenzüberschreitenden, internationalen Ausrichtung. Die Entwicklung einer gemeinsamen Europäischen Strategie des Donauraumes sei deshalb „längst überfällig und notwendig, um diesem Raum in Europa die Bedeutung beizumessen, den er verdient und auch tatsächlich innehat“. Die Gründung der ARGE Donaustädte im Jahr 1994 auf Initiative der Stadt Regensburg und der Aufbau städtepartnerschaftlicher Beziehungen im Donauraum mit Budavar und Odessa unterstrichen „unser nachhaltiges und langjähriges Interesse der verstärkten Zusammenarbeit entlang der Donau“.

Viel versprechende Ansätze

Die Stadt Regensburg sieht Schaidinger zufolge insbesondere in folgenden Bereichen viel versprechende Ansätze für eine gemeinsame Strategie und enge Kooperation untereinander:

- Ausbau der Infrastruktur, u. a. die direkte Anbindung Ostbayerns an den Flughafen München mit der Bahn
- Kooperationen zwischen den Hochschulen, aber auch der Ausbau hochschulkomplementärer Forschung und Entwicklung in Ostbayern und speziell in Regensburg
- Weitere wirtschaftliche Vernetzung des Raumes sowie
- Weiterer Ausbau der Zusammenarbeit im kulturellen Bereich.

„Insbesondere muss es uns aber gelingen, deutlich zu machen, dass hinter dem Begriff Donauraum nicht nur ein Land-

Jahreskonferenz der Europäischen Metropolregion München:

Fokus auf Ressourcenverknappung

Das Thema Umwelt bestimmte die diesjährige Metropolkonferenz des Vereins Europäische Metropolregion München (EMM e.V.) in Rosenheim. Rund 250 Akteure des Vereins, Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Verwaltung tauschten sich über das Thema „Ressourcenverknappung - Herausforderung für Wirtschaft und Politik“ aus.

Wie die Gastgeberin, Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, in ihrer Begrüßung betonte, sei Rosenheim der ideale Standort, um einerseits die Fragen der Verbindung von Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit sowie andererseits die Herausforderung eines verantwortlichen Umgangs mit Ressourcen zu diskutieren.

Freiraum für kommende Generationen

Rosenheim habe sich schon lange eine Haushalts- und Fi-

Investitionsschwerpunkten „Ausbau der Kinderbetreuung“, „Bildung“ und „Infrastruktur“ in das finanzpolitisch schwierige Jahr 2010 zu gehen.

Enger Schulterschluss

Als flächenmäßig zweitkleinste kreisfreie Stadt in Bayern steht Rosenheim Bauer zufolge beständig vor der Herausforderung, neben einem aktiven Flächenmanagement in der Stadt gerade im Bereich der kommunalen Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik den Schul-

hochschule und dem renommierten Institut für Fenstertechnik systematisch daran gearbeitet, sich als internationales Zentrum der Holzkompetenz zu etablieren. Freilich seien die Einsatzmöglichkeiten dieses nachwachsenden Rohstoffs als Werkstoff, Baumaterial und Energieträger längst nicht ausgereizt: „Unsere Stadtwerke arbeiten mit Experten verschiedener Universitäten derzeit an einem neuen, hocheffizienten Verfahren zum großtechnischen Einsatz von Holzvergasung“, bemerkte Bauer und ergänzte: „Damit wollen wir einen weiteren Schritt auf dem Weg gehen, den Energiebedarf der Stadt komplett CO₂-neutral darzustellen. Schon heute können wir durch die Erzeugung von Fernwärme in unserem Müllheizkraftwerk mehr CO₂ vermeiden, als der gesamte Autoverkehr in Rosenheim verursacht!“

Ehrgeizige Zielvorgabe

Christian Ude, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München und Vorsitzender des EMM e.V., erklärte aus Sicht der Kommunen, dass er die größten Chancen für einen verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Ressourcen im Bereich der erneuerbaren Energien sehe. Die Stadtwerke München, Mitglied in der EMM, investierten stark in deren Ausbau. Dabei sei die Zielvorgabe äußerst ehrgeizig: Bis 2015 soll so viel Ökostrom aus eigenen Anlagen ins Netz gespeist werden, dass damit alle 800.000 Münchner Privathaushalte versorgt werden können. Bis 2025 sollen dann auch die Wirtschaftsunternehmen aus erneuerbaren Energien gespeist werden. Ude betonte, dass dies nicht nur in Großstädten möglich sei, sondern auch in kleineren Orten umgesetzt werden könnte.

Diskussionsrunde

Im Rahmen einer sich anschließenden Diskussionsrunde beleuchteten die Referenten Prof. Manfred Hirt, Vorstand Cluster Mechatronik & Automation, Prof. Armin Reller, Universität Augsburg, Dr. Siegfried Kreibe, Geschäftsführer bifa Umweltinstitut und OB Ude das Thema Ressourcenverknappung aus den Blickwinkeln von Industrie, Wissenschaft, anwendungsnahe Forschung und Kommunalpolitik.

Wirksame Strategien

Wie Moderator Egon Beckord, Geschäftsführer KUMAS Kompetenzzentrum Umwelt e.V. und Leiter der AG Umwelt, erläuterte, „würde eine Ressourcenverknappung gerade uns als Produktionsstandort hochtechnologischer Produkte erheblich schwächen und unsere Spitzenposition im globalen Markt maßgeblich verschlechtern“. Um einer Ressourcenverknappung rechtzeitig vorzubeugen, müssten wirksame Strategien entwickelt werden - von der Rohstoffgewinnung über die Wieder- und Weiterverwendung dieser Materialien bis hin zur Findung geeigneter Substitute. **DK**

auch als Verbandsvorsitzender des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Gruppe Landsberied vorbildlich für die Belange der kommunalen Selbstverwaltung ein. □



Mit dem EMM-Riesenpuzzle möchte sich die Metropolregion München künftig auf vielen Veranstaltungen präsentieren. OB Christian Ude (Bildmitte) überreichte das Rosenheimer Puzzleteil vorab an OB Gabriele Bauer und Landrat Josef Neiderhell. □

nanzpolitik auf die Fahnen geschrieben, „die den kommenden Generationen Freiraum und Gestaltungsmöglichkeiten lässt und zugleich aktuell – gerade in der Krise – die heimische Wirtschaft und den Arbeitsmarkt stützt“.

Keine substantiellen Einschnitte

Vier Haushaltsjahre ohne Nettoneuverschuldung bei weitgehend stabiler Abgabenlast und Investitionen von bis zu 50 Mio. Euro in der Spitze hätten es der Stadt ermöglicht, ohne substantielle Einschnitte bei den

terschluss mit dem Umland zu suchen. „Wir haben dabei festgestellt, dass die Addition der Stärken unserer Region mehr Erfolg verspricht, als der bloße – wenn auch mitunter anspornende – Standortwettbewerb.“ Ein abgestimmtes Vorgehen in der Region sei allemal besser als bloße Kirchturmpolitik.

Schonung der Ressourcen

Dies sei auch praktizierte Ressourcenschonung, fuhr die Oberbürgermeisterin fort. Seit Jahrzehnten habe Rosenheim in enger Abstimmung mit seiner

Gemeinde Landsberied:

Kommunale Verdienstmedaille in Bronze an Bürgermeister Hillmeier

Landrat Thomas Karasin hat im Rahmen einer Bürgerversammlung dem Bürgermeister der Gemeinde Landsberied, Korbinian Hillmeier, die Kommunale Verdienstmedaille in Bronze überreicht.

Hillmeier ist seit dem 1. Mai 1996 Erster Bürgermeister der Gemeinde Landsberied. In den Jahren zuvor gestaltete er bereits 18 Jahre lang als Mitglied des Gemeinderates das politische und gesellschaftliche Leben in seiner Gemeinde mit.

Dorfwirtschaft

Herausragend während seiner Amtszeit als Erster Bürgermeister war die Verwirklichung der Dorfwirtschaft in Landsberied. Hillmeier hat in Zeiten knapper Kassen durch sein persönliches Engagement dieses Projekt auf den Weg gebracht und wesentlich vorangetrieben. Das Konzept war ein Novum in Bayern: Mit Hilfe einer Bauherrengemeinschaft zwischen der Gemeinde und verschiedenen Vereinen bauten Bürgerinnen und

Bürger mit viel Eigenleistung ihre eigene Dorfwirtschaft. Diese öffnete an Silvester 2004 als Gaststätte „Zum Dorfwirt“ ihre Pforten.

Große Beharrlichkeit

Das durch ein leidenschaftliches Bürgerengagement geschaffene Gemeinschaftswerk haben den Bürgermeister und seine Gemeinde inzwischen über die Landkreisgrenzen hinaus bekannt gemacht. Namhafte überregionale Zeitungen und auch Fernsehsender waren auf das besondere Engagement der Bürgerschaft aufmerksam geworden. Dieses besondere Bürgerengagement ist letztlich auf die Beharrlichkeit von Korbinian Hillmeier zurückzuführen.

Darüber hinaus setzt sich Bürgermeister Hillmeier seit 1978

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Der Mai ist der Monat der Düfte. Aber muss man ihn so penetrant und anbiedernd feiern?“ Mein Chef, der Bürgermeister, riss alle Fenster in seinem Amtszimmer nach dem Gespräch mit der ebenso vermögenden wie stilunsicheren Vorsitzenden des städtischen Kulturfördervereins weit auf - trotz der miefendlichen Saukälte draußen.

Schuld war die Menge des edlen, doch intensiven Parfüms, das diese wohl-tätige, aber etwas linksche Dame über ihre mächtigen Wangen ergossen hat. Bei dieser aromatischen Errungenschaft der Zivilisation verhält es sich halt wie bei so vielen Dingen: Das Quantum macht das Gift. Wer den schmalen Grad zwischen dem „zuwenig“ und dem „zuviel“ sicher trifft, kann bezaubern, betören und die Sinne vibrieren lassen. Wenn dieser Grad aber durch übertriebenen Gebrauch überschrit-



Ein schönes Beispiel übrigens, wie groß die kulturellen Unterschiede zwischen alter und neuer Welt inzwischen sind. In Köln nämlich hat die Stadtverwaltung – wiederum mit gerichtlichem Segen – die Probezeitkündigung eines Angestellten damit begründet, dass er eben jenem geruchlichen Purismus anhang, der in Detroit Beschäftigungsvoraussetzung ist. Seine Vorgesetzte urteilte über ihn kurz und knapp, er sei ungepflegt und stinke. Ob das eine Promotionaktion für 4711 war?

Tja, auch das ist wahr: Ob Gerüche als fein oder unangenehm wahrgenommen werden, hängt viel an der Nase des Beurteilenden. Verheißt ein kräftiger Knoblauchduft aus der Küche dem Feinschmecker kulinarische Wonnen, malen sich empfindsame Mägen schon das Sodbrennen aus, das dieses Mahl ihnen bereiten wird. Läuft einem Thai beim Erschnüffeln der Stinkfrucht das Wasser im Mund zusammen ob der Vorfreude auf einen Leckerbissen, so verspürt ein Europäer meist nur kalten Schweiß und heftigen Widerwillen dagegen, das Zeug zu probieren. Nicht anders ist es zwischenmenschlich – den einen Typ findet man OK, den anderen kann man buchstäblich nicht riechen.

Das Quantum macht das Gift

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ein Mensch, der mit allen Sinnen genießen kann. Deshalb mag er den Mai und deshalb mag er auch Parfüm – nicht nur Chanel No.5, das von Coco Chanel an einem 5. Mai zu Ehren des fünften Monats herausgebracht wurde. Aber am liebsten sind ihm doch die Düfte der Blumen des Mai, so dass er sich erst mal mit einem kleinen Spaziergang im schön angelegten Stadtpark von der Duftattacke der Frau Vorsitzenden ablenkt hat. Ich lege ihm inzwischen das heutige Kalenderblatt mit einem Satz des englischen Schriftstellers Sir Francis Bacon, den dieser im 16. Jahrhundert formulierte, als Duftwasser beliebter war als Wasser zum Waschen, auf den Schreibtisch: „Der Duft der Blumen ist weit süßer in der Luft als in der Hand.“

Mein Chef jedenfalls kann es auf den Tod nicht ausstehen, wenn sich Parfümgeruch zu stark in einem Zimmer ausbreitet. Wir werden deshalb allerdings nicht so scharfe Maßnahmen ergreifen wie die Stadtverwaltung im US-amerikanischen Detroit. Denn den Personen, die in städtischen Gebäuden der MoTown arbeiten, ist das Tragen von Parfüm sowie das Benutzen von parfümiertem Deodorant, Rasierwasser, Seife und sonstigen das Wohlbefinden steigenden und Körpergerüche überdeckenden Mittelchen per Dienst-anweisung verboten. Der Grund: Die Stadtverwaltung wurde vor einiger Zeit gerichtlich dazu verurteilt, einer städtischen Angestellten Schmerzengeld zu zahlen, die sich von dem dominanten Parfüm einer Arbeitskollegin gestört und belästigt fühlte. In Detroit riecht also ein Mann noch nach Mann und nicht nach CK1 und eine Frau nach Frau und nicht nach Kölnisch Wasser.

the Sabrina

Ermutigende Signale für wertvolle Initiativen

Sonderprogramm der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen zur Unterstützung von Heimatverbundenheit, des Sozialen und der Kultur

Dillingen (jdt). Zu einem besonderen Markenzeichen und überregional geschätzten kulturellen Aushängeschild der Großen Kreisstadt Dillingen sind die „Dillinger Basilikakonzerte“ geworden. Dies betonte in der diesjährigen Mitgliederversammlung des Fördervereins der 1. Vorsitzende, Altbürgermeister Hans-Jürgen Weigl. Mit besonderer Anerkennung würdigte er den großen Einsatz des künstlerischen Leiters, Basilikaorganist Axel Flierl, und die Förderung durch die Kreis- und Stadtparkasse Dillingen. Ihr wurde gedankt für die finanzielle Unterstützung und die Übernahme des Vorverkaufs der „Internationalen Orgelkonzerte“ und die „Sonderkonzerte“. Schirmherr der „Basilikakonzerte 2010“ ist der Dillinger Stadtpfarrer, Monsignore Gottfried Felner.

Positive Wirkungen werden über das ganze Jahr 2010 und darüber hinaus spürbar im Rahmen eines Sonderprogramms der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen zur Stärkung vielfältiger Aktivitäten des Gemeinwohls und ehrenamtlichen Engagements. Gezielt wurden, wie Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarz-

bauer und Verwaltungsratsvorsitzender Landrat Leo Schrell feststellten, soziale, kirchliche, kulturelle, heimatkundliche und das Wertebewusstsein stützende Einrichtungen sowie Initiativen mit Spenden, Urkunden und Erinnerungstalem bedacht.

Neben den Basilikakonzerten, die zwischen Juni und August

auch den „Dillinger Orgelsommer“ mit acht hochkarätigen künstlerischen Ereignissen bringen, kommen Förderungen der Sparkasse zugute, u. a. Regens Wagner, der Lebenshilfe, 45 Kindergärten im Landkreis, der „Dillinger Tafel“ der Caritas in Dillingen und Wertingen, dem Förderverein der Akademie der Lehrerfortbildung, der Dillinger Orchestervereinigung, dem Roten Kreuz, dem pädagogischen Projekt „Wanderwege im Landkreis“ von Annabell von Neubeck, der „Kartei der Not“, dem Kulturmarkt Lauingen, dem Schachclub, dem Technischen Hilfsverein und drei Familien, die anonym bleiben, für vorbildliche Betreuung von Pflegebedürftigen.

Unmoralisches Gewinnstreben und Werteverlust

Begleitet wurde das Sonderprogramm der Sparkasse von einer mit viel Beifall bedachten „Wegweisung“ von Prof. Ludwig Häring, dem früheren Kreisvorsitzenden der Kreis-Caritas, zum Thema „Kapital – Sozial – Werte“. Er hob vor dem Hintergrund des mitunter weltweiten unmoralischen Gewinnstrebens und von Werteverlust den Signals der Sparkasse Dillingen hervor: „Sie gibt einen hohen Prozentsatz ihres fair erwirtschafteten Gewinns für pädagogische Ziele aus, hilft in sozialen Notlagen und fördert gesellschaftlich wertvolle Initiativen.“ □



Für ihre besondere Förderung der Werteerziehung dankte Professor Ludwig Häring (in der ersten Reihe, 4. von links) der Sparkasse mit ihrem Vorstandsvorsitzenden Thomas Schwarzbauer (in der zweiten Reihe, rechts). **Bild: -jdt-**

1. Netzwerktag des Regionalmarketing Niederbayern:

Wachstum durch Innovation

Niederbayerischer Optimismus und Wirtschaftskraft hatten sich beim ersten Netzwerktag des Regionalmarketing Niederbayern in der Deggendorfer Stadthalle versammelt, um sich zu informieren, zu vernetzen, Kontakte zu knüpfen und auf der Auftaktveranstaltung zur Initiative Mittelstandspakt Bayern die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu diskutieren. Mittlerweile gehören dem Pakt 52 Institutionen, die Kammern der gewerblichen Wirtschaft, zahlreiche Wirtschaftsverbände, Verbände der Kreditwirtschaft, die LfA Förderbank Bayern sowie wichtige Interessenvertretungen der freien Berufe an.

Basierend auf dem niederbayerischen Konzept sollen in den nächsten Monaten die folgenden Veranstaltungen des Mittelstandspakts in allen anderen bayerischen Regierungsbezirken gestaltet werden. „Firmen, die gut vernetzt sind, haben Wettbewerbsvorteile und sind produktiver und innovativer“, erläuterte Michael Kliebenstein, Beauftragter des Regionalmarketing Niederbayern, der den Netzwerktag mit der IHK organisiert hatte. „Es waren Sie und die freien Berufe, die die Wirtschaftskrise gemeistert haben“, hob Wirtschaftsminister Martin Zeil die Bedeutung und Leistungsfähigkeit des Mittelstands hervor. Wirtschaft und Politik sowie Wirtschaft und Gesellschaft müssten zusammenhalten, um eine Region voranzubringen.

In gemeinsamer Arbeit soll der Mittelstandspakt Bayern neue Vorschläge erarbeiten, wie dem Mittelstand stärker unter die Arme gegriffen werden kann, und gemeinsame Positionen in die Politik auf europäischer, deutscher und bayerischer Ebene einbringen. Zeil sah in vier Bereichen Handlungsbedarf: Die Politik müsse in der Steuer-, Abgaben- und Arbeitsmarktpolitik und durch den Abbau von Bürokratie gute Rahmenbedingungen schaf-

fen, der Mittelstand müsse seine Substanz erhalten können, der Pakt solle die Innovationsfähigkeit verbessern und Zukunftsinvestitionen erleichtern und zudem will der Minister über einen Dialog die Hilfen und Fördermöglichkeiten optimieren.

Kräfte bündeln

Vor rund 600 Unternehmern wurde der Netzwerktag in den Deggendorfer Stadthallen von Deggendorfs Landrat Christian Bernreiter, dem niederbayerischen IHK-Präsidenten Dr. Josef Dachs und von Niederbayerns Regierungspräsident Heinz Grunwald eröffnet. „Networking ist derzeit überall in Mode“, hatte der gastgebende Landkreischef in seinem Grußwort ironisch bemerkt, aber zugleich auf die positiven Erfahrungen mit dem Bündeln von Kräften in starken Netzwerken in seinem Landkreis hingewiesen. Mit dem Donauhafen, guten Verkehrsverbindungen und einer Fachhochschule könnte Deggendorf auch noch mit seinem fließenden Übergang in eine attraktive Tourismusregion punkten, wenn es endlich gelänge, „aus dem Bayerischen Wald einen überregionalen Markenbegriff zu entwickeln“.

Auch Minister Zeil bezeichnete



Von links: Wirtschaftsminister Martin Zeil, Regierungspräsident Heinz Grunwald, Landrat Christian Bernreiter, Oberbürgermeisterin Anna Eder, Hochschul-Präsident Dr. Reinhard Höpfl.

nachdrücklich den Tourismus als „eine der Leitbranchen in Bayern wie im Bayerischen Wald“, räumte aber ein, dass dafür das bisher unterfinanzierte Schienennetz und die unterfinanzierten Kommunen Niederbayerns mehr Unterstützung des Freistaates benötigten, damit auch die in den siebziger Jahren ausgebaute touristische Infrastruktur mit der Wirtschaft wieder Schritt halten kann.

Als hochkarätigen Impulsreferenten gewannen die Organisatoren Dr. Helmut Becker, Auto-Ex-

perte und ehemaliger BMW-Chefvolkswirt. Becker, der heute das Institut für Wirtschaftsanalyse und Kommunikation in München leitet, sprach über den zukünftigen Weg der auch für Niederbayern so wichtigen Automobilindustrie und stellte die Frage: „Was kommt nach der Krise?“ In zwei Blöcken folgten anschließend die Themenreferate. Danach gab es bei einem „Get together“ die Möglichkeit zur aktiven Netzwerkpflge und zum Besuch der Fachaussstellung der beteiligten Institutionen. **DK**

Beratshausen:

Historisches Gebot der Stunde

Eine Umbenennung der nach dem von 1933 bis 1938 amtierenden Bürgermeister benannten „Josef-Albrecht-Straße“ fordert in Beratshausen der frühere Heimat- und Literaturpfleger Dietmar Kuffer. Dafür soll die Straße dem im letzten Jahr verstorbenen Bürgermeister Franz-Xaver Staudigl gewidmet werden, der von 1956 bis 1984 hier regierte. Das Pikante: in Staudigls Amtszeit fiel die Benennung der Ortsstraßen.

„Ich halte es für dringend wünschenswert, dass es im Markt Beratshausen keinen Straßennamen gibt, der einen führenden Nationalsozialisten unserer Region ehrt und auszeichnet“, fordert Kuffer.

Ab 1933 war Josef Albrecht Leiter der NSDAP im Landkreis Parsberg und von März 1933 bis 1938 Bürgermeister in Beratshausen. Eine der bis heute sichtbaren Entscheidungen war der Bau der zwar langen, aber flachen „Neuen Straße“ vom Markt zum Bahnhof.

„Dies verträgt sich in keinsten Weise mit dem Ruf Beratshausens als Europagemeinde und als

Ort der Toleranz und Völkerverständigung, der mehrfach vom Europarat höchste Auszeichnungen erhielt. Es gilt, Beratshausen vor negativen Schlagzeilen und Schäden zu bewahren. Eine Umbenennung der 'Josef-Albrecht-Straße' entspricht dem historischen Gebot der Stunde“, begründet Kuffer seine Initiative.

Die Person und das Wirken Albrechts war Bürgermeister Konrad Meier bisher wenig bekannt. „Man sollte vor allem die beiden Dinge - Ehrung von Franz Xaver Staudigl und die Umbenennung der nach Josef Albrecht benannten Straße - trennen“, rät er. **M. Bauer**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegen Prospekte der LfA Förderbank Bayern und der Bayern Innovativ GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Rosenheimer Regionalkonferenz:

Einführung des BOS-Digitalfunks

Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister sowie Vertreter der regionalen BOS aus Rosenheim, Traunstein, Miesbach und dem Berchtesgadener Land folgten jüngst einer Einladung von Innenstaatssekretär Gerhard Eck zu einer Informationsveranstaltung ins Landratsamt Rosenheim zum Thema BOS-Digitalfunk.

BOS steht für Behörden- und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Hierzu zählen u. a. Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienste, THW, Wasser- und Bergwacht. Seit über 30 Jahren kommunizieren sie mit bis zu sechs parallelen Analogfunknetzen, die bayernweit bereits zu den Olympischen Spielen 1972 eingeführt wurden. Inzwischen sind diese Netze veraltet, störanfällig und nicht abhörsicher.

Zur Ablösung des alten Analogfunks entsteht derzeit deutschlandweit das modernste Digitalfunknetz der Welt, mit dem alle bayerischen und deutschen BOS über ein gemeinsames Funknetz zusammenarbeiten und Informationen austauschen können. „Die Einführung des Digitalfunks bei den Sicherheitsbehörden ist nicht nur das weltweit größte Vorhaben, sondern auch das bislang komplexeste Projekt seiner Art“, erläuterte Eck. Er diene unmittelbar dem Schutz und der Sicherheit der Menschen in den bayerischen Städten und Gemeinden.

Fast 1 Mrd. Euro kosten Aufbau und Betrieb des BOS-Digitalfunks in Bayern bis 2021, davon trägt der Bund 20 Prozent. 80 Prozent der Kosten müssen von Bayern finanziert werden. Um die Kommunen und BOS bei der Umstellung auf digitale Technologie zu unterstützen, fördert der Freistaat zudem die Erstbeschaffung von Endgeräten für Feuerwehren, Land- und Luftrettung sowie Katastrophenschutz zu 80 Prozent. Bei der Berg-, Wasser- und Höhlenrettung trägt er die Kosten vollständig. „Insgesamt

stellen wir damit für die Förderung der neuen digitalen Funkgeräteausstattung unserer Feuerwehren und allen weiteren Hilfsorganisationen zusätzlich rund 70 Mio. Euro bereit“, so die aktuelle Schätzung des Staatssekretärs.

Insgesamt werden Eck zufolge in Bayern als Ersatz der bisher 3.500 analogen Antennenstandorte künftig weniger als 1.000 Digitalfunkantennen benötigt. Wie der Leiter der Projektgruppe DigiNet, Wolfgang Zacher ausführte, „ist die von uns eingesetzte Digitalfunk-Technologie ‚TETRA‘ weltweit bewährt. Die Digitalfunkantennen halten selbstverständlich alle gesetzlichen Vorgaben und Richtlinien ein. Jeder einzelne Standort wird von der Bundesnetzagentur geprüft, bevor er in Betrieb genommen werden kann. Die Projektgruppe DigiNet ist im bayerischen Innenministerium für den Netzaufbau und auch für die Einführung des BOS-Digitalfunks verantwortlich.“

Die Auswahl der Standorte erfolgt unter Einbeziehung der betroffenen Kommunen und der örtlichen Blaulichtorganisationen. Die Funkversorgung der Einsatzkräfte muss dort besonders gut sein, wo die Einsatzschwerpunkte sind, z. B. bei Verkehrsunfällen, Bränden, Vermisstensuchen und sonstigen Notlagen. Gerhard Eck appellierte daher an alle Anwesenden, dieses so wichtige Projekt als gemeinsame Aufgabe zu betrachten und die Projektgruppe DigiNet sowie die beauftragten Firmen bei der Gewinnung geeigneter Standorte zu unterstützen. **DK**

Vorschau auf GZ 11

In unserer Ausgabe Nr. 11, die am 28. Mai erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Kommunalfinanzen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Technische Ausstattung öffentlicher Gebäude

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
 Briefmarkenauktionshaus Schulz
 Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
 Möblierung für Aussen
 • Abfallbehälter
 • Absperrpfosten
 • Fahrradständer
 • Sitzbänke u.a.
 Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
 Telefon 071 95 / 69 33 00 · Fax 071 95 / 69 33 33
 www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Knödler
 Hugo Knödler GmbH
 Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
 Telefon 07151-995160
 Telefax 07151-995166
 e-Mail info@hugo-knoedler.de
 Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler
 Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — bestrast — individuell gefertigt!
 z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters.
 z. B. BW-Tragetaschen 500 St. einfarbig bedruckt
 € 360,00 + MwSt. + Film.
 Kerler GmbH
 Schwanthaler Straße 100, 80336 München
 Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
 post@kerler.de www.kerler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
 Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
 Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
 E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
 Entdecke die Welt des Spielens

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
 Schachtabdeckungen, Schachtleitern
 Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
 Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger
 Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
 Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
 Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
 E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
 Entdecke die Welt des Spielens

Sportgeräte

www.benz-sport.de ORIGINAL
BENZ
 SPORT
 Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Winterdienststechnik, die begeistert — weltweit!
Gmeiner
 Gmeiner GmbH
 Daimlerstraße 18
 92533 Wernberg-Köblitz
 Tel.: +49 (9604) 33267-0
 info@gmeiner-online.de
 www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
 ☎ 05326 / 502-0
 Wartehallen
 38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
 Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Faxanmeldung

+49 911-20671-733

Ich melde mich an zu dem Kooperationsforum

Kommunale Energiekonzepte

am 16. Juni 2010 in Regensburg.

Anmeldung bitte bis 9. Juni 2010, pro Person ein Formular.
Teilnahmegebühr und Anmeldebedingungen siehe Veranstaltungshinweise.

Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bayern Innovativ GmbH sowie die Datenschutzerklärung und Widerrufsklausel: www.bayern-innovativ.de/agb;
www.bayern-innovativ.de/datenschutz

Bitte senden Sie mir die Bewerbungsunterlagen zur begleitenden Fachausstellung zu. Bewerbungsschluss: 20. Mai 2010

Bitte senden Sie mir eine Anmeldebestätigung und Rechnung.

Titel, Vorname, Name

Firma/Institution

Ust.-ID Nr. (bei Teilnehmern aus EU-Ländern außer Deutschland)

Abteilung/Position

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon, Fax

E-Mail

Datum, Unterschrift

Wirtschaft

Hochschule/Behörde

Presse
(Bitte Ausweiskopie belegen und Medienstelle angeben)

Studenten
(Bitte Ausweiskopie belegen)

Veranstaltungshinweise

www.bayern-innovativ.de/energiekonzepte2010

■ Tagungsort

Kongress- und Kulturzentrum
Kolpinghaus Regensburg
Adolph-Kolping-Straße 1
93047 Regensburg

■ Tagungszeit

Mittwoch, 16. Juni 2010
09:30 – 17:00 Uhr Vorträge
09:00 – 18:00 Uhr Ausstellung

■ Anmeldung

Direkt über unseren Online-Shop:

www.bayern-innovativ-shop.de/energiekonzepte2010

oder per Fax an: **+49 911-20671-733**

■ Anmeldeschluss 9. Juni 2010

■ Teilnahmegebühr

Inkl. Tagungsunterlagen, Imbiss und Erfrischungsgetränken
Wirtschaft **€ 170,-**
Hochschulen und Behörden **€ 95,-**
Studenten **€ 25,-**
Alle Preise zzgl. 19 % MwSt.

■ Anmeldebedingungen

Nach Eingang Ihrer Anmeldung erhalten Sie eine Bestätigung an die von Ihnen angegebene E-Mail-Adresse. Die Rechnung erfolgt separat an Ihre Postadresse, soweit Sie keine anderslautende Rechnungsanschrift angegeben haben. Die Stornierung ist bis zum 9. Juni 2010 kostenfrei. Danach bzw. bei Nichterscheinen des Teilnehmers ist die gesamte Gebühr zu entrichten. Eine Vertretung des angemeldeten Teilnehmers ist nach Absprache möglich. Bayern Innovativ behält sich vor, unvermeidliche Programmänderungen vorzunehmen.

■ Anfahrt/Anreise

- kurzer Fußweg vom Hauptbahnhof
- in ca. 10 Minuten mit dem Auto über die Autobahnausfahrt Regensburg-Pfaffenstein A 93 erreichbar
- 400 Parkplätze am Donaumarkt direkt gegenüber dem Haupteingang des Kolpinghauses
- 800 Parkplätze im Parkhaus Dachauplatz in unmittelbarer Nähe

Weitere Informationen zur Anfahrt unter www.bayern-innovativ.de/energiekonzepte2010/hinweise

■ Fachausstellung

Anmeldung bis zum 20. Mai 2010 möglich,
Bewerbungsunterlagen zur Teilnahme an der Fachausstellung als Download verfügbar unter:
www.bayern-innovativ.de/energiekonzepte2010/ausstellung

■ Konzeption und Organisation

Bayern Innovativ GmbH
Gewerbemuseumsplatz 2, 90403 Nürnberg
Tel.: +49 911-20671-173
Fax: +49 911-20671-733
Konzeption: baumann@bayern-innovativ.de
Organisation: wisniewski@bayern-innovativ.de
www.bayern-innovativ.de

Bayern  Innovativ



Kooperationsforum mit Fachausstellung

Kommunale Energiekonzepte

Klimaschutz und Wertschöpfung



Bildnachweis: www.fotolia.de/mageteam/jargstoff/LianeW/Stiegfried/Schnepf/Svrtidol, Kläranlage Moosburg

Kolpinghaus, Regensburg
16. Juni 2010



werbersuero.de - 10092



Einladung



Prof. Dr. Josef Nassauer
Geschäftsführer
Bayern Innovativ GmbH
Nürnberg



Dr. Uwe Brandl
Präsident des Bayerischen
Gemeindetages
München

Energieeinsparung durch höhere Energieeffizienz und der Einsatz Erneuerbarer Energien sind gerade auch für die Kommunen wichtige Zukunftsaufgaben. Diese Maßnahmen leisten einen essenziellen Beitrag Kosten zu sparen und die in den Klimaschutzzielen der Bundesregierung beschlossene Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu erreichen.

Hierbei gilt es für Kommunen langfristig eine zukunftsfähige regionale Energieversorgung zu sichern und zu gewährleisten. Energienutzungspläne oder integrale Klimaschutzkonzepte unterstützen als Planungsinstrumente diese Entwicklungen nachhaltig. Sie verschaffen einen Überblick über den Energieverbrauch und über mögliche Einsparpotenziale. Damit bilden sie eine wichtige Grundlage, geeignete Maßnahmenpakete zu entwickeln und umzusetzen. Sie fördern u. a. den Einsatz Erneuerbarer Energien, Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und zur umweltschonenden Mobilität. Weiter helfen sie den Klimaschutz in der Stadtplanung zu berücksichtigen und nicht zuletzt eröffnen sie dadurch auch Möglichkeiten der Generierung neuer Wertschöpfung.

Vor diesem Hintergrund organisiert die Bayern Innovativ GmbH als Projektträger des Bayerischen Energie-Forums und verantwortlich für das Management des Clusters Energietechnik, das Kooperationsforum „Kommunale Energiekonzepte – Klimaschutz und Wertschöpfung“. Partner bei Konzeption und Ausrichtung sind der Bayerische Gemeindetag und die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Energieagenturen.

Experten aus Kommunen, Energieagenturen und Wirtschaft berichten über Planungsinstrumente und Technologien für optimale Energieeffizienz, über Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten sowie über erfolgreich realisierte Pilotprojekte.

Das Forum bietet den Vertretern kommunaler und staatlicher Einrichtungen sowie Planern, Herstellern und Betreibern von Energieanlagen eine hervorragende Gelegenheit, sich über Möglichkeiten für erhöhte Energieeffizienz und verbesserten Klimaschutz zu informieren. Es bildet eine ideale Plattform zur Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und zur Initiierung neuer Vorhaben auf kommunaler Ebene.

Wir würden uns freuen, Sie in Regensburg begrüßen zu können.

Prof. Dr. Josef Nassauer

Dr. Uwe Brandl



Kooperationsforum mit Fachausstellung

Kommunale Energiekonzepte

Klimaschutz und Wertschöpfung

ab 09:00	Ausgabe der Tagungsunterlagen
Moderation:	Bayern Innovativ GmbH
09:30 – 09:45	Begrüßung und thematische Einführung Prof. Dr. Josef Nassauer Geschäftsführer, Bayern Innovativ GmbH, Nürnberg
09:45 – 10:05	Renaissance der kommunalen Energiepolitik Dr. Uwe Brandl Präsident des Bayerischen Gemeindetages und Erster Bürgermeister der Stadt Abensberg
10:05 – 10:30	Kommunaler Klimaschutz – Strategien und Methoden LRD Dr. Michael Joneck Leiter Projektschwerpunkt Klimawandel, Bayerisches Landesamt für Umwelt, Dienststelle Hof
10:30 – 11:00	Integrierte Klimaschutzkonzepte – Aufbau, Inhalte, Finanzierung Erich Maurer Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Energieagenturen; Geschäftsführer der ENERGIEregion GmbH, Nürnberg
11:00 – 11:30	Energienutzungsplan der Stadt Neumarkt als Teil einer strategischen Stadtentwicklung Thomas Thumann Oberbürgermeister der Stadt Neumarkt i.d.OPf. Josef Konradl Geschäftsbereichsleiter, KEWOG Städtebau GmbH, Geschäftsbereich ZREU, Regensburg
11:30 – 12:00	KfW-Förderprogramme für Investitionen in die kommunale und soziale Infrastruktur Hans Michael Witt Prokurist, KfW Bankengruppe, Geschäftsbereich KfW Kommunalbank, Berlin
12:00 – 13:30	Mittagspause in der Ausstellung

Moderation:	Umsetzung und Projektbeispiele Dr. Stefan Murza Geschäftsführer, Energieagentur Regensburg e. V.
13:30 – 14:00	Rekommunalisierung der Energieversorgung Herr Torsten Schwarz Geschäftsführer, Kommunalpartner, Beteiligungsgesellschaft mbH & Co KG, Friedrichshafen
14:00 – 14:30	Stadt Merkendorf: Regionale Wertschöpfung durch innovative Energienutzung und Klimaschutzaktivitäten Hans Popp Erster Bürgermeister der Stadt Merkendorf
14:30 – 15:00	Energieeffiziente LED-Straßenbeleuchtung am Beispiel des Neubaugebietes in Kissing Michael Romberg Leiter Projektierung, LEW Netzservice GmbH, Augsburg
15:00 – 15:30	Kaffeepause in der Ausstellung
15:30 – 16:00	Ein innovatives Klärwerk auf dem Weg zur Energieerzeugung und Wertschöpfung Roland Littmann Betriebsleiter, Kläranlage Moosburg GmbH, Moosburg
16:00 – 17:00 Moderation:	Podiumsdiskussion Anne-Marie von Hassel Chefredakteurin, Bayerische Gemeindezeitung, Geretsried
ab 17:00	Expertenrunde mit Repräsentanten aus Kommunen und Wirtschaft, des Bayerischen Gemeindetages, den bayerischen Energieagenturen und des Bayerischen Landesamts für Umwelt
ab 17:00	Get-together in der Ausstellung